



Stadtratssitzung

Donnerstag, 13. September 2018, 13.30 Uhr, 17.00 Uhr und 20.35 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäftsnummer
1. Aufsichtskommission (AK): Ersatzwahl	2016.SR.000275
2. Finanzdelegation (FD): Ersatzwahl	2009.SR.000214
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz SVP): Umfrage Liegeplätze KA-WE-DE: Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast? (BSS)	2018.SR.000139
4. Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Oliver Berger/Viviane Esseiva, FDP): Auf welche Benchmarks und Best Practises stellt die Stadt Bern beim Stellenetat ab? (FPI)	2018.SR.000140
5. Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Sehr unterschiedliche Dichte von Veloverleihstationen bei «Velo Bern» (TVS)	2018.SR.000141
6. Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz SVP): Nachlese zum Cup-Final – Auslegung: Wie sieht der Gemeinderat die Zukunft des Cup-Finals in Bern? Was für Verbesserungen müssten insbesondere im Bereich Sicherheit, Sauberkeit und Schutz der Bevölkerung angedacht werden? (SUE: Nause)	2018.SR.000112
7. Produktegruppen-Budget 2019 (Abstimmungsbotschaft) (FD: Vivianne Esseiva / FPI: Aebersold)	2018.FPI.000022
8. Erlass Naturgefahrenplan: Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1); Änderung der baurechtlichen Grundordnung (Abstimmungsbotschaft) (PVS: Feuz / PRD: von Graffenried)	2007.GR.000013
9. Umsetzung der kantonalen Verordnung vom 25. Mai 2011 über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen (BMBV; BSG 721.3); Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) (Abstimmungsbotschaft) (PVS: Freiburghaus / PRD: von Graffenried)	2014.PRD.000071
10. Sport- und Freizeitanlage Weyermannshaus: Erneuerung Kunsteisbahn und Hallenbad; Projektierungskredit (PVS: Lindgren / PRD: von Graffenried)	2013.GR.000373
11. Einbau Quartierküche im Personalhaus Zieglerspital; Baukredit (PVS: Milena Daphinoff / PRD: von Graffenried)	2017.PRD.000055
12. Postulat Fraktion SP (Gisela Vollmer, SP): Günstigen Wohnraum im Bestand erhalten; <i>Annahme</i> (PRD: von Graffenried) <i>verschoben vom 08.03.2018 und 17.05.2018</i>	2015.SR.000289

13. Interpellation Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Anteil gemeinnütziger Wohnraum in der Stadt Bern
(PRD: von Graffenried) *verschoben vom 08.03.2018 und 17.05.2018* 2017.SR.000022
14. Postulat Fraktion SP (Gisela Vollmer/Benno Frauchiger, SP): Einseitige Stadtentwicklung: Immer grösserer Arbeitsplatzüberhang anstatt Wohnungen; *Annahme* (PRD: von Graffenried) 2016.SR.000067
15. Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüeegsegger/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Fertig Luxusbauen! Bedürfnisse der Benutzer und Steuerzahler vermehrt berücksichtigen!; *Annahme* (PRD: von Graffenried) *verschoben vom 08.03.2018 und 17.05.2018* 2015.SR.000263

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 16	789
Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.30 Uhr	791
Mitteilungen der Vorsitzenden	792
Traktandenliste.....	793
1 Aufsichtskommission (AK): Ersatzwahl.....	793
2 Finanzdelegation (FD): Ersatzwahl.....	793
3 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz SVP): Umfrage Liegeplätze KA-WE-DE: Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast?	793
4 Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Oliver Berger/Viviane Esseiva, FDP): Auf welche Benchmarks und Best Practises stellt die Stadt Bern beim Stellenetat ab?	793
5 Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Sehr unterschiedliche Dichte von Veloverleihstationen bei «Velo Bern».....	794
6 Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz SVP): Nachlese zum Cup-Final – Auslegordnung: Wie sieht der Gemeinderat die Zukunft des Cup-Finals in Bern? Was für Verbesserungen müssten insbesondere im Bereich Sicherheit, Sauberkeit und Schutz der Bevölkerung angedacht werden?	794
7 Produktegruppen-Budget 2019 (Abstimmungsbotschaft)	795
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.10 Uhr	823
7 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2019 (Abstimmungsbotschaft).....	824
Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.50 Uhr	851
Traktandenliste.....	852
7 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2019 (Abstimmungsbotschaft).....	852
8 Erlass Naturgefahrenplan: Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1); Änderung der baurechtlichen Grundordnung (Abstimmungsbotschaft)	857
9 Umsetzung der kantonalen Verordnung vom 25. Mai 2011 über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen (BMBV; BSG 721.3); Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) (Abstimmungsbotschaft)	858
10 Sport- und Freizeitanlage Weyermannshaus: Erneuerung Kunsteisbahn und Hallenbad; Projektierungskredit	861
11 Einbau Quartierküche im Personalhaus Zieglerspital; Baukredit.....	866
Traktandenliste.....	877
Eingänge.....	878

Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.30 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Regula Bühlmann

Anwesend

Devrim Abbasoglu-Akturan	Katharina Gallizzi	Patrizia Mordini
Mohamed Abdirahim	Lionel Gaudy	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Hans Ulrich Gränicher	Seraina Patzen
Katharina Altas	Claude Grosjean	Rahel Ruch
Ruth Altmann	Franziska Grossenbacher	Kurt Rüeegsegger
Peter Ammann	Lukas Gutzwiller	Sandra Ryser
Ursina Anderegg	Bernadette Häfliger	Marianne Schild
Oliver Berger	Erich Hess	Zora Schneider
Thomas Berger	Brigitte Hilty Haller	Edith Siegenthaler
Henri-Charles Beuchat	Roland Iseli	Lena Sorg
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Matthias Stürmer
Laura Binz	Dannie Jost	Bettina Stüssi
Danielle Cesarov-Zaugg	Nadja Kehrli-Feldmann	Michael Sutter
Yasemin Cevik	Ladina Kirchen Abegg	Luzius Theiler
Michael Daphinoff	Ingrid Kissling-Näf	Regula Tschanz
Milena Daphinoff	Fuat Köçer	Ayse Turgul
Matthias Egli	Philip Kohli	Johannes Wartenweiler
Bernhard Eicher	Eva Krattiger	Janine Wicki
Claudine Esseiva	Marieke Kruit	Manuel C. Widmer
Vivianne Esseiva	Nora Krummen	Lisa Witzig
Alexander Feuz	Daniel Lehmann	Marcel Wüthrich
Benno Frauchiger	Maurice Lindgren	Patrik Wyss
Barbara Freiburghaus	Peter Marbet	Patrick Zillig
Rudolf Friedli	Melanie Mettler	

Entschuldigt

Michael Burkard	Ueli Jaisli	Leena Schmitter
Dolores Dana	Martin Krebs	Christophe Weder
Angela Falk	Tabea Rai	

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Ursula Wyss TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Joel Leber Ratsweibel
Caroline Baldenweg, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, wiss. Mitarbeiterin

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

Mitteilungen der Vorsitzenden

Präsidentin *Regula Bühlmann*: Wir haben einen Rücktritt zu vermelden. Sandra Ryser von der Fraktion GLP wird nach der heutigen Sitzung zurücktreten. Ich lese ihr Rücktrittsschreiben vor: «Liebe Stadtratspräsidentin, liebe Mitglieder des Ratsbüros, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, meine Wahl in den Stadtrat 2012 kam für mich sehr überraschend. Aber ich packte mein Amt voller Elan und Neugierde an. Ich weiss noch genau, dass ich bei meinem ersten Votum unglaublich nervös war und mir sagte, du verlangst von deinen Schülerinnen und Schülern ja auch, dass sie Referate halten, also: Augen zu und durch.

Alles war neu und spannend. Am meisten interessiert habe ich mich für die Stadtentwicklung und ich kann mir gut vorstellen, dass ich mich in diesem Bereich für die GLP weiterhin aktiv engagiere. Als meinen grössten Erfolg in der Stadtpolitik werte ich die Kehrtwende des Gemeinderates beim Gaswerkareal, welche auch dank meiner Initiative und meinem beharrlichen Stochern Realität wurde. Ich war auch sehr gerne Mitglied der SBK, die ich auch ein Jahr präsidieren durfte.

Ich empfinde es immer noch als ein grosses Privileg und eine Ehre, dass ich fast sechs Jahre Stadträtin sein durfte. Stadträtin zu sein hat einen Lebensabschnitt wesentlich mitgeprägt. Die vielen Erfahrungen, welche ich sammeln konnte, und die Herausforderungen haben mein Leben in dieser Zeit bereichert.

Aber alles hat seine Zeit. Nun hat mit der Geburt unserer Tochter vor gut zwei Jahren ein neuer Lebensabschnitt für mich begonnen, und es gilt, dafür etwas anderes loszulassen. Denn irgendwann gegen Ende des diesjährigen zähen Winters musste ich mir eingestehen, dass es mir nicht befriedigend gelungen war, Familie, Beruf und Politik unter einen Hut zu bringen. Irgendwann konnte ich mich selber nicht mehr jammern hören.

Das allerbeste an der Politik waren all die Menschen, die ich kennen lernen durfte, Sie alle, welche die städtische Politik mitprägen. Ich wünsche Ihnen alles Gute, viel Geduld, viel Sitzleder und Ausdauer und ein gesundes Augenmass. Ich wünsche mir, dass Sie alle – wenn auch aus unterschiedlichem Blickwinkel – für die beste Lösung kämpft und nie nur um der Macht oder der Opposition willen. Das hat Bern verdient.» (*Die Anwesenden applaudieren*). Vielen Dank, Sandra. Es ist Ihnen hoch anzurechnen, dass Sie nicht bereits nach der letzten Sitzung zurückgetreten sind, sondern auch die Budgetdebatte mit uns bestreiten. Ich habe die «Huttwiler»-Verstärkung geschätzt und wir werden Ihre Art und Beharrlichkeit vermissen. Für die Zukunft wünschen wir Ihnen alles Gute.

Vor zwei Wochen habe ich zusammen mit den Fraktionspräsidien einen Brief an den Verwaltungsrat der SRG geschrieben. Es ging darin um den möglichen Wegzug des Radiostudios Bern nach Zürich. Mir liegt ein Antwortschreiben von Jean-Michel Cina vor. Er schreibt: «Sehr geehrte Frau Bühlmann, ich bestätige Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 30. August 2018. Der Brief wurde allen Mitgliedern des Verwaltungsrats der SRG/SSR zur Kenntnis gebracht. Ich habe Ihre Argumente sorgfältig gelesen und diese werden auch in die Entscheidung des Verwaltungsrats einfließen und gewürdigt werden.» Hoffen wir nun, dass sie in unserem Sinn und Geist gewürdigt werden.

Bis um 15 Uhr sind Techniker vor Ort. In letzter Zeit ist es wiederholt zu Problemen mit dem WLAN gekommen. Tauchen also Probleme auf, wende man sich bitte an Joel Leber. Zusammen mit den Technikern wird er sich darum kümmern.

Traktandenliste

Die Traktanden 8 und 9 sowie 12 bis 14 werden gemeinsam behandelt.

2016.SR.000275

1 Aufsichtskommission (AK): Ersatzwahl

Der Stadtrat wählt für die zurückgetretene Danielle Cesarov den von der Fraktion GFL/EVP nominierten Marcel Wüthrich (GFL) als Mitglied in die Aufsichtskommission.

2009.SR.000214

2 Finanzdelegation (FD): Ersatzwahl

Der Stadtrat wählt für die zurückgetretene Katharina Altas den von der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) nominierten Mohamed Abdirahim (JUSO) als Mitglied in die Finanzdelegation.

2018.SR.000139

3 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz SVP): Umfrage Liegeplätze KA-WE-DE: Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast?

Alexander Feuz (SVP): Ich bin, gestützt auf Aussagen von Verwaltungsmitarbeitern, davon ausgegangen, dass eine Umfrage im Kirchenfeld durchgeführt wurde. Ich nehme zur Kenntnis, dass im Wettbewerb nichts präjudiziert wird. Kürzlich wurde eine Umfrage unter Jugendlichen durchgeführt. Diese haben sich klar zur heutigen Grösse der Wasserfläche bekannt. Ich hoffe, dass dem Wunsch des Quartiers entsprochen wird. Wir werden das Geschäft aufmerksam verfolgen.

pBeschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2018.SR.000140

4 Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Oliver Berger/Viviane Esseiva, FDP): Auf welche Benchmarks und Best Practises stellt die Stadt Bern beim Stellenetat ab?

Oliver Berger (FDP): Die Fraktion FDP/JF hat die Antwort auf unsere Kleine Anfrage wie folgt zur Kenntnis genommen: Sich auf den Sonderfall zu beziehen und mitzuteilen, die Zahlen seien nicht vergleichbar, ist ein gängiger Vorwand, um nicht in die Tiefe gehen zu müssen. Jede grössere Firma steht vor der gleichen Herausforderung und meistert diese ohne Ausre-

den. Aus unserer Sicht ist es daher durchaus zumutbar, dass sich die Stadt Bern an entsprechend bereinigten Kennzahlen orientiert und nach Effizienzkriterien arbeitet. Wir vermissen hierbei den Willen, Transparenz zu schaffen und sich an Benchmarks orientieren zu wollen. Aus dieser Sicht beurteilen wir die Antwort als ungenügend und sind folglich nicht zufrieden damit.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2018.SR.000141

5 Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Sehr unterschiedliche Dichte von Velo-verleihstationen bei «Velo Bern»

Manuel C. Widmer (GFL): Ich möchte gern das Rechtsgebilde sehen, welches den Bau verschiedenster Sachen in einem Quartier gleichzeitig verhindern kann. Mir ist nicht klar, wie das funktioniert. Ich möchte dem Gemeinderat ans Herz legen, alle Quartiere gleich zu behandeln. Vergleiche ich den Infrastrukturausbau in der Länggasse oder im Breitenrain mit jenem im Mattenhof, komme ich zum Schluss, dass im Mattenhof gern noch zusätzliche Velostationen und ein Wickeltisch aufgestellt werden dürften.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2018.SR.000112

6 Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz SVP): Nachlese zum Cup-Final – Auslegung: Wie sieht der Gemeinderat die Zukunft des Cup-Finals in Bern? Was für Verbesserungen müssten insbesondere im Bereich Sicherheit, Sauberkeit und Schutz der Bevölkerung angedacht werden?

- Das Quorum für die Diskussion wird nicht erreicht (10 Ja, 45 Nein). -

Alexander Feuz (SVP): Ich habe dieses Resultat erwartet. Ich bin dem Stadtrat nicht böse deswegen. Böse bin ich mit dem Gemeinderat. Er schreibt, dass die Gespräche im Laufe des Herbst 2018 erfolgen werden. Es wäre wichtig gewesen, heute die Parameter festzulegen. Wir haben nichts gegen Sport, doch es gilt auch andere Bedürfnisse zu berücksichtigen. Wer Schaden verursacht, soll dafür auch aufkommen. Ich freue mich mit YB für den Meistertitel. Das Vorgehen für zukünftige heikle Fussballspiele muss jedoch besprochen werden. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Direktor SUE *Reto Nause:* Der Schweizerische Fussballverband ist personell im Umbruch. Die Verantwortlichen haben deshalb erst nächste Woche Zeit für ein gemeinsames Mittagessen mit uns.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion SVP ist mit der Antwort nicht zufrieden.

2018.FPI.000022

7 Produktegruppen-Budget 2019 (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats vom 27. Juni 2017 betreffend Produktegruppen-Budget 2019.
2. Er genehmigt die Vorlage und beantragt den Stimmberechtigten der Stadt Bern, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - 1.1. Die Stimmberechtigten beschliessen das Produktegruppen-Budget 2019 des Allgemeinen Haushalts für das Jahr 2019 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 1 268 735 942.07 und einem ausgeglichenen Ergebnis enthaltend eine Einlage von Fr. 430 682.14 in die Spezialfinanzierung von Investitionen in Eis- und Wasseranlagen mit einem ökologischen Nutzen (Spezialfinanzierung Eis + Wasser). Er legt die Steueranlage unverändert auf das 1,54-fache der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze und die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts fest.
 - 1.2. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2019 der Sonderrechnung Tierpark für das Jahr 2019 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 9 680 788.85 und einem ausgeglichenen Ergebnis.
 - 1.3. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2019 der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Jahr 2019 mit einem Aufwand von Fr. 38 090 775.90 und Ertrag von Fr. 38 602 750.00 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 511 994.10.
 - 1.4. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2019 der Sonderrechnung Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik für das Jahr 2019 mit einem Aufwand von Fr. 135 632 866.58 und Ertrag von Fr. 177 196 898.94 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 41 564 032.36.
 - 1.5. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2019 der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling für das Jahr 2019 mit einem Aufwand von Fr. 27 520 640.00 und Ertrag von Fr. 25 150 356.00 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 2 370 284.00.
3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.
Bern, 27. Juni 2018

Grundsatzdebatte

Rückweisungsantrag Nr. 1 GLP/JGLP, FDP/JF, BDP/CVP, SVP

Das vorliegende Budget 2019 wird mit folgenden Auflagen an den Gemeinderat zurückgewiesen:

Der Gemeinderat möge ein Budget 2019 vorlegen, das mittels zurückhaltenden Konsumausgaben und Priorisierung der Investitionen zu keiner Neuverschuldung führt. Insbesondere soll auf diverse neue Stellen in der Verwaltung verzichtet werden, welche nicht mit dem Bevölkerungswachstum der Stadt in Zusammenhang stehen.

Die Steueranlage ist bei einer Überarbeitung des Budgets nicht zu erhöhen.

Rückweisungsantrag Nr. 2 SVP

Das vorliegende Budget 2019 wird mit der folgenden Auflage an den Gemeinderat zurückgewiesen:

Der Steuersatz ist von 1.54 auf 1.47 zu senken, d.h. entsprechende Kürzung des Nettoerlöses PG630400, S. 516, Steuereinnahmen (zulasten P4000000, natürliche Personen und P40100000, juristische Personen, S. 516), unter Vornahme einer entsprechenden Verzichtsplannung bei den Direktionen TVS, PRD, BSS und FPI.

Rückweisungsantrag Nr. 2.1 SVP (Eventualantrag zu Antrag Nr. 2)

Steuerreduktion Satz 1,49 mit Verzichtsplannung analog Hauptantrag 1.47

Antrag Nr. 3 SVP

Das vorliegende Budget 2019 wird mit folgenden Auflagen an den Gemeinderat zurückgewiesen:

Die Liegenschaftssteuern sind von 1.5 auf 1.2 zu senken, d.h. entsprechende Kürzung des Nettoerlöses PG630400, Steuereinnahmen (zulasten P40210000, Liegenschaftssteuern, S.516), unter Vornahme einer entsprechenden Verzichtsplannung bei den Direktionen TVS, PRD, BSS und FPI.

Rückweisungsantrag Nr. 4 SVP

Das vorliegende Budget 2019 wird mit folgenden Auflagen an den Gemeinderat zurückgewiesen:

Das Budget ist auf dem Stand von 2015 einzufrieren, wobei der seither gestiegenen Bevölkerungsentwicklung Rechnung zu tragen ist.

Antrag Nr. 4.1 Gemeinderat

Folgende im Produktegruppen-Budget 2019 enthaltenen neuen Stellen werden zur Streichung beantragt:

- Präsidialdirektion (PRD, 2 Stellen):

Hochbau Stadt Bern (P140120)

«Verstärkung Projektleitung Hochbau» (1 Stelle)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 10 000.00 zulasten PG140100

Stadtplanungsamt (P170560)

«Umsetzung Stadtentwicklungskonzept STEK» (1 Assistenzstelle)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 75 000.00 zulasten PG170500

- Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS, 2,9 Stellen):

Direktionsstabsdienste BSS (P300110)

«Aufstockung Sozialplanungsstelle» (0,5 Stellen)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 25 000.00 zulasten PG300100

Direktionsstabsdienste BSS (300300)

«Umsetzung Digitalstrategie» (0,4 Stellen)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 25 000.00 zulasten PG300300

Sozialamt (310600)

«Strategien und Massnahmen Kompetenzzentrum Arbeit» (1 Stelle)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 117 187.50 zulasten PG310600.

Jugendamt (P330260)

«Stellenerhöhung PINTO» (1 Stelle)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 49 680.00 zulasten PG330200

- Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS 4 Stellen)

Tiefbauamt (P510130)

«Stadtinterne Gesamtkoordination Bypass Bern Ost» (1 Stelle)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 74 520.00 zulasten PG510100

Tiefbauamt (510200)

«Projektleitung diverser Projekte des Tiefbauamts» (0,5 Stellen)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 37 260.00 zulasten PG510200

Tiefbauamt (P510410)

Die neue Aufgabe «Bewirtschaftung öffentlicher Raum (Plakatierung, Sondernutzungskonzessionen etc)» (0,5 Stellen)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 37 260.00 zulasten PG510400

Stadtgrün Bern (520200)

«Zusätzliche Grünanlagen und Bäume» (0,5 Stellen)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 58 622.50 zulasten PG520200

Stadtgrün Bern (520200)

«Unterstützung bei der Verwaltung der Familiengärten/Urban Gardening» (0,5 Stellen)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 24 840.00 zulasten PG520200

Verkehrsplanung (580100)

«Verstärkung der aufsuchenden Partizipation (Einbezug der «nicht organisierten» Bevölkerung) bei Verkehrsprojekten» (1 Stelle)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 82 052.00 zulasten PG580100

- Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI, 2 Stellen)

Immobilien Stadt Bern (620110)

«Immobilienmanagement Verwaltungsvermögen» (1 Stelle)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 128 787.93 zulasten PG620100

Informatikdienste (P650110)

«Fachspezialisten/-innen für die Aufgabengebiete Applikationsverantwortung, Projektleitungsstelle» (1 Stelle)

Kürzung der Nettokosten um Fr. 73 000.00 zulasten PG650100

Antrag Nr. 5 SVP

Es dürfen keine der im Vorbericht des Produktegruppenbudgets in Ziff. 2.6.3. (ab S. 22) aufgeführten neuen Aufgaben und Stellen übernommen werden, soweit sie nicht kompensiert werden.

Antrag Nr. 6 SVP (Eventualantrag zu Antrag Nr. 5)

Auf die im Vorbericht des Produktegruppenbudgets in Ziffer 2.6.3 aufgelisteten neu budgetierten Aufgaben ist zu verzichten, soweit sie in die Zuständigkeit der Stimmberechtigten und des Parlaments fallen und sie nicht anderweitig kompensiert werden.

Antrag Nr. 7 Luzius Theiler

Es seien die über die Dienststellen Stadtkanzlei GuB; Direktionsstabsdienste PRD, SUE, BSS, TVS und FPI sowie Informatikdienste FPI verteilten Kreditbegehren von insgesamt CHF 534'792.00 für die Umsetzung der Digitalstrategie zu streichen.

Präsidentin *Regula Bühlmann*: Der Gemeinderat beantragt die Streichung von Stellen in einem einzigen Antrag. Diesen werden wir in der Grundsatzdebatte behandeln. Wir gehen davon aus, dass damit gewisse Anträge zu den einzelnen Direktionen obsolet und zurückgezogen werden.

Sprecherin FD *Vivianne Esseiva* (FDP): Das Budget ist und bleibt ein wichtiges Thema im Stadtrat. Wir beschliessen hier über ein Budget von rund 1,2 Milliarden Franken. Dies verdient eine aufmerksame und kritische Haltung von uns allen. Ich stelle die wichtigsten Eckpunkte vor und versuche, den Stadtrat vor einem allzu grossen Zahlendurcheinander zu verschonen.

Das Budget 2019 weist, ohne Einlage in die Spezialfinanzierung, einen Aufwand im Allgemeinen Haushalt von 1,268 Mia. Franken auf. Das sind 43 Mio. Franken mehr als letztes Jahr, was einer Steigerung von 3,5% entspricht. Dem gegenüber steht ein Ertrag im Allgemeinen Haushalt von 1,268 Mia. Franken. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das ein Plus von 3,6%.

Der Ertragsüberschuss von 0,4 Mio. Franken wird in die Spezialfinanzierung «Investitionen in Eis- und Wasseranlagen mit einem ökologischen Nutzen» eingelegt. Somit ist das Budgetergebnis ausgeglichen. Dabei ist aber hervorzuheben, dass das Ergebnis aus betrieblichen Tätigkeiten sowie das operative Ergebnis ein Minus aufweisen, und dass das Budget erst nach Einbezug der ausserordentlichen Aufwände und Erträge ausgeglichen ist.

Das Budget 2019 beinhaltet neue Aufgaben im Wert von 8,5 Mio. Franken, einen Leistungsausbau von 6,3 Mio. Franken und einen Leistungsabbau von 0,5 Mio. Franken. Letztes Jahr betrug der Wert für neue Aufgaben 8,2 Mio. Franken.

Mit den internen Verrechnungen und der Spezialfinanzierung steigert sich der Gesamtaufwand um 33,9 Mio. Franken, was einem Plus von 3,16% entspricht.

Der Gemeinderat weist immer wieder darauf hin, dass das Budget für «quantitatives und qualitatives Stadtwachstum» und für das «Hochhalten der Lebensqualität in Bern» stehe. Er bezieht sich bei den Erhöhungen oft auf das von ihm erarbeitete Stadtentwicklungskonzept (STEK) sowie auf seine Legislaturziele.

Ein wichtiger Eckpunkt des Budgets betrifft das Stellenwachstum. Die Stadtverwaltung schafft gemäss Budget 55,8 neue Stellen und hebt 4,8 Stellen auf. Letzte Woche gab der Gemeinderat in einer Medienmitteilung Anpassungen bekannt. Er schlägt vor, den Stellenausbau um 10,9 Stellen zu reduzieren. Somit sollen 44,9 neue Stellen geschaffen werden. Das entspricht netto 40,1 neuen Stellen. Diese Änderung entlastet das Budget um 818 000 Franken. Wichtig zu wissen ist, dass die neuen Stellen immer nur zu 50% budgetiert sind. Sie werden sich also vollumfänglich erst im Folgejahr auf die Rechnung auswirken. Gemäss Gemeinderat sind 20 neue Stellen auf seine eigenen Legislaturrichtlinien zurückzuführen.

Die Steuererträge wachsen. Der Gemeinderat geht von Mehreinnahmen von 7,7 Mio. Franken bei den natürlichen Personen aus und von 20,4 Mio. Franken bei den juristischen Personen. Dies sind, gemäss Rücksprache mit der Direktion FPI, realistische, wenn auch eher optimistische Schätzungen.

Das Budget beinhaltet ein hohes Investitionsvolumen von 168,6 Mio. Franken. Damit sind 18 Mio. Franken mehr als letztes Jahr budgetiert. Dies wird folglich in den nächsten Jahren die Aufwände der Stadt aufgrund der Abschreibungen und der Zinskosten unausweichlich erhöhen. Bereits im Budget 2019 ist eine Zunahme der Abschreibungen ersichtlich. Das liegt an den letzt- und diesjährigen Investitionen. Unter Berücksichtigung des Realisierungsgrades von 79% liegt der Selbstfinanzierungsgrad bei 45,5%. Das langfristige Ziel des Gemeinderats ist ein Wert von 100%.

Zur Erfolgsrechnung: Auf Ebene der betrieblichen Tätigkeiten ergibt sich ein Defizit. Das Ergebnis aus Finanzierungen verringert das Defizit leicht. Erst dank ausserordentlichen Erträgen und unter Berücksichtigung der Spezialfinanzierungen ergibt sich somit ein ausgeglichenes Budget.

Eine wichtige Änderung betrifft den Überschuss des Fonds für Boden- Wohnbaupolitik. Erstmals fliesst er nicht mehr in die Spezialfinanzierung, sondern muss als Bilanzüberschuss zurückgeführt werden. Der Stadt Bern werden von 2019 bis 2023 jährlich rund 50 Mio. Franken zufließen. Das bedeutet für das Budget 2019, unter Berücksichtigung aller Kosten, einen

Sondereffekt von 41,6 Mio. Franken. Weiter ist auch die Aufwertung des Finanzvermögens über die Erfolgsrechnung abzuwickeln. Beide jährlichen Auflösungen werden einen positiven Einfluss auf die Budgets von 2019 bis 2023 haben.

Die Steueranlage bleibt unverändert bei 1,54.

Die Cashflow-Rechnung weist einen Fehlbetrag von 72,5 Mio. Franken auf. Das zeigt auf, wieso der Selbstfinanzierungsgrad nur bei 45,5% liegt. Alleine mit der Entnahme aus der Spezialfinanzierung wird sich diese zentrale Kennzahl nicht nach oben bewegen, solange kein positiver Beitrag aus dem Allgemeinen Haushalt einfließt. Im 2019 haben wir also einen Fehlbetrag von 72,5 Mio. Franken. Wegen der Planungsunsicherheiten, den sogenannten liquiditätsunwirksamen Geschäftsfällen, sowie den bestehenden Liquiditätsreserven ist von einer Erhöhung der Verschuldung um 50 Mio. Franken auszugehen. Dabei ist bereits berücksichtigt, dass wohl nächstes Jahr nicht alle Projekte wie geplant umgesetzt werden können.

Zusammenfassend kann betreffend grösste Mehraufwendungen gesagt werden, dass der Transferaufwand massiv gestiegen ist. Der Personalaufwand steigt ebenfalls. Dazu gehören auch die 4 Mio. Franken für die Pensionskassenbeiträge, über die wir in einem Brief informiert wurden. Man muss sich bewusst sein, dass in diesem Budget erstmals das Beitragsprimat gilt. Gälte noch das Leistungsprimat, wäre die Zunahme unter gleichen Bedingungen höher ausgefallen. Nicht zu vergessen ist, dass die neuen Stellen im Budget immer nur zu 50% berücksichtigt werden. Bei den internen Verrechnungen führt ein neues Modell zu den Miet- und Nebenkosten zu einer Erhöhung des Aufwands. Gleichzeitig ergeben sich daraus auch Mehrerträge. Die Abschreibungen nehmen wegen der getätigten Investitionen um beinahe 6 Mio. Franken zu. Auch der Sach- und Betriebsaufwand steigt. Hier sind Projekte wie beispielsweise base4kids enthalten.

Zusammenfassend kann betreffend grösste Mehrerträge gesagt werden, dass der gesamte Fiskalertrag um 28,9 Mio. Franken höher ausfallen wird. Die Mehrerträge aus den internen Verrechnungen betreffend neues Miet- und Nebenkostenmodell gehören hier ebenso dazu wie die Transferkosten des Kantons, welche 5,1 Mio. Franken höher ausfallen werden. Der Finanzertrag sinkt gegenüber dem PGB 2018 um 6,7 Mio. Franken.

Einen der wichtigsten Sätze im Budget möchte ich hervorheben. Der Gemeinderat schreibt, dass die Einhaltung aller genannten Grundsätze angesichts der hohen Investitionen und des kontinuierlichen Leistungsausbaus eine grosse Herausforderung darstelle.

Die Finanzdelegation beantragt dem Stadtrat das Budget mit 5 Ja, 3 Nein, bei einer Enthaltung, zur Annahme.

Peter Ammann (GLP): Es ist das erste Mal in meiner Zeit als Stadtrat, dass ein solch breit abgestützter interfraktioneller Rückweisungsantrag zum Budget zustande gekommen ist. Das Budget soll überarbeitet und ohne Neuverschuldung präsentiert werden. Vor dem Hintergrund der Personalaufstockung hatten wir das Gefühl, dass es jetzt reicht. Das vorliegende Budget widerspricht den finanzpolitischen Grundsätzen des Gemeinderats. Diese sind im aktuellen IAFP auf Seite 47 aufgeführt. Der Grundsatz Nr. 3 fordert einen Finanzierungsgrad von 100% für die anstehenden Investitionen. Die Stadt Bern kann die geplanten Investitionen nicht selber finanzieren. Der Grundsatz Nr. 8 verlangt, dass der Bruttoverschuldungsanteil nicht über 140% steigen soll. Es liegt zudem eine Planungserklärung des Stadtrats vom 15. Juni 2017 vor. Darin wird verlangt, dass das Stellenwachstum, welches über dem Bevölkerungswachstum liegt, innerhalb der jeweiligen Direktion zu kompensieren sei. Diese Planungserklärung wird nicht umgesetzt. Schliesslich hat der Gemeinderat in seiner Medienmitteilung vom 21. Dezember 2017, sachlich zu Recht, folgendes festgehalten: «Um den städtischen Finanzhaushalt im Gleichgewicht zu halten, muss die Stadt ihre Investitionen über einen längeren Zeitraum aus eigener Kraft finanzieren können.» Machen wir das nicht, kommt es zu Neuverschuldungen. Weiter schreibt er: «Um dies zu vermeiden, müssen in den kommenden Jahren

Rechnungsüberschüsse sowie positive Cashflows budgetiert und erreicht werden.» Der Gemeinderat macht das Gegenteil und budgetiert in frivoler Art und Weise weitere Konsumausgaben. Ich gebe zu Protokoll, dass Alexander Feuz dieses Wort als erster benutzt hat. Es scheint mir passend zu sein.

Dann kommt jedoch Bewegung in die Sache. Im «Bund» lese ich folgendes: «Die Signale aus dem Parlament seien unmissverständlich gewesen, hielt Finanzdirektor Michael Aebersold fest.» Wir freuen uns, dass der Druck offenbar genug gross war und die Kritik positiv aufgenommen wurde. Alleine: Die Vorschläge genügen nicht, um den finanzpolitischen Grundsätzen des Gemeinderats nachzukommen. Aus diesem Grund halten wir an unserem Rückweisungsantrag fest und bitten um Unterstützung. Nach den Herbstferien soll ein Budget vorgelegt werden, das die kommende Generation nicht über Gebühr belastet.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich schliesse mich meinem Vorredner an. Uns geht es darum, ein Zeichen zu setzen. Der Gemeinderat hätte eigentlich schon nach der IAFP-Debatte Anpassungen vornehmen können. Die Opposition konnte sich in diesem Punkt einigen und steht sich dieses Mal nicht mit unterschiedlichen Anträgen gegenseitig im Weg. Der Gemeinderat hat mit seinem Antrag diesem Vorgehen Rechnung getragen. Ich mache mir jedoch keine Illusionen. Der Gemeinderat hat in seinem Budget viele Wunschvorstellungen aufgenommen. Es tut deshalb nicht weh, die grössten Luxusbedürfnisse zurückzuschrauben. Es ginge jedoch darum, wesentliche Reduktionen vorzunehmen. Die moderaten Steuersenkungsanträge wurden alle abgelehnt. Gleichzeitig wird im Gemeinderat eine Wunschplanung vorgenommen. Der Steuerfuss muss massiv gesenkt werden, um Verrücktheiten, wie sie beispielsweise bei der Sanierung des Kirchenfeldschulhauses geschehen, zu verhindern. Ein anderes Beispiel ist das Veloverleihsystem von PubliBike. Gemäss Astra ist die lila Markierung gar nicht zulässig. Verfügt man über zu viel Geld, wird es für Dummheiten ausgegeben. Als seriöse Finanzplaner verlangen wir, nebst der Steuersenkung, auch eine Verzichtsplannung bei den Direktionen TVS, PRD, BSS und FPI. Die Erhöhungen bei der SUE halten sich im Rahmen. Anhand unserer Anträge sind die Gebiete mit Sparpotenzial gut ersichtlich. Im Eventualantrag verlangen wir eine moderate Steuersenkung auf einen Satz von 1,49. Im Antrag Nr. 3 verlangen wir die Senkung der Liegenschaftssteuer von 1,5 auf 1,2. Bern wendet die maximal zulässigen Ansätze an. Wird der Planungsmehrwert zusätzlich einbezogen, müssen notwendigerweise Kürzungen vorgenommen werden. Damit sind wir wieder mit anderen Gemeinden konkurrenzfähig.

Der Rückweisungsantrag Nr. 4 setzt ein Zeichen zum Sparen. Der Antrag des Gemeinderats ist lediglich ein Verzicht auf neue Stellen. Das Budget soll aus unserer Sicht auf dem Stand von 2015 eingefroren werden. Der Bevölkerungsentwicklung ist dabei Rechnung zu tragen.

Antrag Nr. 5 fordert, dass keine neuen Aufgaben und Stellen übernommen werden, soweit sie nicht kompensiert werden. Die Aufgaben sollen mit den bestehenden Stellen erfüllt werden. Abgeschlossene Planungen wie jene zum Viererfeld brauchen keine oder weniger Ressourcen. Diese können anderweitig eingesetzt werden.

Antrag Nr. 6 ist ein Eventualantrag, der eine bescheidenere Forderung aufstellt. Es sind nur diejenigen neu budgetierten Aufgaben betroffen, die in die Zuständigkeit der Stimmberechtigten und des Parlaments fallen und die nicht anderweitig kompensiert werden können.

Ich bitte um Unterstützung unserer Anträge.

Luzius Theiler (GaP) für die Fraktion AL/GaP/PdA: Jedes Jahr weise ich darauf hin, dass das Produktegruppenbudget eine unbefriedigende Sache ist. Es ist ein Rückschritt gegenüber früheren Zeiten. Damals entschieden wir über ein richtiges Budget mit einzelnen Posten. Das Referendum konnte ergriffen werden, das Volk über umstrittene Budgetposten entscheiden. Im Zuge des Hypes «New Public Management» wurde das alles abgeschafft. Das sollte die

neue Art des Regierens werden. Bern ist eine der wenigen Städte, die dieses Konzept in der ganzen Radikalität durchzieht. Der Kanton hat eine mildere Form gewählt. In den letzten Jahren buchstabiert er diesbezüglich zurück. Andere Gemeinden haben das Produktegruppenbudget gar nie eingeführt oder gaben es wieder auf. Wir können lediglich über die Produktegruppen diskutieren. Innerhalb derer kann der Gemeinderat nach freiem Ermessen schalten und walten.

Unsere Fraktion wird die Rückweisungsanträge ablehnen. Ich habe unterschiedliche Begründungen gehört. Nach dem Votum von Peter Ammann könnte ich diesem Rückweisungsantrag durchaus zustimmen. Es handelt sich jedoch nicht nur um seinen Antrag, sondern um den Rückweisungsantrag der bürgerlichen Fraktionen. Schaut man ihre Detailanträge an, wird klar, was sie mit der Rückweisung eigentlich anstreben: Im Sozial- und im Kulturbereich sollen Leistungen abgebaut werden. Wird das Budget zurückgewiesen, soll es nicht im Sinne von Peter Ammann, sondern im Sinne dieser bürgerlichen Anträge korrigiert werden. Das ist nicht in unserem Sinn. Die Sozialausgaben stehen von allen Seiten unter Druck. Wir wollen kein Zeichen in diese Richtung setzen.

Wir haben uns immer gegen ein Budget gewendet, das eine Wachstumspolitik stützt, wie Bern sie führt. Es werden nun Stimmen laut, die vermerken, dass dieses Wachstum ja etwas kostet. Sie monieren, dass ihnen das anlässlich der STEK-Debatte nicht gesagt wurde. Nun bemerkt man die Folgekosten davon. Es wird auf die neuen Finanzeinnahmen verwiesen. Ich meinerseits verweise auf das Beispiel Ostermundigen. Diese Gemeinde musste ob all ihres Wachstums die Steuern ständig erhöhen. Nun möchte sie gerne mit Bern fusionieren. Es ist nicht sicher, dass sich ein solches Wachstum auf längere Frist auszahlen wird. Wir stellen unsere Infrastruktur auf dieses Wachstum ab, sind aber nicht sicher, dass es wie erwartet eintreffen wird. Die Bevölkerungszahl ist, gemäss aktueller Statistik, wieder rückläufig. Man kann offenbar bauen, ohne dass dadurch die Bevölkerungszahl steigt. Die Leute nehmen mehr Platz und Boden in Anspruch, der Schuss geht daneben. Gesamtschweizerisch, aber auch in Stadt und Kanton Bern, gibt es immer mehr Wohnungsleerstände. Bei den teuren Wohnungen besteht in Bern beinahe schon ein Überangebot. Was fehlt, sind bezahlbare Wohnungen für das Drittel der Bevölkerung, das wenig verdient. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass Wachstum mit Kosten verbunden ist. Es ist erfreulich, dass dieses Thema nun ernst genommen wird.

Zu meinem Antrag: Ich habe die Digitalisierungskonzept sorgfältig durchgelesen. Die Aussagen sind dürftig. Auf die wichtigen Fragen wird nicht eingegangen. Dazu gehört jene nach der Verwirklichung der Open-Government-Data-Strategie. Damit soll eine öffentliche Verwaltung ermöglicht werden, in der alle mitbestimmen können. Nimmt man den Slogan «Stadt der Beteiligung» wirklich ernst, würde die Digitalstrategie anders aussehen. Auch betreffend Datenschutz sucht man vergeblich nach einer Aussage. Es werden die Möglichkeiten erwähnt, Daten zur Verfügung zu stellen. Es wird jedoch nicht gesagt, wann und in welcher Form das geschehen soll. Der Gemeinderat wollte das Digitalstrategie nicht im Stadtrat diskutieren. Deshalb stelle ich anlässlich der Budgetdebatte den Antrag, die Kredite für die Umsetzung vorläufig zu streichen. Der Gemeinderat soll seine Strategie zur Diskussion stellen, damit wir wenigstens Planungserklärungen machen könnten. Ich sehe nicht, was mit den 530 000 Franken umgesetzt werden soll. Es ist nicht klar, wofür das Geld gebraucht wird. Der Stadtrat soll ein Zeichen setzen. Er muss früher einbezogen werden. Ansonsten liegen am Schluss, wie kürzlich passiert, teure Informatikvorlagen vor, an denen nichts mehr geändert werden darf. Ich bitte um Unterstützung meines Antrags.

Unsere Fraktion wird die Rückweisungsanträge ablehnen. Bei der Schlussabstimmung zum Budget werden wir uns mehrheitlich der Stimme enthalten.

Melanie Mettler (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Der Gemeinderat hat uns ein Haushaltsbudget von rund 1,27 Milliarden Franken vorgelegt. Davon plant er alles auszugeben, ausser 430 000 Franken, die in eine Spezialfinanzierung eingelegt werden, was rund 0,05% entspricht. Etwa 99,5% dieser Ausgaben werden hier im Rat von niemandem bestritten. Das Betreiben und Unterhalten von Schulen und Strassen, das Sozialwesen und die Stadtplanung und so weiter sind Aufgaben des Staates und sollen mit Steuergeldern von uns allen finanziert werden. Niemand hier bestreitet das. Dass der Stadtrat in Finanzfragen manchmal in fast hysterische Klänge verfällt, ist hier ganz und gar nicht angebracht.

Wir wollen aber erstens darüber diskutieren, wo die Rolle des Staats als Akteur aufhört und diejenige der Zivilgesellschaft als Akteurin beginnt. Und wir wollen zweitens darüber diskutieren, was eine nachhaltige, langfristig solide Finanzpolitik ausmacht, die nicht sämtliche Risiken und Schuldenlasten auf kommende Generationen verlagert.

Zum Verhältnis des Staats zur Zivilgesellschaft als Akteurin: Wir haben ein Staatsverständnis, wonach der Staat den Bewohnerinnen und Bewohnern möglichst günstige Rahmenbedingungen bereitstellen soll, um sich aktiv einzubringen. Es gibt dazu den Spruch, dass man das Ross zur Tränke führen kann, es aber selbst trinken muss. Natürlich müssen die Rahmenbedingungen flexibel anpassbar sein, damit nicht nur ein fiktiver Durchschnittsbürger, sondern alle Gelegenheit haben, aktiv mitzubestimmen, mitzuwirken und mitzugestalten. Und hier ist der Punkt: Wenn Bewohner und Bewohnerinnen eine tolle Idee für eine Nachbarschaftsinitiative haben, soll es die Stadt ermöglichen, unkompliziert und unbürokratisch auch einmal an einem Wochenende ein paar Parkplätze abzusperren, damit etwas anderes in diesem Raum organisiert werden kann. Dieses aktive zivilgesellschaftliche Engagement soll auch vor einzelnen Miesepetern geschützt werden, wie beispielsweise vor unverhältnismässigen Lärmklagen. Aber es ist nicht nötig, dass die Stadt von sich aus in den Quartieren Paletten aufstellt als Bühnen, die von den Bewohnerinnen und Bewohnern zu bespielen seien. So behandelt man die Zivilgesellschaft wie Kinder, denen in pädagogisch wertvollem Rahmen Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden. Das ist das Gegenteil eines ebenbürtigen Dialogs auf gleicher Augenhöhe zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Genau das aber hat sich der Gemeinderat mit dem Motto der Stadt der Teilhabe auf die Fahne geschrieben.

Dieses Beispiel ist symptomatisch für den Reflex des Gemeinderats, Staatseinnahmen in solche «Bespaltungsangebote» zu stecken und für jede Tätigkeit der eigenen Wählerschaft, wenn möglich, noch eine Dienstleistung anzubieten, die von Gärtnern bis Recycling reicht. Habt doch ein bisschen Vertrauen! Die Stadt muss nicht alles selber machen und anbieten. Übernehmt gerne den Lead. Aber arbeitet partnerschaftlich mit Zivilgesellschaft, nicht-staatlichen Akteuren und Privatwirtschaft zusammen. Die Ergebnisse sind besser und nachhaltiger und die Risiken breiter abgestützt. Deshalb sind wir gegen jeglichen Strukturausbau in Form von Stellen, die zusätzliche Luxus-Dienstleistungen ermöglichen sollen. Nötiger Stellenausbau zur Bewältigung des Bevölkerungswachstums, der Migration und der Alters- und Stadtentwicklung wird von uns nicht bestritten. Aber ein Strukturausbau zur weiteren Steigerung der Lebensqualität ist nicht nötig.

Ich habe es letztes Jahr schon gesagt: Die Lebensqualität in Bern ist enorm hoch, eine der allerbesten weltweit. Wir geniessen das. Und wir haben es auch zu grossen Teilen der jahrzehntelangen Herrschaft von RGM zu verdanken. Aber irgendwann kippt das Ganze in Gier. An diesem Punkt sind wir jetzt angelangt. Die Forderung nach «Immer mehr» wirft die Frage nach «Auf Kosten von wem?» auf. Und diese Frage ist leider leicht zu beantworten: Die Rechnung geht auf Kosten unserer Kinder und Grosskinder. Der Gemeinderat hat in seinen finanzpolitischen Grundsätzen im IAFP eine nachhaltige Finanzpolitik entworfen. Er will die Neuverschuldung massiv reduzieren, den Eigenfinanzierungsgrad erhöhen und Strukturen so klein wie möglich und so gross wie nötig halten. Unser Finanzdirektor hat ausgesagt, dass dafür die Budgetierung von Überschüssen in zweistelliger Millionenhöhe nötig sei.

Heute will er von dem nichts mehr wissen. Er stellt sich auf den Standpunkt, dass innerhalb seiner Planungsperiode ja alles im grünen Bereich sei, also «verkitschen wir doch die Chlötz». Er bedenkt jedoch nicht, dass eine jährliche Neuverschuldung nichts anderes heisst, als dass den Letzten die Hunde beißen. Sobald die Babyboomer mit ihren schönen Löhnen in den nächsten 10-15 Jahren in Rente gehen, ist es vorbei mit den hohen Steuereinnahmen. Wenn schon jetzt absehbar ist, dass die Staatseinnahmen aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen sinken werden, und damit das Gleichgewicht zusammenbrechen wird, schulden wir es dann unseren Kindern und Grosskindern nicht, deren Last ein wenig zu mildern? Finden wir es in Ordnung, wenn die Stadt in 15 Jahren, wie in den Nullerjahren, massive Sparmassnahmen ergreifen muss, um die Schulden in den Griff zu bekommen? Wer nicht an die Zukunft denkt, handelt unserer Meinung nach verantwortungslos.

Wir sprechen hier von einem verschwindend kleinen Teil unseres Budgets. Wäre es nicht fairer, diese 0,5%, über die wir hier streiten, in die Zukunft zu investieren anstatt für «Nice-to-haves» zu verkonsumieren? So lange der Gemeinderat keine nachhaltige Finanzpolitik betreibt, können wir nicht hinter ihm stehen.

Zu den Anträgen: Wir setzen uns seit unserem Bestehen für eine nachhaltige Finanzpolitik ein. Wir haben deshalb auch keine Steuersenkungen unterstützt, solange die Stadt kein Eigenkapital anhäufen konnte. Als es dann soweit war, haben wir eine moderate Steuersenkung im Umfang von etwa 5 Mio. Franken verminderter Steuereinnahmen verlangt. Diese wurde mit dem Argument abgelehnt, dass die Stadt Überschüsse budgetieren müsse, um auf soliden Beinen zu stehen. Der Gemeinderat sollte sich diese Argumentation beim aktuellen Budget nochmals in Erinnerung rufen. Wir bitten ihn auch, seine finanzpolitischen Grundsätze aus dem IAFP nochmals zu lesen. Wir weisen deshalb das Budget an den Gemeinderat zurück, mit dem Auftrag, seine finanzpolitischen Grundsätze umzusetzen und uns ein angepasstes Budget vorzulegen. Wird unser Rückweisungsantrag nicht angenommen, behalten wir uns vor, das Budget abzulehnen.

Es ist eine Freude, dass dieser interfraktionelle Antrag offensichtlich so sachbezogen und moderat ist, dass er nicht nur von Parteien rechts der Mitte miteingereicht wird, sondern bis weit ins RGM-Lager hinein Sympathien genießt. Ich möchte mich für die gute Zusammenarbeit bei allen involvierten Fraktionen bedanken. Es ist auch erfreulich, dass der politische Diskurs unter Einbezug der Öffentlichkeit so gut läuft, dass der Gemeinderat nun einen Kompromiss bezüglich des Stellenausbau vorlegt. Von den drei Bereichen Stellenausbau, Eigenfinanzierungsgrad und Neuverschuldung ist damit aber nur der erste betroffen. Weniger schön ist die Tatsache, dass das Parlament bis zur heutigen Sitzung nicht über das angepasste Budget informiert wurde. Zum Glück lesen wir alle Zeitung, sonst hätten wir erst heute Mittag davon erfahren. Es ist eine Respektlosigkeit uns gegenüber, dass es die Regierung nicht für nötig hielt, die entsprechenden Kommissionen und das Parlament über diese Anpassung des Budgets zu informieren. Wir wünschen uns einen Umgang auf gleicher Augenhöhe, nicht nur mit der Zivilgesellschaft, sondern auch mit dem Parlament. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Gemeinderat wie eine parlamentarische Fraktion Anträge stellt, statt uns ein modifiziertes Budget vorzulegen.

Von den drei Säulen Stellenausbau, Eigenfinanzierungsgrad und Neuverschuldung ist mit diesem Verzicht auf 20% der neugeplanten 50 Stellen nur der Stellenausbau betroffen. Aber es ist ein Schritt, dass wenigstens die abenteuerlichsten der offenbar in überbordender Laune beantragten und zum Erstaunen aller bewilligten neuen Stellen wieder gestrichen wurden.

Lena Sorg (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Das vorliegende Budget sieht kein Defizit, sondern einen minimalen Überschuss von 0,4 Mio. Franken vor. Mit der Einlage dieses Betrags in die Spezialfinanzierung Eis und Wasser ist das Budget ausgeglichen. Es beinhaltet keine Steuererhöhung und verbessert das betriebliche Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um

5,2 Mio. Franken. Gleichwohl kam es im Vorfeld der Budgetdebatte zu vielen Diskussionen. Diese haben sich vor allem um die neu beantragten Stellen gedreht. Braucht es wirklich jemanden für dies oder jenes? Kann diese Aufgabe nicht einfach etwas effizienter erledigt werden? Kann sie nicht ausgelagert werden? Die SP/JUSO-Fraktion antwortet auf diese Fragen mit einem Nein. Eine Stadt, die laut STEK um die Grössenordnung von Solothurn wachsen wird, braucht auch mehr Ressourcen. Der SP ist ein quantitatives, aber vor allem auch qualitatives Wachstum wichtig. Die Stadt soll kontinuierlich und nachhaltig wachsen, ohne dabei an Lebensqualität und Dienstleistungen für ihre Bewohnerinnen und Bewohner einzubüssen. Dafür sind grössere Investitionen und ein Stellenausbau nötig und auch richtig.

Die städtische Finanzpolitik ist ausgesprochen erfolgreich. Das ist an den hohen Rechnungsüberschüssen der letzten Jahre und an der Einrichtung der Spezialfinanzierungen ersichtlich. Gesunde Finanzen sind eine Voraussetzung für einen starken Service public. Die SP/JUSO-Fraktion setzt sich dafür ein. Die Stadt weist eine sehr hohe Lebensqualität auf. Sie hat, nicht nur, aber auch wegen ihrer Politik eine hohe Anziehungskraft. Ich bin mit Melanie Mettler einverstanden, dass es für attraktive öffentliche Räume die Zusammenarbeit mit Privaten braucht. Es soll aber eben eine Zusammenarbeit sein. Die Stadt kann diesen Bereich nicht einfach den Privaten übergeben, sondern muss selber aktiv mitbestimmen. Die zusätzlichen Menschen brauchen mehr Infrastruktur und Wohnungen. Es sind vor allem günstige Wohnungen gefragt. Diesen Bereich regelt der Markt nicht von selber. Es braucht eine aktive Unterstützung durch die Stadt. Das Bevölkerungswachstum der letzten 15 Jahre hat die Stadt sowohl in finanzieller wie auch in struktureller Hinsicht gestärkt. Es zieht nun einen Ausbaubedarf nach sich, der Investitionen von jährlich rund 160 Mio. Franken und entsprechende Abschreibungen beinhaltet. Das Budget 2019 schafft die Grundlagen zur Fortsetzung und zur Intensivierung der erfolgreichen Wachstumsstrategie. Es unterstützt die dynamische Weiterentwicklung der Stadt Bern. Die SP steht deshalb hinter dem vom Gemeinderat vorgesehenen Stellenwachstum.

Weil die Stadt attraktiver geworden und gewachsen ist, wurde sie zu einer Nettozahlerin im kantonalen Finanz- und Lastenausgleich (FILAG). Bis im Jahre 2010 war die Stadt noch Empfängerin. Jetzt zahlt sie dem Kanton jährlich rund 41 Mio. Franken. Das darf nicht vergessen werden. Die ständigen Diskussionen zum FILAG waren aber nicht etwa Auslöser für die Korrekturen des Gemeinderats, welche heute vorliegen. Der Kanton weiss und anerkennt sehr wohl, dass die Stadt sein Wirtschaftsmotor ist. Er achtet die Gemeindeautonomie hoch.

Zum Antrag des Gemeinderats: Auch die SP/JUSO-Fraktion kritisiert die Art und Weise, wie der Gemeinderat seine Korrektur kommuniziert hat. Alle von uns kennen wohl die Situation, dass eigene Pläne bei anderen nicht gut ankommen. Es braucht Verständnis, Mut und Willen, vom eigenen Plan abzuweichen. Daran hat es dem Gemeinderat anfangs gefehlt. Eine gewisse Gelassenheit nach dem medialen Wirbel ist hingegen zu begrüssen. Die Diskussionen in den vorberatenden Kommissionen und in der Öffentlichkeit sind beim Gemeinderat schliesslich auf Gehör gestossen. Auch wir hätten uns gewünscht, dass er früher, bei der Beratung zum STEK beispielsweise, proaktiver und umfassender thematisiert hätte, welcher Stellenausbau zum Erreichen des Wachstumsziels nötig sein wird. Ist die jetzige Korrektur nötig, um ein breit abgestütztes Budget zum Wohle der Stadt zu erreichen, zeigen wir Verständnis und unterstützen diese.

Für die SP stehen die Verbesserung der Lebensqualität aller Einwohner und Einwohnerinnen sowie die Anstellungsbedingungen der Angestellten im Vordergrund. Eine saubere Stellenplanung ist wichtig, aber nicht einfach. Die SP/JUSO-Fraktion ist bereit, beim Stellenausbau Abstriche zu machen. Wir werden alle Anträge des Gemeinderats unterstützen. Nicht zuletzt, da es sich nicht um Kürzungen, sondern um einen Nicht-Ausbau handelt.

Die Rückweisungsanträge Nr. 1 bis 4 lehnen wir ab. Eine Rückweisung ist unverantwortlich. Es erstaunt uns, dass die Antragstellenden ihre Haltung als konstruktiv bezeichnen. Eine

Rückweisung wäre, im Gegenteil, destruktiv, denn sie hätte grosse Unsicherheiten, vor allem für die Angestellten, zur Folge. Das wollen wir verhindern. Wir nehmen unsere Verantwortung für eine nachhaltige Finanzpolitik ernst.

Immer wieder wird die Koppelung des Bevölkerungswachstums an den Stellenausbau verlangt. Das Wachstum der Bevölkerung ist keine eindeutige Grösse. Die Schülerzahlen wachsen beispielsweise stärker als die Zahl der Gesamtbevölkerung. Die Stadt nimmt mit ihrer Zentrumsfunktion auch Aufgaben wahr, die Menschen zugutekommen, die nicht in der Stadt wohnen. Auch das gilt es zu berücksichtigen. Zur Steuersenkung hat sich die SP/JUSO-Fraktion schon wiederholt geäußert. Angesichts der wachsenden Stadt liegt eine Steuersenkung nicht drin. Ich nehme heute nicht mehr im Detail Stellung dazu. Wir lehnen die Anträge Nr. 5, 6 und 7 ab.

Michael Daphinoff (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Das Budget ist von einer unglaublichen Schamlosigkeit geprägt. Es ist dies eine ähnliche Schamlosigkeit, wie sie der Bundes-, National- und Ständerat an den Tag gelegt haben, als sie das Waffenexportverbot für Bürgerkriegsländer aufheben wollten. Ähnlich wie die SVP auf nationaler Ebene die Grenzen immer weiter nach rechts verschiebt, verschieben sich diese auf städtischer Ebene immer weiter nach links. Beim Budget bedeutet das eine Erhöhung des Stellenetats. Man weiss schon nicht mehr genau, wo die Parameter ursprünglich waren. In der Vergangenheit wurde die Stellenzahl in einem massvollen Prozess erhöht. Inzwischen scheint der Gemeinderat jegliches Mass verloren zu haben. Er macht Klientelpolitik und verheimlicht das nicht einmal mehr. Dieses Vorgehen ist befremdlich und verwerflich. Ursprünglich sollten 56 neue Stellen geschaffen werden. Neu sind noch 40 geplant. Auch diese Zahl ist noch zu hoch. Ich schliesse mich den Ausführungen von Melanie Mettler an. Die Luxusprojekte und deren Ausbau sind Bevormundungs- und Klientelbewirtschaftungsprojekte. Wir werden den Rückweisungsantrag unterstützen. Werden die Kürzungsanträge nicht genehmigt, lehnen wir das Budget in vorliegender Form ab. Wir hoffen, dass der Gemeinderat beim Erstellen des Budgets in Zukunft mehr Mass walten lässt.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Das vorliegende Budget des Gemeinderats zeugt in keiner Weise von einer nachhaltigen Finanzpolitik. Wir begrüßen den Schritt, den der Gemeinderat letzte Woche gemacht hat. Das Parlament ist offiziell erst heute Mittag darüber informiert worden. Der Entscheid des Gemeinderats ist ein Schritt in die richtige Richtung. Uns geht dieser aber viel zu wenig weit. Die Reduktion des Stellenausbaus spart 818 000 Franken ein. Das verhindert die massive Neuverschuldung von rund 50 Mio. Franken in den nächsten Jahren jedoch nicht.

Der Gemeinderat betont immer wieder die Wichtigkeit der Lebensqualität. Aber er vergisst, dass eben genau zu dieser Lebensqualität auch ein gesunder Finanzhaushalt gehört. Machen wir so weiter, setzen wir diesen aufs Spiel. Momentan präsentiert sich die finanzielle Lage der Stadt als gut. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass viele Investitionen hinausgeschoben wurden. Diese Investitionen sind jetzt bitter nötig und werden unser Budget in den nächsten Jahren belasten. Wir dürfen deshalb das Geld nicht einfach so ausgeben. Die eine Seite dieses Parlamentes wirft uns vor, dass wir mit unserer Forderung nach einem massvolleren Umgang mit den Finanzen eine Entwicklung der Stadt verunmöglichen. Aber wir reden hier nicht von Abbau. Wir reden auch nicht von einer drastischen Stellenkürzungen, vom Sparen oder von Budgetstreichungen. Uns geht es vielmehr darum, weniger auszugeben.

Dies ist meine dritte Budgetdebatte als Stadträtin. In diesen drei Jahren wurden bereits 90 neue Stellen geschaffen. Es ist also nicht so, dass wir jahrelang stillgestanden wären und es nun endlich vorwärts gehen müsste. Auch bezweifeln wir nicht, dass einige zusätzliche Stellen nötig sind. Insbesondere aufgrund des Investitionsstaus und der entsprechenden Planun-

gen gibt es sicher Direktionen, die neue Stellen oder eine Budgeterhöhung benötigen. Aber genau diese dringend notwendigen Erhöhungen gehen im Budget unter, da zu viele Budgeterhöhungen verlangt werden, die «nice to have» sind.

Die Stadt Bern steht solide da. Wir haben ein gutes Rating dank unseres Bilanzüberschusses. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass dieser nicht zuletzt deshalb zustande kam, weil einige wichtige Investitionen nicht getätigt oder verschoben wurden.

Es wird immer hervorgehoben, dass unser Budget ausgeglichen ist. Betrachtet man die betriebliche Ebene, sind wir aber weit davon entfernt, ein ausgeglichenes Budget zu haben. Der Gemeinderat widerspricht damit seinen eigenen Grundsätzen. Als er diese festlegte, war es sich wohl bewusst, wie wichtig ein gesunder Finanzhaushalt ist. Beim Erstellen dieses Budgets scheint er seine eigenen Grundsätze vergessen zu haben. Anders kann ich mir nicht erklären, dass nächstes Jahr gerade mal ein Selbstfinanzierungsgrad von 50% erreicht wird. Wir wollen eine Stadt, die stolz auf sich sein kann, aber wir brauchen beim besten Willen nicht eine Wohlfühl-Loose. Wir wollen eine Stadt, die mit ihren Finanzen so umgeht, dass sie eigenständig und unabhängig bleibt. Sie soll den nachfolgenden Generationen keinen riesigen Schuldenberg hinterlassen.

Wir halten deshalb am Rückweisungsantrag fest. Werden die Kürzungsanträge nicht genehmigt, wird die Fraktion FDP/JF das Budget ablehnen.

Regula Tschanz (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir unterstützen das vorliegende Produktgruppenbudget 2019 und die vom Gemeinderat eingebrachten Anträge. Wir unterstützen das Budget grundsätzlich mit Überzeugung und gleichzeitig mit einer gelben Karte an den Gemeinderat und mit einem Frühwarnhinweis an ihn und uns als Stadtparlament.

Der Zustand der Berner Finanzen ist grundsätzlich ausgezeichnet. In den letzten 10 Jahren hat die Stadt, mit einer Ausnahme, Jahr für Jahr substanzielle Ertragsüberschüsse erwirtschaftet. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre liegen diese deutlich über 30 Mio. Franken. Das ist sehr erfreulich. Es muss sich auch die Frage gestellt werden, warum das so ist. Der Gemeinderat hat, in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, in den letzten 10 Jahren eine nachhaltige und verantwortungsvolle Finanzpolitik betrieben. Die Struktur der Berner Steuerpflichtigen hat sich mit dem Bevölkerungswachstum positiv entwickelt. Die gestiegenen Steuererträge sind nicht einfach nur ein konjunkturelles Phänomen, sondern ebenso eine strukturelle Abbildung. Es ist die Abbildung von Bern als attraktive Stadt mit hoher Lebensqualität. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Würden wir die zusätzlichen Mittel lediglich in den Konsum stecken, würden wir uns verrennen. Alimentieren wir damit aber gezielt das weitere Stadtwachstum, schaffen wir die Voraussetzungen für eine anhaltend gute Entwicklung. Aus diesem Grund ist es für die GB/JA!-Fraktion richtig, dass der Personalbestand, insbesondere auch in den Infrastrukturabteilungen der Stadtverwaltung, ausgebaut wird. Das macht der Gemeinderat, weshalb wir dem Budget mit Überzeugung zustimmen können. Das städtische Wachstumsziel ist ökologisch, raumplanerisch und volkswirtschaftlich sinnvoll. Der Sprecher der CVP/BDP-Fraktion scheint mit seiner Rolle im Stadtrat sehr zu hadern, wenn er den beantragten Stellenausbau, der absolut im Durchschnitt der letzten Jahre liegt, mit dem Beschluss des Bundesrates zum Waffenexport in Bürgerkriegsländer vergleichen muss.

Für das Grüne Bündnis ist es eine unverständliche Unterlassung, dass der Gemeinderat nicht früher und aktiver über die nötigen Stellen kommuniziert hat. Diese Kritik ist nicht nur an den heutigen Gemeinderat gerichtet, sondern auch an jenen der letzten Legislatur. Die Vorstellung, dass die Schaffung der Voraussetzungen für 17 000 neue Einwohner und Einwohnerinnen ohne zusätzliche Ressourcen möglich sei, ist blauäugig. Die Fragen zu den wachstumsbedingten Folgekosten sind im Rahmen des STEK und anlässlich der Debatte dazu vernachlässigt worden. Bei dieser Ausgangslage ist es nachvollziehbar, dass die Dimension des Stellenausbaus zur Realisierung des Stadtwachstums Diskussionen ausgelöst hat. Eine proaktive

Kommunikation hätte Missverständnisse vermeiden können. Wir erwarten vom Gemeinderat künftig ein strategiebasiertes Vorgehen, saubere Analysen und eine offene Kommunikation mit dem Stadtparlament.

Es sind offensichtliche viele Vorstellungen vorhanden, was in der aktuellen finanziellen Lage mit gewissen Spielräumen gemacht werden könnte. Stadtwachstum, Realloohnerhöhung, Steuerensenkungen, qualitativer Ausbau des Leistungsangebots, Spezialfinanzierungen äufnen, hohe Selbstfinanzierung sicherstellen sind nur einige Schlagworte. Es ist gewiss, dass wir nicht alle diese Ansprüche gleichzeitig erfüllen können. Zuweilen macht es jedoch den Eindruck, dass wir alles gleichzeitig haben wollen. Da nehme ich auch uns als Stadtrat nicht aus. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass es auch in finanziell guten Zeiten eine klare Prioritätensetzung braucht. Sonst landet man schnell wieder im Defizit. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er eine Analyse und eine Prioritätensetzung vornimmt, damit Schwerpunkte gesetzt werden können. Auch als Stadtrat müssen wir eine solche Praxis entwickeln. Die Fraktion GB/JA! setzt darum die Priorität mit der Zustimmung zum Budget 2019 klar auf die Fortsetzung der Wachstumsstrategie und den Erhalt der Lebensqualität in der Stadt Bern.

Ich komme zu den Anträgen der Grundsatzdebatte. Die Junge Alternative wird separat dazu Stellung nehmen. Wir begrüssen den Antrag des Gemeinderats, der damit versucht, das Budget breiter abzustützen. Es ist nicht das Budget, das einen nicht tragbaren Angriff auf die städtischen Finanzen darstellt. Vielmehr wäre dies die Rückweisung des Budgets. Eine solche würde verhindern, dass dringend notwendige Investitionen getätigt werden. Das ist verantwortungslos.

Eva Krattiger (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Ein Budget soll aus unserer Sicht ein Abbild der aktuellen und zukünftigen Tätigkeiten der Stadt, ihrer Pläne und Strategien sein. Das Budget 2019 zeigt, dass die Stadt viel vorhat. Man stellt sich darauf ein, dass unsere Stadt wachsen wird. Soll dieses Wachstum mit einer hohen Lebensqualität verbunden bleiben, müssen Ausgaben getätigt und Stellen geschaffen werden. Unter diesem Aspekt haben wir den Budgetentwurf geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass wir ihn mittragen.

Die Geschehnisse der letzten Tage werfen nun aber einige Fragen auf. Die Reaktion des Gemeinderats ist aus unserer Sicht unverständlich. Mit der plötzlichen Angst im Nacken, das Budget könnte zurückgewiesen werden oder an der Urne scheitern, hat er einen Kürzungsantrag von elf Stellen vorgelegt. Eine inhaltliche Begründung, wieso es gerade diese elf Stellen sind, fehlt jedoch. Eine solche wäre nicht nur wünschenswert, sondern bitter nötig. Wieso sind diese bereits beantragten Stellen nun nächstes Jahr plötzlich nicht mehr nötig? Es ist nicht richtig, diese Stellen in einem einzigen Antrag zu behandeln. So verweigert er sich einer inhaltlichen Diskussion dazu. Uns verunmöglicht dieses Vorgehen eine Entscheidung, denn wir haben nicht zu allen Stellen dieselbe Position. Für die Junge Alternative geht es bei der Budgetdebatte nicht um eine blosse Zahlenspielerei. Vielmehr soll eine inhaltliche Diskussion geführt werden. Die sollte nicht nur innerhalb der einzelnen Produktgruppen und Direktionen geschehen, sondern das ganze Budget beinhalten.

Aus unserer Sicht braucht es den Grossteil dieser Stellen. Es kann nicht sein, dass nun einige willkürlich gestrichen werden. Wir lehnen den Antrag des Gemeinderats deshalb ab. Den Antrag von Luzius Theiler unterstützen wir. Wir haben zwar schon einige Male über die Digitalstrategie diskutiert, wissen aber nicht genau, wofür das Geld und die Stellen benötigt werden.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Uns ist eine nachhaltige Finanzpolitik äusserst wichtig. Ebenfalls wichtig ist, dass die Stadt nicht zu viel einnimmt. Regula Tschanz sagt in ihrem Votum, dass die Finanzlage der Stadt ausgezeichnet sei. Vor nicht allzu langer Zeit wurde in diesem Saal gesagt, dass eine Steuerensenkung unmöglich sei. Was gilt denn nun? Die finanzielle Lage der Stadt Bern wäre aus meiner Sicht sehr gut, wenn man nicht eine un-

mögliche Ausgabenpolitik betreiben würde. Wir fordern eine Steuersenkung. Somit kann man sich auf die wesentlichen Aufgaben beschränken. Es wird damit vermieden, dass Geld verschwendet wird. Es kann auch wieder zu Einbrüchen in der Finanzsituation kommen. Bei allfälligen Gemeindefusionen könnten beispielsweise hohe Kosten entstehen. Ostermundigen weist marode Leitungen und viele Sozialfälle auf. Hier könnte es zu gewaltigen Schwierigkeiten und Mehrkosten kommen.

Die Fraktion SVP wird allen sinnvollen Kürzungsanträgen zustimmen. Wir werden die Debatte dazu aufmerksam verfolgen und dann entscheiden. Ich weiss, dass die Anträge wohl chancenlos sind. Ich verstehe nicht, wieso der Gemeinderat nicht bereits nach der IAFP-Debatte reagiert und Gegensteuer gegeben hat. Es besteht ein eklatanter Widerspruch zwischen den Aussagen zur Finanzlage der Stadt und den Argumenten, mit welchen die Motion Gubser abgeschossen wurde. Man will das Geld für Utopien wie das Veloverleihsystem brauchen. Wir stellen diverse Kürzungsanträge im Bereich der Verkehrsplanung. Auch im Kulturbereich fordern wir Kürzungen. Letztes Wochenende kam es wieder zu erheblichen Ausschreitungen, welche die Stadt, die Wirtschaft und die Polizei grosse Opfer kosten. Wir haben verletzte Polizisten, die wahrscheinlich dieses Mal tragischerweise Folgeschäden davontragen werden. Bitte denken Sie an Ihre Kinder! Alles, was neu geschaffen wird, kann kaum mehr abgebaut werden. Unsere Finanzpolitik ist klar: Wir fordern eine Steuersenkung und eine entsprechende Verzichtplanung. Ich bitte um Unterstützung unserer Anträge.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion hat schon im März, als der IAFP publiziert wurde, deutliche Kritik geübt und angekündigt, dass wir gegen den übermässigen Stellenausbau sind. Dieses Ausmass kann nicht allein mit dem Bevölkerungswachstum begründet werden. Wir haben anlässlich der IAFP-Debatte vom vergangenen Mai dem Gemeinderat die gelbe Karte gezeigt, indem wir den IAFP nur neutral, und nicht positiv, zur Kenntnis genommen haben. Leider hatte der Gemeinderat zu diesem Zeitpunkt das neue Budget schon beschlossen, auch wenn er es erst drei Wochen später publiziert hat. Er konnte damit nicht mehr auf unsere Forderungen aus der IAFP-Debatte reagieren. Unsere neutrale Kenntnisnahme ist mittlerweile bereits die zweite gelbe Karte, nachdem wir bereits 2017 in der Debatte zum IAFP 2018-2021 mehreren Planungserklärungen, welche eine Begrenzung des Ausgabenwachstums und der Neuverschuldung forderten, zu einer Mehrheit verholpen hatten. Offensichtlich ist diese zweite gelbe Karte für den Gemeinderatsbeschluss zum Budget zu spät gezeigt worden. Die GFL/EVP-Fraktion hat darum in den vergangenen Wochen gegenüber dem Gemeinderat klar zum Ausdruck gebracht, welches unsere Erwartungen im Hinblick auf die heutige Budgetdebatte sind. Er hat die Warnsignale ernst genommen und einen neuen Vorschlag vorgelegt, wonach rund 11 Stellen gestrichen werden können. Das entspricht mittelfristig, das heisst bereits für das Jahr 2020, einer Verringerung des jährlichen Kostenwachstums von rund 1,5 Mio. Franken. Wir werden dem Antrag des Gemeinderats zustimmen und hoffen, dass dadurch das Budget mehrheitsfähig wird.

Unsere Fraktion hätte sich noch mehr Einsparungen gewünscht. Man kann sich deshalb fragen, ob das Glas nun halb voll oder halb leer ist. Es geht nicht alleine um den Stellenausbau. Es geht auch um die Neuverschuldung von 50 Mio. Franken, welche nicht nachhaltig ist. Die Stadt hat in der ersten Dekade des neuen Jahrtausends ihre Schulden nämlich auf Kosten der Infrastruktur abgebaut. Da wäre es jetzt, da die Steuereinnahmen so hoch ausfallen, an der Zeit, die höheren Erträge nicht für Konsum, sondern für Investitionen in notwendige Infrastrukturen zu verwenden. Dies wäre wichtig, auch wenn die Verlockung der Fremdfinanzierung in der aktuellen Tiefzinsphase gross ist. Sobald die Zinsen ansteigen, und das werden sie, riskieren wir, wieder Sparpakete schnüren oder Unterhaltsinvestitionen zurückstellen zu müssen, wie dies in den Neunziger- und Nullerjahren passiert ist.

Es stimmt, dass es in unserer Fraktion Stimmen gab, die eine Rückweisung in Betracht gezogen haben. Da unsere Forderungen nun doch noch erhört wurden, werden wir von einer Rückweisung absehen. Auch die Anträge zu Steuersenkungen werden wir natürlich ablehnen. Von der offiziellen Antragsliste werden wir die Kommissionsanträge betreffend Kennzahlen annehmen. Es sind dies die Anträge Nr. 12, 19, 36 und 54. Alle Kürzungsanträge werden wir ablehnen, da der Kompromissvorschlag des Gemeinderats besser auf die Bedürfnisse der einzelnen Direktionen abgestimmt ist. Das ist uns sehr wichtig.

Es hat sich dieses Jahr wieder einmal klar gezeigt, dass der ganze Budgetprozess auch in zeitlicher Hinsicht schlecht aufgegleist ist. Dieser Prozess muss dringend im Sinne des Postulats von Regula Tschanz aus dem Jahr 2014 überdacht werden. Auch wenn die geforderte Umstellung 2019 noch nicht etabliert sein wird, erwarten wir vom Gemeinderat, den Prozess nächstes Jahr von Anfang an sauber aufzugleisen.

Peter Ammann (GLP): Ich möchte Eva Krattiger antworten. Sie fragte, warum diese elf Stellen nun plötzlich nicht mehr nötig seien. Die Antwort ist einfach: Diese Stellen waren gar nie nötig!

Direktor FPI Michael Aebersold: Bern ist eine sehr attraktive Stadt mit bester Lebensqualität. Kürzlich besuchten wir Unternehmungen, die in der Stadt Steuern bezahlen. Wir redeten über die Infrastruktur, die Steuerbelastung hingegen war kein Thema. Es erstaunt mich deshalb, dass «Wohlfühlen» offenbar zu einem Schimpfwort wird. Bern weist eine hohe Lebensqualität auf, so dass die Leute gerne hier leben, arbeiten und hierhin ziehen. Aus unserer Sicht ist aber noch Luft nach oben vorhanden. Verschiedenste Studien bestätigen dies. Laut des kürzlich publizierten Mercer-Rankings belegt die Stadt Bern Rang 14. Das ist nicht schlecht. In einer Schweizer Studie befindet sich Bern auf Platz 4. Der Titel eines Artikels lautet: «Zürich über allen». Wir sind wohl auf dem richtigen Weg, doch noch nicht im Ziel angelangt.

Das Wachstum ist ein Fakt. Die logische Folge davon sind steigende Einnahmen und steigende Ausgaben. Es geht der Stadt Bern finanzpolitisch sehr gut. Die folgenden Fakten sind belegt und nachprüfbar: Im Jahre 2017 erzielten wir einen Überschuss von 67 Mio. Franken. Entgegen IAFP und PGB haben wir uns 2017 nicht um 50 Mio. Franken neu verschuldet. Vielmehr konnten wir die Schulden um 70 Mio. Franken reduzieren. Wir sind kürzlich mit einem AA+ ausgezeichnet worden, was unsere Kreditwürdigkeit weiter verbessert. Diese Stufe erreichen wir wegen des Wachstums und trotz der Neuverschuldung. Der letzte IAFP ist «The best ever». Im Jahre 2020 weisen wir einen Überschuss von 12,9 Mio. Franken aus. Ich bin der Meinung, dass dieser Überschuss auch ins Budget übertragen werden soll. Die Bruttoverschuldung liegt über die nächsten vier Jahre bei unter 140 Prozent. Alles andere, was hier gesagt wird, stimmt nicht. Es sind 140,9 Prozent, wir halten damit den Grundsatz ein. Ich habe noch eine gute Neuigkeit: Es bestehen hoffnungsvolle Zeichen, wonach es im Jahre 2018 zu keiner Neuverschuldung kommt und vielmehr Schulden abgebaut werden können.

Im IAFP 2017-2020 ist für das Jahr 2019 ein Minus von 28 Mio. Franken ausgewiesen, im Jahre 2020 ein solches von 38 Mio. Franken. Wo waren damals die Proteste? Sind Vorwürfe erhoben worden, dass finanzpolitisch unverantwortlich gearbeitet wird? Hört man sich die Voten an, so bekommt man den Eindruck, dass der jährliche Schuldenzuwachs von 50 Mio. Franken ganz neu sei und mit der Zusammensetzung des jetzigen Gemeinderats zu tun habe. Schaut man die Finanzplanung der letzten Legislatur an, sieht man, dass dem nicht so ist.

Das Budget 2019 steht im Zeichen des qualitativen und quantitativen Wachstums. Es wurde das Sprichwort des Rosses, das zur Tränke geführt wird, erwähnt. Wir sind der Meinung, dass man politisch aktiv agieren sollte und es keine Schande ist, selber zur Tränke zu gehen und dort auch zu trinken. Das Budget ist ausgeglichen mit einem Überschuss von

0,43 Mio. Franken und unveränderter Steueranlage. Der Ertrag nimmt gegenüber dem Vorjahr um 44,4 Mio. Franken zu, was 3,5% entspricht. Der Fiskalertrag steigt um 29 Mio. Franken. Der Personalaufwand weist einen Zuwachs von 10,6 Mio. Franken auf. Das sind 0,8%. Davon betreffen 4 Mio. Franken die Pensionskassenbeiträge.

Wir haben uns von den Zielen des Stadtentwicklungskonzepts (STEK) leiten lassen. Diese wurden hier diskutiert. Im Rahmen der Präsentation des IAFP habe ich eine Folie von Bern und, als Vergleich, eine von Solothurn gezeigt. Bern wird bis 2030 um die Grösse von Solothurn wachsen. Es braucht Wohnungen, Schulen und Infrastruktur für 17 000 neue Einwohner. Es gibt drei Arten von Stellen: Wir müssen das jährliche Wachstum bewältigen. Als Paradebeispiel nenne ich den Schulraum, der knapp wird. Wir wollen das Stadtwachstum beschleunigen. Hier sind die Stadtplanung, Hochbau Bern, ISB und auch die TVS und die BSS gefragt. Gleichzeitig soll die Qualität erhalten oder erhöht werden. Dazu gehört auch die Kultur, welche zur Lebensqualität beiträgt. Die Direktionen haben ihre entsprechenden Anträge für neue Stellen eingebracht. Die Begründungen waren wohl etwas sehr fachlich und intellektuell. Alle Stellen wurden aber klar begründet. Es stimmt nicht, dass auf Vorrat Stellen beantragt wurden, die gar nicht nötig sind. Der Bedarf der Stelle in der PRD zur Umsetzung STEK ist gut begründet, denn diese Umsetzung ist sowohl für die Stadt als auch für die private Entwicklungen von Arealen von grosser Wichtigkeit. Das Stadtplanungsamt muss ob all der Projekte Prioritäten setzen. In der SUE braucht es eine Verstärkung der Fachstelle für Gewaltprävention. Von der BSS werden für Catering fünf Stellen beantragt. Das ist viel. Gleichzeitig muss das Essen nicht mehr von Zürich nach Bern transportiert werden. Die Investition zahlt sich am Schluss, sollte die Küche dereinst voll ausgelastet sein. In der TVS beschäftigt die Gesamtkoordination des Projekts «Bypass Bern Ost». Das ist ein sehr grosses und aufwändiges Projekt, welches von Kanton und Bund vorwärtsgetrieben wird. Kümmeren wir uns als Stadt nicht darum, was dort passiert, wird über unseren Kopf hinweg geplant. Die Autobahn wird vergrössert und die Wankdorf-Kreuzung ausgebaut. Dies hat direkte Auswirkungen auf unsere Infrastruktur und unsere Lebensqualität. Eine solche Aufgabe kann nicht ein Mitarbeiter allein, nebst all seinen anderen Aufgaben, bewältigen. Betreffend neue Stellen in der FPI möchte ich die fünf in der Hauswirtschaft nennen. Diese braucht es aufgrund des zusätzlichen Schulraums. Auch die acht Stellen bei den Informatikdiensten erklären sich aus den neuen Projekten, die anstehen und bereits im Stadtrat diskutiert wurden.

All diese Überlegungen haben zum beantragten Wachstum von 51 Stellen geführt. Neu beantragen wir 40 neue Stellen. Es könnten auch 41 oder 39 neue Stellen sein, was ich offen zugebe. Wir haben uns auf eine vernünftige runde Zahl geeinigt, die wir auf die verschiedenen Direktionen verteilen werden. Jede Direktion entscheidet, wie sie die Streichung umsetzen will. Die Diskussion hat Kontroversen ausgelöst. Unsere Begründungen sind im Stadtrat und in der Öffentlichkeit zum Teil nicht angekommen. Die Botschaft des Stadtrats ist hingegen beim Gemeinderat angekommen. Wir haben reagiert. Zuhanden der Jungen Alternative sage ich, dass wir uns entschieden haben, nicht mit dem Kopf durch die Wand zu gehen. Es geht um zu viel. Streichen wir Stellen, verlangsamt oder verschiebt sich die Umsetzung der STEK-Ziele. Die SUE wird in unserem Antrag verschont, da sie dieses Jahr wenige neue Stellen braucht.

Mir tut es leid, dass es betreffend Kommunikation Probleme gab. Wir haben am Freitag kommuniziert und die Mitteilung von der Stadtkanzlei ans Ratssekretariat übertragen lassen. Offenbar gab es Unklarheiten betreffend Signatur. Es tut uns sehr leid, dass die Mitteilung den Stadträten und Stadträtinnen nicht offiziell zugestellt worden ist. Zuhanden der Fraktionspräsidentin der GLP sage ich, dass die Mitteilung am Freitag in den Medien erschien und ebenfalls ab Freitag im Internet aufgeschaltet war. Es besteht jederzeit das Angebot, sich bei mir zu melden. Wir hätten den Antrag noch am Freitag zugeschickt.

Er liegt nun auf dem Tisch. Damit soll der Weg geöffnet werden, damit das Budget heute verabschiedet werden kann. Der Gemeinderat lehnt die Rückweisung ab. Zuhanden des Protokolls möchte ich bekanntgeben, dass von einem moderaten Rückweisungsantrag die Rede ist. Die Auflage, dass es zu keiner Neuverschuldung kommen darf, bedeutet, 50 Mio. Franken einzusparen. Für mich und meine Experten ist eine Einsparung von 50 Mio. Franken nicht moderat. Es müssten massive Einsparungen bei Konsum und Investitionen gemacht werden. Auf die Steuersenkung möchte ich nicht eingehen. Mir kommt dazu der Film «Täglich grüsst das Murmeltier» in den Sinn.

Zur Digitalstrategie: Die Digitalisierung ist ein sehr wichtiges Thema. Aus dem Parlament liegen entsprechende Aufträge vor. Der Gemeinderat hat eine Digitalstrategie verabschiedet und will diese nun umsetzen. Um konkrete Projekte zu entwickeln und umzusetzen, braucht es Ressourcen in den Direktionen. Alle anderen Kürzungsanträge lehnt der Gemeinderat ab, wie auch die Erhöhungsanträge vonseiten der SVP.

Wir haben die Kritik gehört und sind bereit, nächstes Jahr unsere Pläne betreffend Budget früher bekanntzugeben. Es wurde suggeriert, dass es bei meinem Vorgänger nie zu einem solchen Stellenwachstum gekommen wäre. Im Budget 2016 und 2017 erscheinen 31,99 bzw. 39,55 neue Stellen, was einem Durchschnitt von 35,77 entspricht. Im Budget 2018 und 2019 sind 17,9 bzw. 51 neue Stellen beantragt, was einen Durchschnitt von 34,45 Stellen macht. Damit liegt der Durchschnitt unter meiner Leitung um mehr als eine Stelle unter jenem meines Vorgängers. Die Entwicklung muss nüchtern und faktenbasiert diskutiert werden.

Peter Ammann: Wir reden in der Tat von einem moderaten Rückweisungsantrag. Die Forderung lautet, dass ein Budget ohne Neuverschuldung vorgelegt werden soll. Das heisst nicht, dass man 50 Mio. Franken weniger ausgibt. Es bedeutet vielmehr, dass beispielsweise eine Investition von 50 Mio. Franken um ein Jahr hinausverschoben wird. Es geht hier um die Priorisierung der Investitionen. Dadurch wird das laufende Budget auch betreffend Abschreibungen entlastet. Wir verlangen in unserem Antrag nicht, dass in der Erfolgsrechnung 50 Mio. Franken eingespart werden müssen.

Alexander Feuz: Mit keinem Wort ist auf die ausgezeichnete Finanzlage eingegangen worden. Der Gemeinderat hat während Jahren alles unternommen, um die Steuersenkung zu verhindern. Es wird uns vorgeworfen, dass wir unsere Forderung nach einer Steuersenkung wiederholen. Der Steuerzahler hat jedoch einen Anspruch darauf. Die Stadt soll das Geld nicht leichtsinnig ausgeben.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 1 ab (26 Ja, 43 Nein). *Abst.Nr. 009*
2. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 2 ab (18 Ja, 50 Nein). *Abst.Nr. 010*
3. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 2.1, Eventualantrag zu Antrag 2, ab (19 Ja, 50 Nein). *Abst.Nr. 011*
4. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 3 ab (16 Ja, 53 Nein). *Abst.Nr. 012*
5. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 4 ab (8 Ja, 61 Nein). *Abst.Nr. 013*
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 4.1 Gemeinderat zu (64 Ja, 3 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 014*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 ab (8 Ja, 61 Nein). *Abst.Nr. 015*
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6, Eventualantrag zu Antrag 5, ab (8 Ja, 61 Nein). *Abst.Nr. 016*
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 ab (11 Ja, 50 Nein, 8 Enthaltungen). *Abst.Nr. 017*

Detailberatung

Gemeinde und Behörden (GuB)

Antrag Nr.	Seite	Dienststelle/ PG-Nr.	Antragstellende	Anträge an Stadtrat
8.	23 und 54/56	Informations- dienst 050000	Fraktion FDP/JF	Der Leistungsausbau soll CHF 30'000 anstelle von CHF 40'000 betragen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 10'000 auf CHF 1'280'519.00.
8.1	65	Ombudsstelle PG020000	Fraktion SVP	Bruttokosten Voranschlag 2019 neu 381'093.00 anstelle von 461'093.00.
8.2	65	Ombudsstelle PG020000	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um CHF 88'000.00 auf CHF 373'093.00 bei PG020000 Ombudstätigkeit
9.	23 und 69	Gemeinderat 030000	Fraktion SVP	Die Nettokosten für das Mondlandungs-Jubiläumsfest STARMUS seien zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 300'000.00 auf CHF 3'838'335.91.
9.1	85	Informations- dienst 050000	Luzius Theiler, GaP	Übergeordnete Ziele Die Ziele der Information und der internen Kommunikation des Gemeinderates sind: - (neu) <i>Laufende Publikation der Gemeinderatsbeschlüsse unter Berücksichtigung von allfälligen rechtlichen Geheimhaltungspflichten oder schutzwürdiger Interessen Betroffener (P010).</i> - Wahrnehmung ...

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Der Medienwandel gehört zum Alltagsgeschäft. Aus unserer Sicht müssen dafür nicht zusätzlich 10 000 Franken budgetiert werden. Wir bitten deshalb um Unterstützung des Antrags Nr. 8. Wir werden ebenfalls den Anträgen Nr. 8.1 und Nr. 8.2 zustimmen. Antrag Nr. 9 werden wir hingegen ablehnen. Das Festival der Universität Bern ist für das Standortmarketing sehr wichtig. Damit kann der Wissenschaftsstandort Bern gestärkt werden. Mit dieser Investition in die Zukunft bleiben wir konkurrenzfähig. Antrag Nr. 10 werden wir ablehnen. Personalanlässe sind wichtig und stellen eine Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern dar. Wir werden hingegen Antrag Nr. 11 annehmen. Wir möchten, dass die Personalanlässe in einem vernünftigen Rahmen durchgeführt werden.

Henri-Charles Beuchat (SVP) für die Fraktion SVP: Ich begründe den Antrag Nr. 8.1. Wir fordern eine Kürzung bei der Ombudsstelle. Diese ist hinter dem Rücken des Parlaments mit Nachkrediten alimentiert worden. Dies geschah, obwohl die Fallzahlen rückläufig sind. Im Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle ist das nachzulesen. Im «Bund» erklärte die Ombudsfrau, dass nicht auf Fallzahlen, sondern auf die Komplexität der Geschäfte abgestützt wird. Für die SVP ist klar, dass mit dem Umbau der Ombudsstelle auf städtischer Ebene das umgesetzt werden soll, was auf kantonaler Ebene im Polizeigesetz nicht erreicht wurde. Wir fordern, dass die Finanzen auf das Niveau von 2016, als Mario Flückiger Stelleninhaber war, zurückgeführt werden. Die Ombudsstelle soll nicht ausgebaut werden.

Alexander Feuz (SVP): Ich begründe den Antrag Nr. 9. Weltweit feiert niemand die Mondlandung. Die Stadt Bern möchte jedoch Gelder zum Jubiläumsfest beitragen. Das ist doch Aufgabe der Universität! Hier handelt es sich um einen dieser «Nice-to-have»-Posten. Wir beantragen die Kürzung dieser Gelder.

Luzius Theiler (GaP) für die Fraktion AL/GaP/PdA: Das Motto der Legislaturziele lautet «Stadt der Beteiligung». Dieses Motto ist sehr anspruchsvoll. Es muss darauf geachtet werden, ob konkrete Schritte erkennbar sind, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Wir betrachten jede Vorlage und jeden Diskussionsgegenstand unter dem Blickwinkel «Stadt der Beteiligung». Man kann sich nur beteiligen, wenn man informiert ist. Das Öffentlichkeitsprinzip ist sehr wichtig. Die Verwaltung muss, wo immer möglich, öffentlich sein. Es gibt gewisse Ausnahmen. Diese habe ich in meinem Antrag erwähnt. Ist der Persönlichkeitsschutz betroffen, muss eine Ausnahme gemacht werden. Diese muss allerdings auch deklariert werden. Es ist ein vordemokratischer Anachronismus, dass in der Stadt Bern immer noch nicht alle Gemeinderatsbeschlüsse veröffentlicht werden. Der Gemeinderatsbeschluss betreffend Winterzauberland auf der Kleinen Schanze ist beispielsweise nicht publiziert worden. Durch einen Zufall oder die Recherche einer Zeitung kommen Dinge dann doch ans Tageslicht. Im Zeitalter von Open-Government-Data ist das doch ein unhaltbarer Zustand! Die Berner Obrigkeit hatte das Motto: Wer informiert, kann nicht regieren. Diese Zeiten sollten aber schon längststens vorbei sein. Ich stelle dazu deshalb einen Antrag. Es ist der schnellste Weg, die schon lange fällige Forderung nach Veröffentlichung zu erfüllen. Die Regierungsratsbeschlüsse werden im Prinzip alle veröffentlicht. Das ist eine Folge der Finanzaffäre von Ende des letzten Jahrtausends. Die Ausnahmeregelung ist allerdings etwas zu dehnbar. Die Stadt Zürich wendet eine vorbildliche Regelung an. Die einzelnen Entscheide werden in wichtigen Geschäften sogar begründet. Es gibt keinen Grund, ein solches Vorgehen nicht auch in Bern einzuführen. Die Regelung kann im Pflichtenheft des Informationsdienstes, unter den übergeordneten Zielen, aufgenommen werden. Vielleicht wird mein Antrag mit dem Argument bekämpft, dass er an anderer Stelle des Budgets hätte eingebracht werden sollen. Das ist immer die einfachste Art, einen Antrag abzulehnen, der einem nicht passt. Ich bitte, meinem Antrag zuzustimmen.

Manuel C. Widmer (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion wundert sich sehr über die Kürzungsanträge, welche die Ombudsstelle betreffen. Diese Stelle macht vor allem eines: Sie schaut der Verwaltung auf die Finger. Es erstaunt mich, dass ausgerechnet die SVP hier Geld kürzen will. Das Votum enthält viele Falschaussagen. Es wurde moniert, dass die Ombudsstelle hinter dem Rücken des Parlaments alimentiert werde. Die Aufsichtskommission (AK) ist für die Ombudsstelle zuständig. Wird Geld gesprochen, dann geschieht das in der AK, in welcher alle Fraktionen, auch die SVP, vertreten sind. Sind Vertreter gewisser Parteien nie an den Kommissionssitzungen anwesend, ist das nicht das Problem des Parlaments oder der Kommission. Vielmehr muss dann die Fraktion über die Bücher gehen. Es stimmt zwar, dass die Fallzahlen sinkend sind. Die Zahl der Dossiers nimmt jedoch zu. Fälle, die dokumen-

tiert werden in der Ombudsstelle, betreffen alle Formen von Anfragen wie Mails, Telefonate oder direkte Kontakte. Dossiers sind jene Fälle, die von der Ombudsstelle übernommen werden und zu denen Abklärungen gemacht werden müssen. Die Arbeit der Ombudsstelle hat mit dem Polizeigesetz nichts zu tun. Die Ombudsstelle der Stadt Bern hat keine Hoheit über die Polizei. Wer sich von der Polizei ungerecht behandelt fühlt, kann sich nicht an die Ombudsstelle wenden. Dafür müsste auf kantonaler Ebene eine solche Stelle geschaffen werden. Alle Ämter der Stadt wie auch Bernmobil und ewb sind jedoch betroffen. Eine solche unabhängige Anlaufstelle ist für die Glaubwürdigkeit einer Stadt wichtig. Sie soll so alimentiert werden, dass sie alle Beschwerden behandeln kann. Ich bitte deshalb, insbesondere diese beiden Kürzungsanträge abzulehnen.

Katharina Altas (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Grundsätzlich möchte ich zum Grossteil der Anträge sagen, dass sie einem Geist der Willkür und der Kleinlichkeit entsprungen sind. Warum manche Kürzungsanträge gestellt werden, bleibt oft rätselhaft und manche Begründungen sind wirklich abenteuerlich. Sparen um des Sparens willen, das scheint hier die Devise der Bürgerlichen zu sein.

Den Antrag Nr. 8 der FDP-Fraktion lehnen wir ab: Wie sollte die Strategie zur Erarbeitung eines Konzepts zum Medienwandel günstiger zu haben sein? Es wird keine Begründung angegeben. Dass der Medienwandel einen Einfluss darauf hat, wie wir Informationen abrufen, das steht fest. Gerade der Informationsdienst der Stadt Bern sollte auf der Höhe der Zeit und auf den Medienwandel vorbereitet sein.

Zu den kurzfristig eingereichten Anträgen Nr. 8.1 und Nr. 8.2 zur Ombudsstelle kann gesagt werden, dass die Fallzahlen zwar rückläufig sind, die Komplexität der Abklärungen und Beratungen aber zugenommen haben. Der Datenschutz wird in Zukunft wichtiger werden, was eher zu einer Zunahme der Aufgaben führen wird. Wir lehnen beide Anträge ab.

Auch den Antrag Nr. 9 der SVP-Fraktion zum STARMUS-Festival lehnen wir ab, da mit der Finanzierung auch der Standort-Entscheid für Bern gefallen ist. Die Universität Bern und ihre Forschenden sind eng verbunden mit der Mondlandung von vor 50 Jahren. Es wird ein breitgefächertes Angebot an Veranstaltungen geben. Die Stadtberner Schulen werden ebenfalls einbezogen.

Zu Antrag Nr. 9.1 der Grün-alternativen Partei: Die Anpassung der Formulierung der übergeordneten Ziele zu den Gemeinderatsbeschlüssen wird verlangt. Wir werden den Antrag ablehnen, da es Sache des Gemeinderates ist, wie und über welche Kanäle er kommunizieren will. Bereits heute werden alle relevanten Gemeinderatsbeschlüsse öffentlich kommuniziert. Meines Wissens ist nicht der Informationsdienst, sondern die Stadtkanzlei zuständig für die Veröffentlichung der Gemeinderatsbeschlüsse. Solche inhaltlichen Anpassungen sollten in den Kommissionen diskutiert oder per Vorstoss verlangt werden und nicht in einem Budgetantrag.

Rudolf Friedli (SVP): Ich sehe keinen Grund, wieso sich die Stadt Bern so stark für das Mondlandungs-Jubiläumfest ins Zeug legen muss. Es ist wunderbar, dass die Universität etwas zur Mondlandung beigetragen hat. Es gibt weltweit sicher ganz viele Unis, die auch irgendetwas dazu beigetragen haben. Aber keine andere Stadt erachtet es als notwendig, 300 000 Franken dafür auszugeben. Es soll an diesem Fest sogar ein Rockkonzert stattfinden, weil einer der Beteiligten in seinem späteren Leben Rockmusiker war. Es werden abenteuerliche Bezüge hergestellt, um den Betrag von 300 000 Franken zu rechtfertigen. Im Stadtrat haben wir uns schon um Beträge von 30 000 Franken gestritten. Hier wird sang- und klanglos ein Betrag für einen Anlass bewilligt, den weltweit sonst niemand für nötig erachtet.

(Zu Manuel C. Widmer): Wir sind auch dafür, dass die Leute zu ihrem Recht kommen. Dafür braucht es aber keine Ombudsstelle. Wir haben ein gut ausgebautes Rechtsmittelsystem in

der Schweiz. Erhält jemand eine Verfügung, kann er diese anfechten. Wird seine Beschwerde abgewiesen, kann er diesen Entscheid noch einmal anfechten. Je nach Verfahrensrecht, kann er das sogar noch ein drittes Mal tun. Geht es um soziale Sachen, kann er das Ganze zudem gratis machen. Ich sehe nicht ein, wozu es diese Ombudsstelle braucht. Es handelt sich dabei um ein Prestigeobjekt. Andere Städte haben eine solche Stelle, weshalb Bern auch eine wollte. Die neue Ombudsfrau will ihr Prestige ausbauen. Dafür braucht es zusätzliches Geld. Die Ombudsstelle in Zürich verfügt sicher über mehr Geld, deshalb verlangt auch sie jetzt mehr Mittel.

Henri-Charles Beuchat (SVP): Erhält eine Person eine Verfügung, kann sie dagegen vorgehen. Wartet sie aber seit Januar auf eine Verfügung, erhält Akten nicht, die sie bei der Ombudsfrau im Januar eingefordert hat, muss eine Rechtsverzögerungsbeschwerde beim Regierungsstatthalter gemacht werden. Und wenn am Schluss herauskommt, dass die Akten verloren gegangen sind, kann der Rechtsweg eben nicht beschritten werden. Manuel C. Widmer sagt, alle Parteien seien in der Kommission vertreten. Das sei die Legitimation, die Ombudsstelle mit Krediten zu alimentieren. Das müsse nicht mehr im Parlament diskutiert werden. Ich weiss nicht, wie Manuel C. Widmer mit dem Kommissionsgeheimnis umgeht. Wir sprechen anlässlich der Fraktionssitzungen nicht über die Kommissionssitzungen. Ich weiss, was in dieser Kommission besprochen worden ist. Wird das in anderen Fraktionen anders gehandhabt, möchte ich das wissen. Die Vertreter sollen hier am Mikrofon zuhänden des Protokolls bekanntgeben, dass in ihren Fraktionen alle darüber Bescheid wissen, was in der AK diskutiert wird. Wenn alles so transparent sein soll, warum lehnt die GLF Anträge der SVP ab, wonach Protokolle veröffentlicht werden sollen? Warum sperrt man sich dagegen, die Dokumente zu veröffentlichen, die belegen, wie und unter welchen Umständen diese Frau alimentiert wird? Diese Frau hat ein Eigeninteresse daran, sich selber zu alimentieren. Sie hat ein politisches Parteibuch. Im «Bund» konnte ein Interview mit ihr gelesen werden. Ich bin schon zu lange in diesem Parlament, um nicht mehr zu riechen, wenn etwas stinkt. Was hier mit der Ombudsstelle gemacht wird, stinkt grässlich zum Himmel. Aus diesem Grund habe ich diese Dokumente eingefordert. Und deshalb stellen wir konsequenterweise auch den Kürzungsantrag. Mario Flückiger hat in der Ombudsstelle jahrelang sehr gute Arbeit mit den zur Verfügung stehenden Mitteln geleistet. Die Ombudsfrau hat als erstes die sanitären Anlagen sanieren lassen. Das ist in den ersten drei Zeilen im Bericht der Ombudsfrau nachzulesen. Wir bieten nicht Hand, dafür 100 000 Franken mehr auszugeben!

Alexander Feuz (SVP): Ich unterstütze das Votum meines Vorredners. Uns wurde vorgeworfen, dass die SVP nicht an den Kommissionssitzungen teilnimmt. Wie bekannt, hatten wir anfangs gewisse Probleme. Die Kommissionspräsidentin ist auf mich zugekommen. Wir haben den nötigen personellen Wechsel vorgenommen. Danach waren wir praktisch immer an den AK-Sitzung vertreten und haben Einfluss genommen.

Manuel C. Widmer (GFL): Ich möchte den Vertretern der SVP ans Herz legen, den Jahresbericht der Ombudsstelle zu lesen. Es werden anonymisierte Fälle dargestellt. Darin haben die wenigsten Betroffenen eine Verfügung erhalten. Es geht um Leute, die ungerecht behandelt werden, ohne dass sie eine Verfügung bekommen. Wie soll beispielsweise vorgegangen werden, wenn man von einem Kontrolleur im Bus ungerecht behandelt wird? Dafür hat unser Rechtssystem eine Antwort und die lautet: Ombudsstelle. Das gilt auch für andere Länder wie Schweden, Norwegen und Deutschland.

Bernhard Eicher (FDP): Ich möchte eine Korrektur machen. Die Fraktion FDP/JF wird die Kürzungsanträge betreffend Ombudsstelle ablehnen. Diese hat eine sehr wichtige Funktion. Dazu

gehören auch die Bereiche Whistleblowing und Datenschutz. Insbesondere in letzterem Bereich ist absehbar, dass viele neue Aufgaben entstehen werden. Soll im Zuge der Digitalisierung der Datenschutz gewährleistet sein, verursacht das Kosten. Es wird voraussichtlich eine Aufgabe des Parlaments sein, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Es ist deshalb falsch, bei der Ombudsstelle Kürzungen vorzunehmen.

Rudolf Friedli (SVP): Es muss zwischen Ombudsstelle und Datenschutzstelle unterschieden werden. Ich bin für eine Datenaufsichtsstelle. Wir haben über die Ombudsfunktion dieser Frau diskutiert. Die FDP will, im Hinblick auf die nächsten Gemeinderatswahlen, «Liebkind» spielen. Natürlich gibt es Fälle ohne Verfügungen. Genau dafür gibt es die Möglichkeit einer Aufsichtsbeschwerde. Nicht zuletzt könnte sich eine Person auch an uns Stadträte wenden. Wir, die wir etwas mehr Erfahrung und Einfluss haben, könnten unsererseits ein Telefon an die Verwaltung machen. Auf der linken Seite delegiert man jedoch sehr gern. Man ist sehr sozial. Würde eine Nachbarin beinahe sterben, weil sie sich kein Essen mehr kaufen kann, würden die Linken die Stadtverwaltung anrufen. Die soll sich darum kümmern, statt dass diese Leute für die Frau einkaufen gingen.

Stadtpräsident Alec von Graffenried: Ich entschuldige mich für meine Verspätung. Ich habe die SwissSkills besucht. Ich empfehle allen, diese Berufsmeisterschaft, die noch bis Sonntag dauert, zu besuchen. Ein Besuch ist sehr interessant und kurzweilig. Es werden über 150 000 Zuschauer und Zuschauerinnen erwartet. Für die Stadt und den Messeplatz Bern ist das eine geglückte Sache. Wir kämpfen darum, die SwissSkills auch in vier Jahre wieder hier durchführen zu können. Dafür brauchen wir auch die Unterstützung des Stadtrats.

Das Jubiläumsfest STARMUS ist ein Wissenschaftsfestival. Die Universität Bern ist die einzige Uni der Welt, die bei allen Mondlandungsexpeditionen mit einem Experiment vertreten war. Sie ist die einzige Universität ausserhalb Amerikas, die bei den Mondlandungen mit Experimenten dabei war. Es handelt sich hier um eine Kollaboration von Universität, Kanton und Stadt. Ich bitte darum, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Die Ombudsstelle ist Sache des Stadtrats. Sie ist auch Datenaufsichtsstelle und Whistleblowingstelle. Gerade in diesem Bereich braucht die Ombudsstelle die nötigen Ressourcen. Die eidgenössische Whistleblowing-Fachstelle konnte erhebliche Fehlfunktionen der Verwaltung aufdecken. Die Ombudsstelle verbessert die Qualität unserer Leistungen.

Der Betrag von 40 000 Franken bei den Informationsdiensten ist eine einmalige Aufstockung. Es geht um ein Ausbildungsmodul betreffend neue Anforderungen an die Information.

Ich bin nicht gegen den Antrag Nr. 9.1. Ich bitte jedoch darum, diese Position nicht im Budget zu ändern. Dieses Anliegen kann eingebracht und diskutiert werden. Wir haben nichts dagegen, die Gemeinderatsanträge offenzulegen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 ab (26 Ja, 42 Nein). *Abst.Nr. 018*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8.1 ab (9 Ja, 59 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 019*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8.2 ab (11 Ja, 56 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 020*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 ab (15 Ja, 50 Nein, 5 Enthaltungen). *Abst.Nr. 021*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9.1 ab (22 Ja, 39 Nein, 9 Enthaltungen). *Abst.Nr. 022*

Präsidialdirektion (PRD)

<i>Antrag Nr.</i>	<i>Seite</i>	<i>Dienststelle/ PG-Nr.</i>	<i>Antragstellende</i>	<i>Anträge an Stadtrat</i>
-----------------------	--------------	---------------------------------	------------------------	----------------------------

10.	23 und 88/89	Direktions- stabsdienste und Gleichstel- lung 100100	Fraktion SVP	Der städtische Personalanlass soll nicht mehr stattfinden, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 200'000 auf CHF 4'213'708.97.
11.	92	Direktions- stabsdienste und Gleichstel- lung 100100	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Der Leistungsausbau soll CHF 150'000 anstelle von CHF 200'000 betragen d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 50'000 auf CHF 4'363'708.97.
12.	106	Kultur Stadt Bern 110000	SBK	Ursprüngliche Formulierung aus PGB 2018 Das Ziel: <i>«Die Stadt Bern unterstützt die Pflege des kulturellen Erbes und legt Wert darauf, dass dieses allen Bevölkerungs-gruppen offensteht»</i> ist (wieder) in die Liste der übergeordneten Ziele der Produktegruppe Kulturförderung aufzunehmen.
13.	105	Kultur Stadt Bern 110000	Fraktion SVP	Die Kosten bei der Kulturförderung seien um CHF 2'000'000.00 zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 2'000'000.00 auf CHF 34'388'988.10.
13.1	105	Kultur Stadt Bern 110000	Fraktion SVP	Bruttokosten 2019 neu 35'878'748.00 anstelle von 37'610'988.00.
14.	105	Kultur Stadt Bern 110000	Fraktion SVP	<i>Eventualantrag zu Antrag 13:</i> Die Kosten bei der Kulturförderung seien um CHF 500'000.00 zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 500'000.00 auf CHF 35'888'988.10.
15.	105 und 108	Kultur Stadt Bern 110000	Fraktion SVP	Die Kosten für die IKUR in der Höhe von CHF 380'000.00 seien zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 380'000.00 auf CHF 36'008'988.00.
16.	131	Wirtschaftsamt 160100	Fraktion FDP/JF	Auf den Leistungsausbau von CHF 60'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 60'000 auf CHF 2'377'906.76.

- | | | | | |
|-----|------------------|---------------------------------|----------------------------------|---|
| 17. | 25
und
132 | Wirtschaftsamt
160100 | Luzius
(GaP)
Theiler | Der budgetierte zusätzliche Basisbeitrag an Bern Tourismus im Betrag von CHF 530'000 sei zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 530'000 auf CHF1'907'906.76. |
| 18. | 23
und
136 | Stadtplanungs-
amt
170500 | Fraktionen:
FDP/JF
BDP/CVP | Die budgetierten Mehrausgaben sind um die Hälfte zu reduzieren, d.h. neu stehen der PG170500 zusätzlich CHF 250'000 anstelle von zusätzlichen CHF 500'000 zur Verfügung, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 250'000 auf CHF 5'884'277.06. |
| 19. | 141 | Stadtplanungs-
amt
170500 | PVS | Dritter Punkt der übergeordneten Ziele heisst neu: «Sicherstellen einer hohen gestalterischen Qualität und guten Nutzbarkeit der für die Stadtentwicklung relevanten Freiräume. Gewährleisten einer guten Freiraumversorgung in den Stadtteilen.» |

Präsidentin *Regula Bühlmann*: Antrag Nr. 18 ist vom genehmigten Antrag des Gemeinderats betroffen. Wir werden über die Differenz zwischen den beiden Anträgen abstimmen.

Sprecherin SBK *Bettina Jans-Troxler* (EVP): Die SBK hat die Bereiche der PRD, für welche sie zuständig ist, genau geprüft. Anlässlich des Delegationsbesuchs wurden alle offenen Fragen geklärt. Wir stellen den Antrag Nr. 12. Die folgende Formulierung soll wieder als übergeordnetes Ziel aufgenommen werden: «Die Stadt Bern unterstützt die Pflege des kulturellen Erbes und legt Wert darauf, dass dieses allen Bevölkerungsgruppen offensteht.» Die Verwaltung begründet die Streichung damit, dass die Pflege des kulturellen Erbes der Denkmalpflege unterliege. Die SBK sieht darin aber eine übergeordnete Aufgabe. Wir bitten um Annahme des Antrags.

Sprecher PVS *Maurice Lindgren* (JGLP): Die PVS hat vom Produktgruppenbudget der Präsidialdirektion das Stadtplanungsamt und Hochbau Stadt Bern behandelt. Wie bekannt, hat der Gemeinderat einen Antrag zum Budget gemacht, der angenommen wurde. Anlässlich der Budgetberatung in der PVS lagen diese Änderungen noch nicht vor. Entsprechend sind meine Angaben nicht auf dem aktuellen Stand.

Die Haltungen zum Stellenausbau orientierten sich an der Parteilinie. Ein Teil der Kommission hat den Bedarf infolge des steigenden Investitionsvolumens gesehen, ein Teil hinterfragte das Stellenwachstum kritischer. Es liegen keine Anträge der PVS oder einer PVS-Minderheit zu Kürzungen des Stellenausbaus vor. Wir stellen einzig den unbestrittenen Antrag Nr. 19 zum Stadtplanungsamt. Es handelt sich dabei um die Änderung einer Zielformulierung als Nachvollzug des Umzugs der Fachstelle «Gestaltung öffentlicher Raum».

Die PVS beantragt Zustimmung zum Budget PRD mit 6 Ja- und 5 Nein-Stimmen.

Barbara Freiburghaus (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Antrag Nr. 11 hat Oliver Berger bereits begründet. Wir halten daran fest. Zu Antrag Nr. 16 haben wir keine zusätzlichen Begründungen vorzubringen. Wir halten ebenfalls daran fest. Auch an Antrag Nr. 18 halten wir fest. Für die Umsetzung STEK sollen nicht Stellen auf Vorrat geschaffen werden. Wir lassen somit die Differenz zum Antrag Gemeinderat als Änderungsantrag bestehen.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Zu Antrag Nr. 10: Wir haben uns bereits einige Male zum Personalanlass geäußert und diesen beanstandet. Wir sagen nicht, dass ein solcher unnötig sei. Doch gibt es geeignetere Formen, einen solchen zu gestalten. Der Stadtpräsident soll die einzelnen Abteilungen besuchen. Es ist eine Illusion, mit Tausenden von Mitarbeitern an einem Ort das persönliche Gespräch zu suchen. Gewisse Informationen können per Mail verschickt werden. Es müssen auch nicht alle Mitarbeiter bis zur untersten Stufe die Legislaturziele direkt vom Stadtpräsidenten vermittelt bekommen. Es scheint sich dabei doch mehr um einen Wahlanlass zu handeln. Dafür haben wir kein Verständnis. Wir beantragen deshalb die Streichung der dafür vorgesehenen Mittel.

Zu den Anträgen zur Kulturförderung: In diesem Bereich ist gut ersichtlich, wofür das Geld ausgegeben wird. Ich nenne dazu die Stichworte «Abschiedsfest» und «Züri West». Mir hat missfallen, dass ein solches Fest überhaupt durchgeführt wird, und dass eine renommierte Band mit Mitteln der direkten und allgemeinen Förderung unterstützt wird. Setzt man als Leiterin der Kulturförderung Gelder so ein, hat man seine Aufgabe nicht verstanden. Auch hier geht es um eine Profilierung. Es geht mir auch darum zu verhindern, dass beim Abschied von Veronica Schaller das Royal Philharmonic Orchestra auftreten wird. Deshalb beantragen wir in Antrag Nr. 14 eine Kürzung von 500 000 Franken. In Antrag Nr. 15 fordern wir die Streichung der Unterstützung für die IKuR. Wir werden heute noch entsprechende Vorstösse einreichen. Die Verträge mit der Reithalle sollen gekündigt, der Betrieb eingestellt werden. Wir müssen akzeptieren, dass dort ein alternatives Kulturzentrum weitergeführt wird. Dies soll jedoch mit anderen Leistungsträgern geschehen. Die Voraussetzungen für eine Kündigung sind gegeben. Der Kanton hat Vorgaben gemacht, die umgesetzt werden müssen.

In der Fraktion besteht noch keine einheitliche Meinung zu Antrag Nr. 17 betreffend Bern Tourismus. Wir werden die Diskussion dazu verfolgen. Es ist wichtig, dass Bern Tourismus bestehende Strukturen nicht konkurrenziert. Massgebend wird auch sein, ob die Mehrheit den Antrag unterstützen wird. Von Martin Bachofner habe ich sinnvolle Vorschläge gehört. Man will von Grossevents wie der Tour de France abkehren und dafür weniger spektakuläre Anlässe wie die Jugendtischtennismeisterschaft durchführen. Auch der Kulturbereich scheint ausbaufähig zu sein. Wir sind jedoch klar dagegen, dass mit erheblichen städtischen Mitteln ein Anlass wie das Winterzauberland unterstützt wird. Damit wird eine private Eventorganisation konkurrenziert. Bern Welcome darf private Events nicht konkurrenizieren und auch keine Triage-Funktion übernehmen. Das ist auch rechtlich nicht zulässig. Ich erwarte vonseiten des Stadtpräsidenten die Zusage gewisser Sicherheiten. Unter diesen Umständen würden wir den Antrag grossmehrheitlich ablehnen. Wir haben uns immer für Bern Tourismus eingesetzt. Generell werden wir den Kürzungsanträgen ansonsten zustimmen.

Henri-Charles Beuchat (SVP) für die Fraktion SVP: Ich begründe Antrag Nr. 13. Wer kennt Beyeler Martin, Aeschmann Peter oder Gisler Eva? Aeschmann Peter hat vom Stadtpräsidenten für ein Auslandstipendium Kulturaustausch 4500 Franken erhalten. Wer kennt Pfister Nicole? Sie hat es besser gemacht. Sie hat 15 000 Franken erhalten. Ich weiss nicht warum und was sie besser gemacht hat. Kennt jemand die Schwestern Karamasow? Wie viel Geld haben sie bekommen? 40 000 Franken! Die Liste, gemäss der auf diese Weise Geld verteilt wird, ist sehr lang. Mir stehen die Haare zu Berg, wenn ich sehe, wer alles Geld im Rahmen der Kulturförderung erhält. Der Antrag der SVP ist stringent. Wir haben unlängst in einer Mo-

tion ein Moratorium zur Kulturförderung verlangt. Wir sind gegen die Erhöhung der Gelder, welche der Stadtpräsident mit der Giesskanne verteilt. Die Kulturausgaben sollen auf dem bestehenden Niveau belassen werden. Es kann nicht sein, dass wir jedes Jahr höhere Kulturausgaben von x Millionen Franken haben! Die letzte Erhöhung wurde gemacht, als der Kanton Aufgaben der Stadt übernommen hat und wir eigentlich 1,5 Mio. Franken hätten einsparen können. Stattdessen wurden Mehrausgaben beschlossen. Jetzt sind es abermals 1,4 Mio. Franken. So geht das nicht weiter! Die Gelder sollen effizient eingesetzt und nicht nach dem Giesskannenprinzip an Leute verteilt werden, die irgendwie mit Ihnen in Verbindung stehen. Wir halten an unserem Ausgabemoratorium fest. Wir haben dem Stadtpräsidenten unsere Haltung in der Antwort anlässlich der Vernehmlassung dargelegt. Er ist sicher nicht überrascht, wenn wir seine grosszügige Erhöhung der Kulturausgaben bekämpfen.

Luzius Theiler (GaP) für die Fraktion AL/GaP/PdA: Ich begründe Antrag Nr. 17. Wir lehnen die Subventionserhöhung von 530 000 Franken zum heutigen Zeitpunkt ab und bitten um Unterstützung. Dem Berner Tourismus geht es glänzend. Die Zahl der Hotelübernachtungen stieg letztes Jahr wiederum um 10 Prozent. Im Grundsatz unterstützt der Staat nur jene Fälle, die ohne Unterstützung nicht bestehen könnten. Die Kulturförderung hingegen ist auf öffentliche Beiträge angewiesen. In manchen Sparten kann Kultur nicht selbsttragend sein. Der Berner Tourismus hingegen ist ein rentabler Wirtschaftszweig. Der Städtetourismus wird in seinem Umfang zum Problem. Ich nenne dazu das Stichwort «Overtourism». Es gibt keinen Grund, den Tourismus über das Mass von heute zu fördern. Die Art und Weise, wie sich Bern Tourismus bei der Stadt bedient, ist unverschämt. Vor einem Jahr wurde Bern Tourismus neu organisiert. Es wurde eine neue Zeit mit einer an die Berner Bedürfnisse angepassten Tourismuspolitik angekündigt. Wir freuten uns alle über dieses Bekenntnis. Ich habe sogar bei einer Begleitgruppe mitgemacht. Resultate sind jedoch keine ersichtlich. Es gibt nicht einmal ein Protokoll zu diesen Sitzungen. Der Leistungsvertrag der alten Organisation läuft Ende dieses Jahres aus. Der neue liegt noch nicht vor. Nach Übertragungsreglement müsste eine solche Neuvergabe zuerst ausgeschrieben werden. Es gibt sicher noch andere Organisationen, welche Teile der Aufgaben von Bern Tourismus übernehmen könnten. Wir werden in einer Woche die Begründung des Gemeinderats dazu hören, wenn er meine Kleine Anfrage beantwortet. Auf jeden Fall ist jetzt nicht der Zeitpunkt, um die zusätzlichen 530 000 Franken zu bewilligen. Sollte sich dieses Geld aufgrund des Leistungsvertrags als notwendig erweisen, kann ein Nachkredit beantragt werden. Ich bin der Meinung, dass dieses Geld nicht nötig ist. Ich bin befremdet, dass die Debatte zum Leistungsvertrag so lange verzögert wurde, dass uns keine Wahl mehr bleibt, als zuzustimmen. Ich frage mich, was im Falle eines Referendums passieren würde. Hat man dann bis im Frühling keinen Tourismus in Bern? Vielleicht sähe man in einem solchen Fall aber auch, dass Bern Tourismus gar nicht nötig ist.

Katharina Altas (SP) für die Fraktion SP/JUSO: *(Zu Henri-Charles Beuchat)*: Es ist schlechter Stil, auf Kulturschaffende einzudreschen und sie dabei beim Namen zu nennen. Bekommt jemand auf Gesuch hin Fördergelder der Stadt Bern, ist das kein Verbrechen. Es an den Pranger zu stellen, ist wirklich schlechter Stil.

Die Anträge Nr. 10 und Nr. 11 der Fraktionen SVP, FDP/JF und BDP/CVP, die auf den Personalanlass zielen, lehnt die SP/JUSO-Fraktion ab. Der Personalanlass dient nicht allein der Informationsvermittlung, sondern ist eine gute Gelegenheit, die Zufriedenheit und die Identifikation mit der Arbeitgeberin zu stärken. Auch das «Gärtchendenken» kann damit aufgeweicht werden. Immer mehr wird auch von Verwaltungsangestellten interdisziplinäres Denken, Planen und Handeln verlangt. Der Personalanlass fördert damit die Netzwerkbildung innerhalb der Stadtverwaltung.

Der Antrag Nr. 12 der SBK ist redaktioneller Art. Die Kommission verlangt, dass die ursprüngliche Version aus dem PGB 2018 wieder aufgenommen wird. Die Kommissionssprecherin hat die Änderung bereits erläutert. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Zu den Anträgen Nr. 13, Nr. 13.1 und Nr. 14 und dem Eventualantrag zu Antrag Nr. 13: Die SVP-Fraktion versucht, mit der Salami-taktik zuerst eine 2 Mio.-Franken-Kürzung vorzunehmen. Falls diese nicht durchkommt, soll bei der Kulturförderung eine halbe Mio. Franken gekürzt werden. Auch hier sind die Begründungen abenteuerlich. Wir lehnen alle SVP-Kürzungsanträge zu Kultur Stadt Bern rigoros ab.

Dass die SVP ihr Lieblingsthema bewirtschaftet, ist nicht verwunderlich. Mal versucht sie via Kanton, der Reitschule den Garaus zu machen, dann via Budgetkürzung. Jegliche gesellschaftlichen Probleme der IKuR anzulasten, ist bequem und einfach. Vielleicht sollte sich die SVP mal differenzierter mit den Realitäten auseinandersetzen, statt Feindbilder zu schaffen. Es ist keine Überraschung, wenn ich sage, dass die SP/JUSO-Fraktion den Antrag Nr. 15 ablehnt.

Antrag Nr. 16 der FDP/JF-Fraktion zielt auf die Erarbeitung einer Strategie zur Kultur- und Kreativwirtschaft ab. Eine solche hat die SP-Fraktion mit dem Postulat «Erhebung zur Wertschöpfung der Kultur- und Kreativwirtschaft» im Oktober 2015 verlangt. Leider hat der damalige Gemeinderat das Ansinnen abgelehnt. Wir sind darum dankbar, dass unsere damalige Forderung nun doch ernst genommen wird. Wir lehnen den Antrag Nr. 16 darum ab.

Den Kürzungsantrag Nr. 17 von Luzius Theiler zur Streichung von 530 000 Franken bei Bern Tourismus lehnt die SP/JUSO-Fraktion ab. Wir teilen die Bedenken, dass die Altstadt nicht beliebig mehr Touristinnen und Touristen verträgt. Erst gestern wurde in der Rundschau ein Beitrag über die Probleme Luzerns mit dem Massentourismus gezeigt. Städte wie Amsterdam, Venedig und Barcelona ächzen schon lange unter den Touristenströmen. Dennoch lehnen wir den Antrag ab, weil wir Bern Tourismus nicht per se in Frage stellen wollen und Massentourismus in Berns Kleinräumigkeit sowieso nicht möglich ist. Dafür fehlt uns schlicht und einfach die Infrastruktur. Ausserdem werden die Leistungsverträge für Bern Welcome und Bern Tourismus demnächst im Stadtrat behandelt. Dann kann Kritik geübt werden.

Die FDP/JF-Fraktion unterstellt im Kürzungsantrag Nr. 18, dass Stellen auf Vorrat geschaffen werden. Die Stadtentwicklung ist eine wichtige Aufgabe der Stadt und gerade deshalb wollen wir keine weiteren Kürzungen. Gebiets- und Arealentwicklungen wie der Entwicklungsschwerpunkt ESP Ausserholligen, das Gaswerkareal, Bümpliz Nordwest, aber auch zahlreiche Projektbegleitungen und Freiraumplanungen benötigen nun mal Personal für die Umsetzung. Wir sind dem Antrag des Gemeinderats gefolgt. Die Kürzung von weiteren Stellen ist in Anbetracht der vielen Projekte nicht zielführend. Wir lehnen den Antrag Nr. 18 ab.

Dem redaktionellen Antrag Nr. 19 der Kommission PVS wird die SP/JUSO-Fraktion zustimmen. Es macht Sinn, diese Terminologie zu ändern.

Die Sitzung wird um 16.30 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

14.01.2019

X 

Signiert von: Regula Bühlmann (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

25.02.2019

X 

Signiert von: Caroline Baldenweg Ziyout (Authentication)

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.10 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Regula Bühlmann

Anwesend

Devrim Abbasoglu-Akturan	Rudolf Friedli	Patrizia Mordini
Mohamed Abdirahim	Katharina Gallizzi	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Lionel Gaudy	Seraina Patzen
Katharina Altas	Hans Ulrich Gränicher	Tabea Rai
Ruth Altmann	Claude Grosjean	Rahel Ruch
Peter Ammann	Franziska Grossenbacher	Kurt Rüeegsegger
Ursina Anderegg	Lukas Gutzwiller	Sandra Ryser
Oliver Berger	Bernadette Häfliger	Marianne Schild
Thomas Berger	Erich Hess	Zora Schneider
Henri-Charles Beuchat	Brigitte Hilty Haller	Edith Siegenthaler
Lea Bill	Roland Iseli	Lena Sorg
Laura Binz	Bettina Jans-Troxler	Matthias Stürmer
Danielle Cesarov-Zaugg	Dannie Jost	Bettina Stüssi
Yasemin Cevik	Nadja Kehrl-Feldmann	Michael Sutter
Michael Daphinoff	Ladina Kirchen Abegg	Luzius Theiler
Milena Daphinoff	Ingrid Kissling-Näf	Regula Tschanz
Matthias Egli	Fuat Köçer	Ayse Turgul
Bernhard Eicher	Eva Krattiger	Johannes Wartenweiler
Claudine Esseiva	Marieke Kruit	Janine Wicki
Vivianne Esseiva	Nora Krummen	Manuel C. Widmer
Angela Falk	Daniel Lehmann	Lisa Witzig
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Marcel Wüthrich
Benno Frauchiger	Peter Marbet	Patrik Wyss
Barbara Freiburghaus	Melanie Mettler	Patrick Zillig

Entschuldigt

Michael Burkard	Philip Kohli	Leena Schmitter
Dolores Dana	Martin Krebs	Christophe Weder
Ueli Jaisli		

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Ursula Wyss TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Joel Leber Ratsweibel
Marianne Hartmann, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, wiss. Mitarbeiterin
Monika Binz, Vizestadtschreiberin

2018.FPI.000022

7 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2019 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung: Detailberatung

Fortsetzung: Präsidialdirektion (PRD)

Fortsetzung: Fraktionserklärungen

Rahel Ruch (GB) für die Fraktion GB/JA!: «Bern wächst dynamisch» «Bern ist grün und vernetzt» «Bern lebt in den Quartieren.» Dies sind bekanntlich die drei Handlungsfelder aus dem Stadtentwicklungskonzept STEK, sie werden auch im vorliegenden Budget abgebildet. Mit dem Stadtplanungsamt und dem Hochbauamt sind zwei dafür zentrale Dienststellen in der PRD angesiedelt. Sie sind gefordert, das Stadtwachstum planerisch und baulich zu ermöglichen. Für die Fraktion GB/JA! steht die umsichtige, partizipative Umsetzung des STEK im Zentrum der Stadtpolitik. Es ist für uns daher logisch und nachvollziehbar, dass das Stadtplanungsamt dringend mehr Kapazitäten benötigt. Mit den langfristigen Planungen wie beispielsweise den Entwicklungsschwerpunkten (ESP) Wankdorf, Ausserholligen oder Brünnen, dem Gaswerkareal, dem Tramdepot oder dem Viererfeld stehen sehr grosse Projekte an. Parallel dazu werden viele kleinere Arealentwicklungen realisiert, die, wie bereits ausgeführt wurde, auch Privatpersonen betreffen und für diese wichtig sind. Für die Fraktion GB/JA! ist klar, dass für verdichtetes Wachsen in einer grünen Stadt eine sorgfältige Planung das A und O ist. Daher ist es schade, dass eine der Stellen, die aufgrund des genehmigten Gemeinderatsantrags gestrichen werden, das Stadtplanungsamt betrifft. Wir werden den Anträgen Nr. 18 und Nr. 19, mit welchen beim Stadtplanungsamt gespart werden soll, nicht zustimmen. Für die Fraktion GB/JA! bedeutet Wachstum aber nicht nur technisches Wachstum, es geht uns nicht nur darum, zu bauen. Wir sind der Meinung, dass eine grössere Stadt auch mehr soziale Interaktion und mehr Einsatz des Gemeinwesens für eine vielfältige Stadt bedingt, für eine Stadt, in der niemand verdrängt wird. Einen Teil der weniger technischen Stadtentwicklung stellt die Kultur dar. Daher begrüssen wir es sehr, dass für die Kulturförderung mehr Mittel zur Verfügung stehen sollen und dass der Kulturbegriff in der Kulturstrategie etwas ausgedehnt wurde. Es ist wichtig, dass man auf diesem Weg die Kulturförderung dem schon lange Gelebten angleicht und dass man so weiterfährt. Wir sind aber auch gespannt darauf, wie die Kulturstrategie angepasst wird und in Zukunft aussehen wird, da im Moment einiges noch relativ schwammig formuliert ist. Zu Antrag Nr. 17: Die Fraktion GB/JA! kritisiert die einseitige Tourismusförderung in der Stadt Bern seit mehreren Jahren und fordert schon lange einen Richtungswechsel. Wir möchten ökologischen und nachhaltigen Tourismus fördern und nicht Fluggäste von weit her nach Bern locken oder absurde Riesen-Events oder Quad-Touren finanzieren. Mit Bern Welcome soll ein Neuanfang möglich sein, der in Richtung Ökologie und Nachhaltigkeit zeigt. Wir haben bisher Positives gehört, aber es ist nach wie vor unklar, was umgesetzt wird und ob der von uns erhoffte Wandel wirklich stattfindet. Da der Leistungsvertrag für Bern Welcome bald diskutiert werden soll, bestehen in unserer Fraktion unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob die inhaltliche Diskussion dort geführt und der vorliegende Antrag von Luzius Theiler abgelehnt werden soll oder ob zuerst die inhaltliche Diskussion geführt werden soll, bevor man Geld spricht beziehungsweise den Kredit erhöht. Die Mitglieder der Fraktion GB/JA! werden bei Antrag Nr. 17 daher unterschiedlich abstimmen. Zu den Anträgen Nr. 10 und Nr. 11: Wir haben zwar eine kritische Haltung gegenüber solchen Massenveranstaltungen, aber unseres Erachtens ist es nicht stufengerecht, an dieser Stelle darüber zu diskutieren, wie ein solcher Personalanlass am besten organisiert wird. Wir lehnen

daher auch diese Anträge ab. Zusammengefasst sagen wir Ja zu den Kommissionsanträgen, da es sich um wichtige Präzisierungen handelt. Bei Antrag Nr. 17 werden wir unterschiedlich abstimmen und die übrigen Anträge lehnen wir ab.

Marianne Schild (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Ich gehe nicht auf alle Anträge ein. Die Fraktion GLP/JGLP steht grundsätzlich hinter der Kultur in der Stadt Bern, diese ist für uns sehr wichtig und zentral. Auch wir wünschen uns, dass die Ausgaben im Bereich Kultur etwas weniger steigen als bisher. Dennoch lehnen wir die Anträge der Fraktion SVP ab, da wir zuerst hören wollen, was der Gemeinderat nach der umfangreichen Vernehmlassung vorschlägt. Wir sind der Meinung, dass der Anlass in der Dampfzentrale wenig mit der vorliegenden Budgetdebatte zu tun hat. Im Antrag der SBK geht es vor allem um den formalen Aspekt, weshalb wir diesen Antrag annehmen. Zu den Anträgen betreffend Wirtschaftsamt: Antrag Nr. 16 nehmen wir an. Bei Antrag Nr. 17 werden wir uns der Stimme mehrheitlich enthalten, da wir diese Diskussion dann führen möchten, wenn die Leistungsverträge mit Bern Welcome im Stadtrat behandelt werden. Wir stehen voll und ganz hinter der Neuausrichtung von Bern Tourismus in Form von Bern Welcome. Wir sind auch der Ansicht, dass der Tourismus weiterhin unterstützt werden soll, aber wir wollen die Debatte abwarten und behalten uns vor, erst danach zu entscheiden, ob die Budgeterhöhung tatsächlich sinnvoll ist. Die Anträge Nr. 18 und Nr. 19 zum Stadtplanungsamt nehmen wir an.

Einzelvoten

Henri-Charles Beuchat (SVP): Eigentlich wollte ich nichts mehr sagen, aber nachdem mich die SP offen kritisiert und provoziert hat, möchte ich mich nochmals äussern. Weshalb soll es unredlich sein, die Namen derjenigen Personen zu nennen, die Geld erhalten haben und die Sie persönlich kennen? Mir fällt dazu folgendes Zitat ein: «Was sich unter dem Licht der Sonne nur mit Scham sagen lässt...». Wenn Sie diese Namen nicht nennen wollen, dann deshalb, weil Sie sich schämen. Die Namen sind veröffentlicht, die Listen findet man im Internet. Vermutlich sind rund 80% der Personen, die hier namentlich genannt werden, allen von Ihnen bekannt. Ich weiss nicht, weshalb man nicht sagen darf, wer von ihnen welches Zückerchen erhält. Wenn man hier konkret wird, machen Sie ein grosses Aufheben darum. Das ist rotgrüner Filz. Die Ära Schaller ist ein Kulturdesaster. Sie nehmen eine Budgeterhöhung von 1,5 Mio. Franken vor, nachdem das Blut in den Strassen von Bern aufgrund der Schäden, die Sie hinterlassen, kniehoch fliesst. Bei der Affäre Märki verlangte die SVP die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), aber dieser Antrag wurde im Stadtrat nicht einmal diskutiert, sondern bereits im Ratsbüro abgewürgt. Im Januar 2018 reichten wir im Zusammenhang mit einem Kulturfest, das aus dem Ruder gelaufen war, eine Beschwerde ein, auf die wir bis heute keine Antwort erhalten haben. Wir wissen nicht, was in dieser Angelegenheit unternommen wird. Sie argumentieren nun mit der Vernehmlassung des Gemeinderats und sagen, dass Sie zuerst die Resultate der Vernehmlassung abwarten wollen. Die Gelder wollen Sie aber bereits jetzt sprechen. Ihr Verhalten ist unredlich. Nach allen Affären und Ungereimtheiten unter der Ära Schaller wäre ein Kulturstopp im Sinne eines Moratoriums angebracht. Bevor Sie mehr Geld ausgeben, müssen Sie doch abwarten, was passiert, und nicht Gelder sprechen und erst danach die Vernehmlassung des Stadtpräsidenten abwarten. Vermutlich haben Sie ohnehin vor, nach dieser Vernehmlassung die Gelder nochmals zu erhöhen. So geht das nicht. Sie haben ein Desaster hinterlassen. Es handelt sich um einen Kulturfilz in der Stadt Bern, den Sie mit 1,5 Mio. Franken erneut alimentieren wollen. Stattdessen werfen Sie uns Unkorrektheit vor, wenn wir unsere Kürzungsanträge vertreten und die Dinge beim Namen nennen.

Seraina Patzen (JA!): Ich möchte mich im Namen der JA! zu Antrag Nr. 17 äussern. Es wurde gesagt, dass wir die inhaltliche Diskussion zum Leistungsvertrag mit Bern Welcome in Kürze im Rat führen werden. Wir haben einige kritische Fragen zu Bern Welcome, die wir in der Debatte über den Leistungsvertrag stellen werden. Wir können aber schon jetzt sagen, dass wir dem Leistungsausbau in der Tourismusförderung grundsätzlich kritisch gegenüber stehen. Wir fragen uns, wieviel Geld man grundsätzlich darin investieren soll. Aus diesen Gründen nehmen wir Antrag Nr. 17 an.

Manuel C. Widmer (GFL): Ich schäme mich überhaupt nicht für die Liste der Namen, sondern ich freue mich darüber. Ich freue mich, dass wir eine Stadt sind, die Kultur hat, dieser einen Wert beimisst und sie hoch schätzt. Ich kenne wenige Personen oder geschichtliche Ereignisse, bei welchen man sagen müsste, dass die Menschen vor der Kultur oder vor aufblühenden Kulturen Angst haben oder hatten. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass bei der vorliegenden Debatte über die Vergabe der Gelder mitschwimmt, dass diese Vergaben unredlich seien. Ich weiss nicht, ob die SVP nicht weiss, wie diese Gelder vergeben werden oder ob sie es schlicht nicht wissen will. Die Gelder werden von einer Kommission gesprochen und nicht von Frau Schaller oder vom Stadtpräsidenten. In der erwähnten Kommission diskutieren mehrere Personen darüber, wer welche Beiträge für welche kulturellen Darbietungen erhalten soll. Es handelt sich bei diesen Personen um Künstlerinnen und Künstler und um Kunstsachverständige. Wie man überprüfen kann, treten die Kommissionsmitglieder in den Ausstand, wenn es um Beiträge an Personen geht, die sie kennen. Es funktioniert alles transparent und sauber. Ich finde es schwierig, dass Sie, Henri-Charles Beuchat, versuchen, die Vergabe von Kulturgeldern als Filz und Klüngelei darzustellen, obwohl sie institutionell genau geregelt ist. Auch Sie wissen, dass es sich um eine Kommission handelt, die über diese Vergaben entscheidet, und dass die betreffenden Mitglieder in den Ausstand treten, wenn es angebracht ist. Ihr Verhalten ist nicht redlich. Sie hauen hier auf den Putz und hoffen, dass Ihnen niemand widerspricht. So dürfen Sie nicht handeln. Ich bitte Sie, bei der Wahrheit zu bleiben und nicht Dinge zu behaupten, die nicht wahr sind. Aber mir ist klar, dass Populismus gepaart mit Wahrheit nicht gut funktioniert. Zu Bern Tourismus: Natürlich läuft der Tourismus gut, Luzius Theiler, Sie haben absolut Recht. Ihr Antrag kommt mir aber ein wenig so vor, wie wenn Sie einen Glacé-Laden eröffnen, dafür Werbung machen und Personal anstellen würden. Sobald der Laden läuft, sagen Sie, dass Sie nun keine Werbung mehr benötigen und auch keine Personen mehr, die Glacé verkaufen. Es ist möglich, dass auf diese Weise noch während zwei oder drei Tagen Kundschaft kommt, aber was nachher kommt, bleibt offen.

Alexander Feuz (SVP): Wenn man uns so heftig angreift, muss ich mich nochmals zu Wort melden. Wofür haben wir Frau Schaller kritisiert? Wir haben sie kritisiert, weil sie die Person ist, die das Abschiedsfest im Januar koordinierte, und weil sie dafür verantwortlich ist. Selbstverständlich ist die Kulturkommission zuständig für die Verteilung der Gelder. Ich gehe davon aus, dass die Namen, die wir genannt haben, öffentlich sind. Es handelt sich nicht um besonders schützenswerte Daten. Überdies sollte es ja eine Ehre sein, wenn man Geld in Form eines Stipendiums erhält, damit man die Ausbildung finanzieren kann. Für den Steuerzahler wäre es möglicherweise interessant, zu erfahren, was aus dem Künstler geworden ist, den er mitfinanziert hat. Wenn dies alles unter dem Deckel bleiben soll, haben wir weder Transparenz noch eine Erfolgskontrolle. Wenn es darum geht, jemanden zu verabschieden, könnte man an diesem Anlass doch einem jungen Künstler, den man gefördert hat, eine Plattform bieten. Das machte man nicht, stattdessen bietet man diese Plattform Züri West. Damit zeigt die verantwortliche Stelle doch, dass sie von Kulturförderung absolut nichts begriffen hat. Sie haben gesagt, man dürfe diese Namen nicht nennen. Ich bin anderer Meinung. Die Öffentlichkeit darf wissen, was mit dem Geld passiert ist, wo sich die Künstler inzwischen befinden und

ob sie nach wie vor als Künstler tätig sind. Natürlich treten die Kommissionsmitglieder in den Ausstand, wenn es um jemanden geht, den sie gut kennen. Die anderen Kommissionsmitglieder kennen diese Person aber oftmals auch. Man hat also trotzdem einen Vorteil, wenn man einen Paten in der Kommission hat, insbesondere wenn man selber bei der Stadt gearbeitet hat. Sie wissen, auf wen ich damit anspiele.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Ich danke Ihnen für die engagierte Debatte und für Ihr Interesse an den Budget-Positionen. Zu den Anträgen Nr. 10 und Nr. 11: Ein Personalanlass ist wichtig, damit man das Personal zusammenbringen und führen kann. Es liegt im Interesse aller, dass man eine möglichst gute Stadtverwaltung hat, die gut zusammen arbeitet. Ich weiss nicht, wer von Ihnen in einer grossen Firma arbeitet, aber es ist gang und gäbe, dass man die Mitarbeitenden zusammen nimmt, damit sie einander kennenlernen und lernen, besser zusammenzuarbeiten. Für mich ist das eine Selbstverständlichkeit. Wenn es nach mir ginge, könnte man diesen Anlass jährlich durchführen. Das machen wir aber nicht, wir führen ihn alle zwei Jahre durch. Es geht nicht nur darum, den Mitarbeitenden anfangs Legislatur unsere Schwerpunkte mitzuteilen, sondern es geht vor allem auch darum, dass sie ihre gegenseitige Zusammenarbeit verbessern. Dagegen hat wohl niemand etwas. Wir verfügen über Internet und Intranet, unsere Mitarbeitenden werden auf vielfältige Weise informiert und arbeiten auf vielfältige Weise zusammen. Mit einem Personalanlass, an welchem das gesamte Personal versammelt ist, gelingt das aber noch besser. Zu den Kulturbeiträgen (Anträge Nr. 12, Nr. 13, Nr. 13.1 und Nr. 14): Grundsätzlich ist zu sagen, dass wir im Februar eine Kulturdebatte führen werden. Wir werden über alle Leistungsvereinbarungen diskutieren, auch über die tripartiten Leistungsvereinbarungen, welche von der Region und vom Kanton mitfinanziert werden, sowie über die freien Beiträge und darüber, ob diese ansteigen oder sinken. Sie werden dannzumal Stellung nehmen können. Ich möchte nicht, dass wir diese Debatte heute vorweg nehmen. Wir haben eine Vernehmlassung durchgeführt, über deren Ergebnis wir Sie in Kürze orientieren werden. Die Teilnahme stand allen offen, 274 Personen und Organisationen haben diese Gelegenheit wahrgenommen. Im Budget 2019 sind die Kulturausgaben stabil. Sie werden auch die folgenden vier Jahre stabil sein. Wir möchten Kontinuität bei den Kulturverträgen und bei den weiteren Kulturausgaben, indem wir die Beträge jeweils für vier Jahre einfrieren. Alle vier Jahre werden die Verträge erneuert und angepasst. Bezüglich der Vergabe von Geldern kann ich mich dem Votum von Manuel C. Widmer anschliessen. Wenn Sie die Namen teilweise nicht kennen, dann empfehle ich Ihnen, einmal ins Kunstmuseum zu gehen. Von Peter Aerschmann beispielsweise finden Sie im Kunstmuseum eine wunderbare Video-Installation. Es handelt sich durchaus um namhafte und gute Künstler, die unterstützt werden. Zur Reitschule (Antrag Nr. 15): Ich gratuliere Alexander Feuz für die treffende Formulierung «20 Jahre trial and error». Wir sind immer am Thema dran, wir probieren Dinge aus, und es beschäftigt uns laufend. Den Vorfall von letzter Samstagnacht verurteilen wir selbstverständlich, das ist keine Frage. Die Frage ist vielmehr, wie die Dinge zusammenhängen. Diesen Zusammenhängen versuchen wir auf den Grund zu gehen. Wir haben einen vierjährigen Vertrag mit der Reitschule, diese Verträge halten wir ein. Wir werden hier im Rat die Debatte über die neue Leistungsvereinbarung und über die Reitschule führen, wir werden ausführlich diskutieren, aber ich bin froh, wenn wir diese Diskussion dann führen, wenn sie an der Reihe ist. Das soeben Gesagte gilt auch für die Diskussion über Bern Welcome (Antrag Nr. 17). Es geht nicht darum, dass man die Leistungen wesentlich ausbaut, sondern es geht um die Einführung von etwas Neuem, indem man die Durchführung von Anlässen durch Bern Welcome unterstützt, und zwar nicht einzeln und sprunghaft, sondern es geht um die gesamthafte Unterstützung durch eine neue Organisation. Mit diesem neuen Vertrag wollen wir auch nicht die Privatwirtschaft konkurrenzieren. Die entsprechenden Leistungsvereinbarungen wurden in der Kommission bereits behandelt. Im Rat werden wir die Leistungsvereinbarungen für

die nächsten vier Jahre nach den Herbstferien gemeinsam anschauen. Bei der Traktandierung war noch nicht ganz klar, ob dieses Geschäft vor oder nach der Budget-Debatte behandelt werden wird. Nun behandeln wir es nach dem Budget, was dazu führt, dass im Budget ein zu hoher Betrag eingestellt ist. Die Kommissionsmitglieder wissen das. Im Budget ist ein Betrag von 530'000 Franken für den neuen Vertrag eingestellt, verhandelt werden aber nur 400'000 Franken. Die Differenz von 130'000 Franken wird gesperrt, was heisst, dass sie im Budget nicht anders ausgegeben werden können. Wenn Sie es wünschen, können wir den Betrag im Budget auch korrigieren. Zu Antrag Nr. 16: Ich würde es sehr bedauern, wenn Sie diesen Antrag annehmen würden. Gerade die Kreativwirtschaft hat ein Wachstumspotenzial, das wir in Bern gern erreichen möchten. Es geht um Musikwissenschaft, Literatur, Architektur, Design, Film, Radioproduktionen und um die mediale Verbreitung dieser kreativen Güter. Diese innovativen Felder möchten wir fördern, weshalb wir die Strategie zur Förderung von Kultur und Kreativwirtschaft, die wir aus der Kulturstrategie übernommen haben, unbedingt realisieren möchten. Der Betrag dafür erscheint mir nicht übertrieben. Zu Antrag Nr. 18: Eine Stelle beim Stadtplanungsamt fiel aufgrund des Kürzungsantrags des Gemeinderats bereits weg. Eine weitere Stelle fällt bei der PRD beziehungsweise beim Hochbauamt weg. Das Stadtplanungsamt hat seine Hausaufgaben gemacht. Sie können bei jeder einzelnen Projektleitungsstelle nachschauen, was in den nächsten vier Jahren gemacht wird. Alles ist verplant. Wir wollen, dass die Projekte umgesetzt werden können, daher ist das Stellenwachstum beim Stadtplanungsamt für eine wachsende Stadt notwendig und bestens ausgewiesen. Wir bitten Sie daher, Antrag Nr. 18 ebenfalls abzulehnen.

Präsidentin *Regula Bühlmann*: Für die Abstimmung weise ich Sie darauf hin, dass Antrag Nr. 18 vom Gemeinderatsantrag auf Kürzung der Stellen betroffen ist. Das bedeutet, dass wir noch über die Differenz abstimmen, im Wissen darum, dass eine halbe Stelle ohnehin bereits gestrichen ist.

Beschluss

10. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 10 Fraktion SVP ab (7 Ja, 60 Nein, 3 Enthaltungen).
Abst.Nr. 024
11. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 11 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP ab (20 Ja, 51 Nein).
Abst.Nr. 025
12. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 12 SBK zu (70 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 026*
13. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 13 Fraktion SVP ab (6 Ja, 64 Nein). *Abst.Nr. 027*
14. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 13.1 Fraktion SVP ab (7 Ja, 64 Nein). *Abst.Nr. 028*
15. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 14 Fraktion SVP ab (7 Ja, 64 Nein). *Abst.Nr. 029*
16. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 15 Fraktion SVP ab (12 Ja, 56 Nein, 3 Enthaltungen).
Abst.Nr. 030
17. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 16 Fraktion FDP/JF ab (27 Ja, 45 Nein). *Abst.Nr. 031*
18. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 17 Theiler ab (9 Ja, 49 Nein, 14 Enthaltungen).
Abst.Nr. 032
19. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 18 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP ab (19 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 033*
20. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 19 PVS zu (69 Ja, 3 Nein). *Abst.Nr. 034*

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

Antrag Nr.	Seite	Dienststelle/ PG-Nr.	Antragstellende	Anträge an Stadtrat
20.	158	Kantonspolizei 210100	Fraktion SVP	Erhöhung der Nettokosten um CHF 2'500'000.00 auf CHF 34'514'416.00 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Der entsprechende Betrag ist in der Direktion PRD, Dienststelle Kultur Stadt Bern, zulasten PG 1100000 Kulturförderung zu kürzen.
21.	158	Kantonspolizei 210100	Fraktion SVP	<i>Eventualantrag zu Antrag 20:</i> Erhöhung der Nettokosten um CHF 1'000'000.00 auf CHF 33'014'416 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Der entsprechende Betrag ist in der Direktion PRD, Dienststelle Kultur Stadt Bern, zulasten PG 1100000 Kulturförderung zu kürzen.
22.	23 und 164/ 165	Amt für Umweltschutz 220100	Fraktion FDP/JF	Auf den Leistungsausbau von CHF 100'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 100'000 auf CHF 5'403'338.21.
23.	23 und 164/ 165	Amt für Umweltschutz 220100	Fraktion FDP/JF	Auf den Leistungsausbau von CHF 200'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 200'000 auf CHF 5'303'338.21.
24.	23 und 164/ 165	Amt für Umweltschutz 220100	Fraktion FDP/JF	Auf den Leistungsausbau von CHF 150'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 150'000 auf CHF 5'353'338.21.

Sprecher FSU *Johannes Wartenweiler* (SP): Gemäss meinem Verständnis eines Kommissionsvotums geht es darum, das Budget zu würdigen. Bei der PRD war ich etwas verwirrt, da dies im Kommissionsvotum nur am Rand erwähnt wurde. Meines Erachtens gehört es zum parlamentarischen Betrieb, dass die Kommission zumindest die wichtigsten Punkte der Direktionen anschaut und zwei oder drei Bemerkungen dazu abgibt, wenn nicht zuhanden der Anwesenden, dann wenigstens zuhanden des Protokolls. Zum Budget der Direktion SUE: Ich danke den Mitarbeitenden der Verwaltung, die uns im Vorfeld Auskunft erteilt haben, sei es anlässlich der Delegationsbesuche oder anlässlich der Diskussionen in der Kommission. Einige Punkte möchte ich gern herausgreifen. Wie Sie gehört haben, war die SUE von der Diskussion um die Stellen kaum betroffen. Die zweieinhalb geplanten zusätzlichen Stellen sties bei der Kommission nicht auf grossen Widerstand. Wir können den Bedarf nachvollziehen. Insbesondere leuchtet es uns ein, dass die Fachstelle gegen Radikalisierung nötig ist, da das Ganze im Rahmen einer nationalen Strategie auf die Gemeinde Bern heruntergebrochen

wird. Was schlägt, abgesehen davon, im Budget 2019 zu Buche? Bei der Feuerwehr müssen wir einen grösseren Ablösungsprozess bewältigen. Relativ viele Feuerwehrleute gehen in den nächsten Jahren in Pension. Das bedeutet, dass man jetzt Ausbildungslehrgänge für neue Mitarbeitende der Feuerwehr finanzieren muss, was Kosten zur Folge hat, insbesondere auch deshalb, weil die Stellen doppelt besetzt werden müssen. Auch beim Polizeiinspektorat entstehen zusätzliche Kosten, weil zusätzliche Sicherheitsmassnahmen bei grösseren Einsätzen und bei Grossereignissen gefordert sind. In den letzten Jahren kamen einige neue Anforderungen hinzu, die man nun umsetzen muss. Dieser Aufwand wird im Budget allerdings neutralisiert, da die Direktion TVS die Rechnung stellt und sie von der Direktion SUE bezahlt wird. Erwähnenswert ist weiter, dass Diskussionen darüber geführt werden, wie es auf der Bundesterrasse weitergehen soll. Der Bund ist daran interessiert, die Terrasse nachts zu schliessen, da er die Sicherheit erhöhen möchte. Zurzeit ist die Stadt aber mit dem Bund im Gespräch, ob stattdessen eine bessere Bewachung der Anlage möglich wäre. Die dazu nötigen Mittel müssen im Budget bereitgestellt werden. Es geht beispielsweise darum, Patrouillengänge der Securitas oder anderer Organisationen zu sichern. Beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz (EKS) fallen 1,5 neue Stellen für die Fachstelle Radikalisierung an. Dazu habe ich mich bereits geäussert. Es geht vor allem darum, diejenigen Leute zu informieren, die nahe an den Betroffenen sind, nämlich Lehrpersonen, Berufsbildner oder Eltern. Gemeint sind Leute, die merken, dass etwas schief läuft, die das aber noch nicht genau erfassen oder benennen können. Diese Menschen sind froh, wenn sie entsprechende Informationen erhalten. Die Städte Bern und Biel versuchen gemeinsam, ein kantonales Kompetenzzentrum aufzubauen, und erhoffen sich dafür die Unterstützung des Kantons. Sodann haben wir bei der Kantonspolizei einige Daten angeschaut. Sie wissen, dass wir dort nicht allzu viel zu sagen haben. Wir können lediglich den Leistungsauftrag und die Steuerungsvorgaben zur Kenntnis nehmen, bei welchen einige Änderungen zu verzeichnen sind. Diese Änderungen sind nicht dramatisch, dramatisch ist vielmehr, dass wir kaum etwas dazu zu sagen haben. Beim Umweltschutz geht es um «Sharing Economy», die man stärker fördern will, und um das Energielabel «Gold», das man rezertifizieren möchte. Letzteres ist wichtig. Es kostet zwar ziemlich viel Geld, nämlich ungefähr 50'000 Franken, aber die Vorteile können ebenfalls in Geld erfasst werden. So gibt beispielsweise Postfinance der Stadt Bern auf der Basis des Energielabels «Gold» vergünstigte Darlehen, wobei die Vergünstigung immerhin in 0,5% Zins besteht. Schliesslich möchte ich noch etwas zur Sanitätspolizei sagen. Nach meinem Dafürhalten handelt es sich dabei ein wenig um das Sorgenkind der städtischen Verwaltung, und das seit längerem. Das Problem sind nicht die Leistungen, sondern die relativ unsichere Zukunft. Auf kantonaler Ebene überlegt man sich, die Notrufzentrale 140 und die Rettungsdienste öffentlich auszuschreiben. In diesem Zusammenhang läuft im Moment einiges. Der Kanton hat ein Projekt gestartet, mit welchem man die Grundlagen erheben will. Für die Stadt geht es darum, vorbereitet zu sein, damit uns das Ganze nicht auf die Füsse fällt. Nach der Stadtpolizei wollen wir nicht auch noch die Sanitätspolizei oder den Rettungsdienst verlieren. Aus diesem Grund versucht man, ein Projekt zu lancieren, das die Sanitätspolizei und die Feuerwehr zu einem Konstrukt vereint, wie es in Zürich unter dem Begriff «Rettung» existiert. Es geht darum, beides zusammen aus einer Hand anzubieten. Man hofft, das Projekt in nützlicher Frist realisieren zu können, damit man gegenüber dem Kanton stärker auftreten kann. Weiter ist das Bauinspektorat zu erwähnen, das sich neu bei der SUE befindet. Es gab keine Veränderungen, die wir zur Kenntnis hätten nehmen müssen, weshalb ich nicht mehr dazu sagen möchte. Schliesslich ist der Tierpark zu erwähnen, der neu in einer Sonderrechnung geführt wird. Mit Drittmitteln werden diverse grosse Projekte auf die Beine gestellt. Zu erwähnen ist insbesondere das Steinbockgehege «AareAlpen», worüber wir demnächst im Rat diskutieren werden. Nachdem man im Bärenpark ein Desaster mit dem Hang erlebte, nimmt man nun die Hangsicherung sehr ernst. Aus der Kommission wurden keine Anträge zum Budget der SUE gestellt. Das

Budget wurde mit 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ohne Gegenstimmen zuhanden der Finanzdelegation (FinDel) verabschiedet.

Antragsteller *Alexander Feuz* (SVP): Zu Antrag Nr. 20: Schon bei der Eintretensdebatte sagte ich, dass wir im Bereich des Hotspots Reithalle im Sinne von «trial and error» neue Punkte setzen müssen. Der Stadtpräsident hat das aufgenommen und bestätigt, was mich freut. Einer der neuen Punkte wäre eine Video-Überwachungsanlage für den ganzen Raum rund um den Vorplatz der Reithalle. Sodann muss man die geeigneten baulichen Massnahmen ergreifen, damit es nicht mehr möglich ist, Steine und Flaschen vom Dach hinunter zu werfen. Ich bin kein Baufachmann, aber ich gehe davon aus, dass dafür ein Betrag von ungefähr 2,5 Mio. Franken nötig wäre. Das würde einen Nachkredit notwendig machen. Im Zusammenhang mit dem Terrorismus haben wir es auch so versucht und sind grandios gescheitert. Im vorliegenden Fall geht es um die Sicherheit in diesem heiklen Raum. Ständig wird darüber diskutiert, wer was gemacht hat. Wenn eine Video-Überwachung installiert ist und alle darüber informiert sind, kann man die Aufnahmen in einem Strafprozess als Beweise verwerten. So kann man sehen, wer sich nicht korrekt verhalten hat, ob es die Polizei war oder die Demonstranten oder beide Seiten. Wir sind der Meinung, dass man die Nettokosten erhöhen muss, und zwar zulasten der Kulturförderung. Die Begründung dafür habe ich bereits dargelegt. Wenn man zulässt, dass bei einem Kulturbetrieb solche Probleme entstehen, muss man auch dort ansetzen und Kürzungen in Kauf nehmen. Wenn in einem Landgasthof eine Ukrainerin ohne Arbeitsbewilligung den 16-Jährigen Gin-Tonics verkauft, wird sie zuerst gebüsst, später wird der Betrieb befristet geschlossen und dann definitiv geschlossen. In Burgdorf gab es auch ein Restaurant, das vor allem von Pnos-Mitgliedern besucht wurde. Es wurde mit der Begründung geschlossen, es sei gefährlich, da zu Aufruhr angestiftet werde. Bei der Reithalle könnte man das mit den genannten Massnahmen verhindern. Abgesehen von unserem vorliegenden Antrag reichen wir heute auch entsprechende Vorstösse ein. Zu Antrag Nr. 21: Es handelt sich um einen Eventualantrag zu Antrag Nr. 20. Die Nettokosten sollen um 1 Mio. Franken erhöht werden statt um 2,5 Mio. Franken. Ich bitte Sie, zumindest diesen Antrag zu unterstützen, wenn Ihnen der Betrag von 2,5 Mio. Franken zu hoch ist.

Antragstellerin *Vivianne Esseiva* (FDP): Zu Antrag Nr. 22: Wir sehen nicht ein, weshalb für das Partizipations- und Kommunikationsmodell zusätzliche Gelder nötig sind. Unseres Erachtens kann das mit dem bestehenden Globalbudget abgedeckt werden. Dasselbe gilt für Antrag Nr. 23. Wenn die Massnahmenblätter wirklich notwendig sind, sollen diese mit den bestehenden Mitteln realisiert werden. Zu Antrag Nr. 24. Wir stehen der «Sharing Economy» sehr positiv gegenüber, aber wir sehen nicht ein, weshalb es eine Aufgabe der Stadt sein soll, dies so stark zu fördern. Daher wollen wir auf die entsprechenden Mehrausgaben verzichten.

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die Fraktion SVP sieht bei der SUE, im Gegensatz zu anderen Direktionen, davon ab, zu beantragen, dass auf jegliche neuen Stellen verzichtet werde. Wir halten dem Direktor SUE zugut, dass er trotz der vorhandenen Gelder Mass gehalten hat. Wir wollen ihn nicht zusätzlich strafen, wenn er schon der einzige ist, der sich an die Vorgaben gehalten hat. Zu den Anträgen: Aus Zeitgründen halte ich mich kurz. Die Fraktion SVP unterstützt alle Anträge, die Kürzungen verlangen.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Die Fraktion FDP/JF lehnt die Anträge der SVP ab. Wir sehen keinen Sinn darin, die Gelder so stark zu erhöhen, obwohl das gar nicht verlangt wird.

Lionel Gaudy (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Die Fraktion BDP/CVP ist sehr zufrieden mit dem Budget der Direktion SUE. Im Vergleich zu den anderen Direktionen ging man hier moderat mit den Finanzen um. Die Anträge der SVP lehnen wir ab. Es ist für uns nicht ersichtlich, weshalb man die verschiedenen Bereiche vermischen soll. Die Anträge der FDP lehnen wir ebenfalls ab. Wir stehen klar hinter der Klima- und Energiestrategie der Stadt Bern. Es ist logisch, dass diese gewisse Massnahmen mit sich bringt, die man umsetzen muss und die teilweise auch Kosten verursachen.

Seraina Patzen (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Bei der beantragten Video-Überwachung für die Reithalle handelt es sich einmal mehr um einen kreativen Antrag der SVP zum diesem Thema. Wir lehnen diesen Antrag ab, da wir grundsätzlich gegen Video-Überwachungen sind. Wir glauben nicht daran, dass man auf diese Weise irgendein Problem lösen kann. Wenn es darum geht, kreative Vorschläge zu machen, hätten auch wir einige Ideen, was man mit dem Betrag von 2,5 Mio. Franken im vorliegenden Produkt machen könnte. Ich denke beispielsweise an eine längere Schulung der Kantonspolizei zum Thema «Deeskalative Polizeieinsätze» oder an eine Anschub-Finanzierung für die kantonale Ombudsstelle. Die Fraktion GB/JA! lehnt auch die übrigen Anträge zum Budget der SUE ab, da wir die genannten Aufgaben grundsätzlich als sinnvoll erachten, auch wenn wir uns bei einigen Themen, so beispielsweise beim Thema «Sharing Economy», noch etwas mehr Angaben dazu gewünscht hätten, was der Gemeinderat genau plant.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Anträge der Fraktion SVP betreffend Umschichtung des Budgets lehnen wir klar ab. Wir wissen, dass die SVP etwas gegen Kultur hat. Ebenso wissen wir, dass sie ein grosses Herz für die Polizei hat. Unseres Erachtens benötigt die Polizei aber nicht mehr Geld, sondern wir müssten mehr Kontrolle über die Polizei haben. Die Anträge der Fraktion FDP/JF lehnen wir ebenfalls ab. Die Behauptung, dass die erwähnten Punkte mittels Globalbudget realisiert werden könnten und man dafür keine zusätzlichen Mittel benötige, ist aus der Luft gegriffen. Wir sind der Meinung, dass die Anträge des Gemeinderats ausgewiesen und sinnvoll sind. Beim Thema «Sharing Economy» bringt die FDP als Begründung vor, dass es sich dabei nicht um eine Kernaufgabe der Stadt Bern handle. Man könnte stundenlang darüber diskutieren, welches die Kernaufgaben der Stadt Bern sind. Unseres Erachtens ist diese Argumentation etwas gar knapp, um den Antrag rechtfertigen zu können.

Direktor SUE *Reto Nause*: Der Gemeinderat sieht in seinen Legislaturrichtlinien ein Wachstum der Stadt Bern um 17'000 Einwohnende vor. Zahlenmässig entspricht das ungefähr der Stadt Solothurn. Wenn wir dieses Wachstumsziel erreicht haben, müssen wir über vollzugsbedingte Aufstockungen im Personal sprechen, sei es für die Kantonspolizei, für die Feuerwehr, für die Sanität oder dergleichen. Noch sind wir aber nicht so stark gewachsen, weshalb der Gemeinderat die Aufstockungen im Polizeibereich ablehnt. Ebenfalls lehnt er die Kürzungen im Bereich Umweltschutz ab. Es geht darum, die Richtplanung herunterzubrechen und voranzukommen. Es geht um City-Logistik-Modelle, die sinnvoll sind und die Stadt Bern in eine gute und nachhaltige Zukunft führen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 20 Fraktion SVP ab (4 Ja, 58 Nein). *Abst.Nr. 035*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 21 Fraktion SVP ab (4 Ja, 59 Nein). *Abst.Nr. 036*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 22 Fraktion FDP/JF ab (10 Ja, 52 Nein). *Abst.Nr. 037*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 23 Fraktion FDP/JF ab (11 Ja, 54 Nein). *Abst.Nr. 038*

5. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 24 Fraktion FDP/JF ab (11 Ja, 56 Nein). *Abst.Nr. 039*

Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS)

Antrag Nr.	Seite	Dienststelle/ PG-Nr.	Antragstellende	Anträge an Stadtrat
25.	23/24 und 230	Direktions- stabsdienste BSS, Sozialamt, Jugendamt, Gesundheits- dienst und Sportamt 300300 310600 330100 330400 370300 380100 380200	Fraktion SVP	Auf sämtliche neu geschaffene Stellen in den Dienststellen Direktionsstabsdienst, Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsdienst und Sportamt sei zu verzichten, soweit sie nicht innerhalb der BSS kompensiert werden.
25.1	25 und 235	Direktions- stabsdienste und Koordinations- stelle Sucht 300100	Fraktion BDP/CVP <i>(in der Debatte zurückgezogen)</i>	Auf die Aufstockung der Sozialplanungsstelle ab Juli 2019 um 50% (d.h. Fr. 25'000.00) ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 25'000.00 auf 1'850'135.45 bei PG 300100 (Direktionsstabsdienste und Koordinationsstelle Sucht).
26.	23 und 239	Direktions- stabsdienste und Koordina- tion Sucht 300100	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Auf den Leistungsausbau von CHF 50'000 ist zu verzichten, d.h. Erhöhung des Nettoerlöses um CHF 50'000 auf CHF 64'015'505.28.
27.	23 und 239	Direktions- stabsdienste und Koordina- tion Sucht 300100	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Auf den Leistungsausbau von CHF 20'000 ist zu verzichten, d.h. Erhöhung des Nettoerlöses um CHF 20'000 auf CHF 63'945'505.28.
27.1	290 / 292	Schulamt 320100	Fraktion BDP/CVP	Der Leistungsausbau soll bei PG320100 „nur“ noch CHF 11'335'229.00 anstelle von CHF 11'404'084.00 betragen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 68'855.00 auf CHF 107'263'324.00

bei PG320100.

- | | | | | |
|------|---------------|---------------------|--|--|
| 28. | 24 und
317 | Jugendamt
330100 | Fraktionen:
FDP/JF
BDP/CVP | Auf den Leistungsausbau von CHF 54'800 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 54'800 auf CHF 48'877'536.55. |
| 29. | 26 und
317 | Jugendamt
330100 | Fraktionen:
FDP/JF
BDP/CVP | Der Leistungsausbau für DOK ist auf CHF 100'000 zu beschränken, d.h. Kürzung der Nettokosten um 41'500.00 auf CHF 48'890'836.55. |
| 30. | 26 und
317 | Jugendamt
330100 | Fraktionen:
FDP/JF
BDP/CVP | Der Leistungsausbau für TOJ ist um CHF 170'000.00 zu kürzen, d.h. Kürzung der Nettokosten um 170'000.00 auf CHF 48'762'336.55. |
| 31. | 26 und
312 | Jugendamt
330200 | Fraktion FDP/JF
<i>(in der Debatte zurückgezogen)</i> | Der Leistungsausbau von CHF 49'680 ist zu halbieren, d.h. Kürzung der Nettokosten um 24'840.00 auf CHF 48'907'496.55. |
| 31.1 | 319 | Jugendamt
330100 | Fraktion
BDP/CVP | Neuformulierung der Übergeordneten Ziele:
<i>"(...) Die städtische Lebenswelt soll Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Für Freizeit und Ferien sind sinnvolle Angebote bereitgestellt. Kinder und Jugendliche partizipieren aktiv an Fragen, die ihr Umfeld betreffen (P110+P120, P140+P150)."</i>
Der letzte Satz ist zu streichen, nämlich: <i>"Besonders aufmerksam werden Mädchen und junge Frauen in der Entfaltung ihrer Stärken und Fähigkeiten unterstützt"</i> . |
| 31.2 | 319 | Jugendamt
330100 | Fraktion
BDP/CVP | Eventualantrag zu Antrag 31.1:
Neuformulierung der Übergeordneten Ziele:
<i>"(...) Die städtische Lebenswelt soll Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Für Freizeit und Ferien sind sinnvolle Angebote bereitgestellt. Kinder und Jugendliche partizipieren aktiv an Fragen, die ihr Umfeld betreffen (P110+P120, P140+P150).
Besonders aufmerksam in der Entfaltung ihrer Stärken und Fähigkeiten unterstützt werden Mädchen und</i> |

junge Frauen, farbige Kinder und Jugendliche, trans- inter- bi- und homosexuelle Jugendliche, körperlich und geistig behinderte Kinder und Jugendliche, Kinder und Jugendliche aus armen Verhältnissen, traumatisierte Kinder und Jugendliche, Kinder und Jugendliche aus jüdischen muslimischen buddhistischen hinduistischen Familien, nicht dem Schönheitsideal entsprechende Kinder und Jugendliche, Kinder und Jugendliche aus afrikanischen Staaten oder aus dem Mittleren und Nahen Osten, Kinder und Jugendliche von Sinti und Roma sowie alle weiteren von Diskriminierung in irgendeiner Form betroffenen Kinder und Jugendliche.“

32.	346	Alters- und Versicherungsamt 350500	Fraktion SVP	Kürzung der Nettokosten um CHF 100'000.00 auf CHF 34'517'111.12.
	24 und 339	Alters- und Versicherungsamt 350500	Fraktion FDP/JF	<i>Deckungsgleich mit Antrag Fraktion SVP:</i> Auf den Leistungsausbau von CHF 100'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 100'000.00 auf CHF 34'517'111.12.
33.	26 und 339	Alters- und Versicherungsamt 350500	Fraktion FDP/JF	Auf den Leistungsausbau von CHF 100'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 100'000.00 auf CHF 34'517'111.12.
34.	24 und 379	Sportamt 380100	Fraktion FDP/JF sowie Fraktion SVP	Auf den Leistungsausbau von CHF 50'000 für Mitwirkungs- und Informationsstelle Bau- und Sanierung ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 50'000.00 auf CHF 27'665'371.92.
35.	24 und 378	380200	Fraktion FDP/JF	Auf den Leistungsausbau von CHF 40'000 für die Integrationsstelle Sport ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 40'000.00 auf CHF 27'675'371.92.

36.	386	Sportamt 380200	SBK	Kürzung der Nettokosten um CHF 35 000.00 auf CHF 27'680'371.92.
37.	24 und 393	Kompetenz- zentrum Integration 390100	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Auf den Leistungsausbau von CHF 20'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 20'000.00 auf CHF 979'131.00.

Sprecherin SBK *Bettina Jans-Troxler* (EVP): Die SBK dankt der BSS, der grössten Direktion unserer Stadt, für die geleistete Arbeit und für das Vorlegen des Budgets. In der Direktion BSS spürt man das Bevölkerungswachstum und vor allem auch die steigenden Kinderzahlen sehr deutlich, so beispielsweise bei der Zunahme der Kosten für die Betreuungsgutscheine, in der Kinder- und Jugendarbeit oder im Sportamt. Eine grosse Änderung betrifft die Quartierküche im Zieglerspital. Es handelt sich um einen grossen Brocken, der aber selbsttragend werden beziehungsweise als Arbeitseingliederungsprojekt finanziert werden soll. Insgesamt erhöhen sich die Nettokosten in der BSS um 17,7 Mio. Franken. Davon können ungefähr 216'000 Franken abgezogen werden, da ein entsprechender Antrag des Gemeinderats angenommen wurde. Die SBK empfiehlt Ihnen das Budget der BSS mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zur Genehmigung. Zu Antrag Nr. 36 der SBK, Sporthalle Weissenstein: Es geht um eine Anpassung an das neue Budget der Sporthalle, das vom Verwaltungsrat abgeändert wurde, da man neu mit tieferen Kosten rechnet. Bei uns ist noch der höhere Betrag eingestellt, weshalb man unser Budget um 35'000 Franken reduzieren kann.

Antragsteller *Thomas Berger* (JF): Ich erlaube mir eine Vorbemerkung an die Adresse der Fraktion GFL/EVP: Einleitend sagte der Fraktionssprecher, die Kürzungen, die uns der Gemeinderat vorlegt, gingen der Fraktion zu wenig weit. Ich bin erstaunt, dass sie selber keinen einzigen Kürzungsantrag stellen, aber gemäss ihren Worten alles ablehnen wollen, was andere Fraktionen beantragen. Ich frage mich, inwiefern ihnen die Kürzungen zu wenig weit gehen. Ich spreche zu den Anträgen der Fraktion FDP/JF, die wir entweder allein oder gemeinsam mit der Fraktion BDP/CVP eingereicht haben. Mit keinem dieser Anträge wird effektiv Geld gespart, es geht bei allen Anträgen lediglich darum, ein bisschen weniger auszugeben. Ich verzichte darauf, jeden Antrag einzeln zu begründen, sondern gehe nur auf einen davon ein und möchte gleichzeitig die Brücke schlagen zur Debatte über den Integrierten Ausgaben- und Finanzplan (IAFP) im Frühling dieses Jahres. Es geht um den Antrag Nr. 34 auf Kürzung der Kommunikationsstelle im Sportamt. Diesen Antrag stellten wir bereits in der IAFP-Debatte, weshalb es konsequent ist, ihn hier nochmals zu stellen und zu begründen. Im Rahmen der IAFP-Debatte wurde ich namentlich angesprochen. Man sagte, es sei eigenartig, dass ich als Vertreter der Stadtberner Sportvereine einen solchen Antrag stelle, da dieser den Interessen der Sportvereine zuwider laufe. Fast jeder Sportverein in der Stadt Bern ist dem Verband der Stadtberner Sportvereine angeschlossen. Diese Organisation führte kürzlich eine Umfrage bei ihren Mitgliedern durch. Es wurde einerseits nach der Zufriedenheit mit der Stadt Bern generell und andererseits nach der Zufriedenheit bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Sportamt, bezüglich Trainingsplätzen, Gebühren und dergleichen gefragt. Es wurde nie gesagt, dass die Sportvereine ein Problem hätten betreffend Kommunikation mit dem Sportamt. Im Gegenteil erklärte sich der Verband sogar bereit, künftig vermehrt Aufgaben innerhalb der bestehenden Organisationen wahrzunehmen und die Kommunikationsmöglichkeiten aufzunehmen. Es stimmt also nicht, dass es ein Anliegen der Stadtberner Sportvereine ist, dass das Sportamt gezielter mit ihnen kommuniziert, wenn ein Bauvorhaben im Bereich Breitensport oder Sportinfrastruktur geplant ist. Wenn kein Bedürfnis vorhanden ist und auch nicht

nachgewiesen werden kann, ist es aus unserer Sicht nicht sinnvoll, auf einer solchen Stelle zu beharren. Es handelt sich um eine der Stellen, die aus der Sicht unserer Fraktionen nichts mit dem Bevölkerungswachstum zu tun haben und auf die man verzichten kann. Ja, der **Antrag Nr. 31 ist zurückgezogen**, weil er durch die Annahme des Antrags des Gemeinderats obsolet geworden ist.

Antragsteller *Michael Daphinoff* (CVP) zu den Anträgen der Fraktion BDP/CVP: Ich kann auf das Votum von Melanie Mettler in der Grundsatzdebatte verweisen. Und auch ich bin dort bereits darauf eingegangen. Gerade in der BSS hat es noch sehr viel Luft drin. Es gibt enorm viele Projekte, die durchaus «nice to have» sind, die aber nicht zwingend von der Stadt Bern beziehungsweise vom Staat erbracht werden müssen. Eine riesige Summe wird für Leistungsverträge ausgegeben, Leistungsverträge beispielsweise mit dem Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern (DOK), mit dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit in der Stadt Bern (toj) oder mit der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG). Das Jugendamt und die städtischen Stellen leisten zweifelsohne sehr gute Arbeit, die ich überhaupt nicht in Frage stellen will. Wir sind aber der Meinung, dass das Ganze überbietet. Unsere Kürzungsanträge sind moderat, im Vergleich mit den letzten Jahren ist der Anstieg der Kosten immer noch sehr gross. Es ist unbestritten, dass es mehr Lehrpersonen braucht, wenn mehr Familien in der Stadt Bern wohnen und es damit auch mehr Schülerinnen und Schüler hat. Bei anderen Budgetposten in der Direktion BSS sehen wir die Notwendigkeit eines Leistungsaubaus allein gestützt auf das Bevölkerungswachstum jedoch nicht. Zu den Anträgen Nr. 31.1 und 31.2: Ich störe mich jedes Jahr an diesem unsäglichen übergeordneten Ziel. Wir sehen absolut keinen Grund dafür, eine positive Diskriminierung festzuhalten, und zwar auch dann nicht, wenn sie moralisch begründet sein sollte. Historisch mag es dafür einen gewissen Grund gegeben haben. Vielleicht war die Mädchenarbeit früher nicht so gut verankert wie heute. Niemand von uns stellt die Mädchen-Treffpunkte ernsthaft in Frage und will diese abschaffen. Abschaffen wollen wir aber die Diskriminierung von Mädchen und jungen Frauen durch eine unpassende Formulierung. Wenn diese allgemein gehalten ist, wird niemand diskriminiert. Zur Verdeutlichung haben wir es in Antrag Nr. 31.2 ausformuliert. Ungefähr so müsste die Formulierung lauten, wenn man das Ganze ernst nimmt. Man müsste eine ganze Kategorie von weiteren Personen ebenfalls erwähnen, die nicht minder unterstützungswürdig sind als junge Frauen und Mädchen, und die in der heutigen Gesellschaft ebenfalls unter Diskriminierung leiden. Weshalb führt man Mädchen und junge Frauen explizit auf, alle anderen Kategorien von Betroffenen jedoch nicht? Grundsätzlich kann man Menschen abwerten, indem man sie als minderwertig bezeichnet oder behandelt. Dies ist der Fall, wenn man sie als schutzbedürftige und unterstützungswürdige Wesen qualifiziert. Dadurch wird eine gleichberechtigte Stellung dieser Menschen als autonome Wesen negiert. Mit dieser Unterstützungsbedürftigkeit, die man ihnen unterstellt, verlieren sie den Status gleichwertiger, autonomer Wesen, was uns sehr stört. Mit der hier stehenden Formulierung wird nicht nur eine diskriminierende Position festgeschrieben, sondern sie läuft der Gleichberechtigung zuwider. Natürlich ist es in der heutigen Zeit geläufig, sich als Opfer zu präsentieren, aber nach unserem Dafürhalten ist es falsch, junge Frauen und Mädchen hier als Opferkategorie namentlich aufzuführen. Damit wird man ihnen nicht gerecht. Vermutlich würden dies 99% aller jungen Frauen und Mädchen in der Stadt Bern auch gar nicht wollen. Und Ja, **wir ziehen Antrag Nr. 25.1 zurück**.

Antragsteller *Alexander Feuz* (SVP) zu Antrag Nr. 25: Wir sind der Meinung, dass die Aufgaben ohne weiteres mit den bestehenden Mitteln ausgeführt werden können. Es kann nicht sein, dass man ständig neue Stellen schafft. Ich denke hier insbesondere an die neue Stelle für das Sportamt, die für Vermittlungen, für das Hallenbad und für Medienarbeit vorgesehen

ist. Es ist durchaus sinnvoll, mit den einzelnen Sportverbänden zusammenzuarbeiten, aber dank der Informatik reduziert sich die Arbeitsbelastung auf den bestehenden Stellen insgesamt, sodass keine neue Stelle nötig ist.

Antragsteller *Rudolf Friedli* (SVP): Zu Antrag Nr. 32: Ich fragte schon in der Kommission, was man mit den 100'000 Franken machen will. Man sagte mir, dass man das im Moment noch nicht genau wisse. Man werde in nächster Zeit mit einem Konzept beginnen. Für ein Konzept sind aber noch keine Ausgaben nötig, die man bewilligen müsste. Sobald man ein Konzept hat, kann man dieses im darauffolgenden Jahr vorstellen und einen Kredit beantragen. Dann ist das Ganze konkret und man kann darüber diskutieren, ob man dafür Geld sprechen will oder nicht. Im vorliegenden Fall handelt es sich um eine Schätzung ohne konkrete Ideen, das missfällt mir.

Fraktionserklärungen

Thomas Berger (JF) für die Fraktion FDP/JF: Die Fraktion FDP/JF nimmt sämtliche Anträge an, die sie mit eingereicht hat. Weiter nehmen wir sämtliche Anträge der Fraktion BDP/CVP sowie den Antrag der SBK an.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Man legt uns ein Wunschkonzert vor, vorhin wurde auch das Wort «frivol» genannt. Wir werden daher allen Kürzungsanträgen zustimmen.

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO lehnt alle Kürzungsanträge ab. Wenn man sieht, dass das Wachstum bei den Schülerinnen und Schülern nicht 1% beträgt wie bei der Gesamtbevölkerung, sondern 3% bis 3,5%, dann ist es schlicht verantwortungslos, genau in diesem Bereich, und zwar sowohl im schulischen als auch im ausserschulischen Bereich, bei den Kindern und Jugendlichen nicht mitzuziehen. Daneben dürfen wir nicht vergessen, dass wir im Stadtrat die Bildungsstrategie inklusive verschiedener Massnahmen verabschiedet haben. Ebenfalls haben wir die Kulturstrategie zusammen mit den Massnahmen verabschiedet. Für die Fraktion SP/JUSO ist es beinahe zwingend, den Vorschlag des Gemeinderats bezüglich des nötigen Ausbaus zu genehmigen. Es geht darum, dem Bevölkerungswachstum bei den Schülerinnen und Schülern Rechnung zu tragen und entsprechend Verantwortung zu übernehmen. Zu den Anträgen: Wir stimmen nur dem Antrag Nr. 36 der SBK zu. Für uns ist es keine Kürzung, sondern eine Korrektur. Sodann möchte ich erwähnen, dass es uns erstaunt, dass uns die CVP Diskriminierung vorwirft, wenn wir den Mädchen und jungen Frauen besondere Aufmerksamkeit schenken. Es geht um die Entfaltung der Stärken und Fähigkeiten dieser jungen Frauen, worin wir sie unterstützen wollen. Das ist nicht diskriminierend. Diskriminierend ist vielmehr die Auslegung, die die CVP vornimmt. Überdies erscheint es uns genauso diskriminierend und bedenklich, wenn man Nein sagt zu den Bestrebungen, für Menschen mit Beeinträchtigungen endlich ein Sportangebot zu realisieren. Die Fraktion SP/JUSO lehnt alle Kürzungsanträge ab.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion GB/JA!: Auch die Fraktion GB/JA! lehnt alle Anträge zum BSS-Budget ab, mit Ausnahme von Antrag Nr. 36 der SBK, bei welchem es sich um eine reine Formsache handelt. Für uns ist ganz klar, dass die Stadt sozialverträglich wachsen muss. Im Zusammenhang mit der unsäglichen Abbaupolitik des Kantons muss die Stadt umso mehr sozialpolitische Verantwortung übernehmen, das müssen wir immer wieder betonen. Bezüglich Investitionen heisst das beispielsweise konkret Folgendes: Wenn sich die Stadt verdichtet, braucht es Investitionen in die Gemeinwesenarbeit, es braucht eine Stadt- und Quartierentwicklung, in welche die soziale Perspektive noch stärker einfließt. Wenn sich der

Kanton nur noch auf das Senken der Unternehmenssteuern konzentriert und sich dabei immer weniger für alte Menschen verantwortlich fühlt, ist die Stadt gezwungen, den Blick noch mehr auf die Situation alter Menschen zu richten. Wenn die Solidarität mit geflüchteten Menschen in der Stadtbevölkerung so gross ist, wie das der Fall ist, kann die Stadt auch mit kleinen Investitionen dazu beitragen, dieser Solidarität gegen innen und gegen aussen gerecht zu werden und diese auch zu zeigen und zu organisieren. Ich könnte zahlreiche weitere solcher Beispiele aufzählen, aber um eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung geht es in der vorliegenden Budget-Debatte ja nur selten. Das wird anhand der heutigen Diskussion genauso deutlich wie anhand der gestellten Anträge. Wir könnten gern über einzelne Ausrichtungen und Nuancen miteinander diskutieren, aber die Art und Weise, wie das heute geschieht, macht eine Diskussion schwierig. Die Antragstellenden werfen dem Gemeinderat lautstark einen planlosen Ausbau vor und formulieren Antragsbegründungen, in welchen entweder irgendetwas behauptet wird, so beispielsweise, dass die Ausweitung des Projekts xy auf die ganze Stadt keine zusätzlichen Mittel bedinge, oder die Begründung wird ganz weggelassen im Sinne von «xy wird nicht benötigt». Das machen Sie auch bei Budgetposten, über welche wir in der Kommission teilweise ausführlich diskutierten. Wenn Sie schon eine solche Liste von Anträgen stellen, wäre es unseres Erachtens angebracht, dass Sie diese Anträge in einen politischen Kontext setzen und begründen. So, wie die Anträge vorliegend gestellt werden, ist es sehr schwierig, politisch überhaupt antworten zu können. Auf den Antrag «xy braucht es nicht, weil es nicht notwendig ist» kann man nur antworten «Es braucht xy, weil es notwendig ist».

Einzelvoten

Mohamed Abdirahim (JUSO): Zu Antrag Nr. 31.1 der Fraktion BDP/CVP: Es stehen zwei Dinge darin, die ich nicht in Ordnung finde. Erstens ist das Wort «transsexuell» faktisch falsch. «Trans» ist eine Geschlechtsidentität. Beim nächsten Antrag könnten Sie die Formulierungen «Transmensch» oder «transgender» verwenden. Zweitens ist es beschämend, das Wort «farbig» in einem Kontext von Diskriminierung zu benutzen. Diese Formulierung hat in einem Parlament und im parlamentarischen Wortschatz nichts zu suchen.

Marcel Wüthrich (GFL): Zu den Anträgen Nr. 31.1 und 31.2 der Fraktion BDP/CVP: Meines Erachtens wird hier eine durchaus berechtigte Frage gestellt. Man kann sich fragen, ob sie innerhalb der Budget-Debatte diskutiert werden muss, aber die Frage an sich ist berechtigt. Weshalb werden ausschliesslich Mädchen und junge Frauen erwähnt, die man mit besonderer Aufmerksamkeit unterstützen soll? Selbstverständlich benötigen Mädchen und junge Frauen Aufmerksamkeit und Unterstützung, aber die Liste, wie sie von den Antragstellenden formuliert wird, verdient ebenfalls Aufmerksamkeit. Schliesslich ist die Unterstützung von Jugendlichen und Kindern etwas, das unabhängig vom Geschlecht erfolgt. Ich möchte die Frage dem Gemeinderat daher gerne stellen. Vor allem aber interessiert es mich, wie das Jugendamt den Passus umsetzt.

Michael Daphinoff (CVP): Ich lasse mich gerne belehren, wie ich es besser hätte formulieren können, Mohamed Abdirahim. Ich habe mir lange überlegt, ob ich alle Hautfarben aufzählen soll oder ob ich stattdessen das Wort «farbig» verwenden darf. Wenn Sie einen besseren Vorschlag haben, bin ich froh. Das Wort «trans» werde ich nicht mehr verwenden, die Formulierung «transgender» ist wohl korrekter. Weiter sagt Ursina Anderegg, wir hätten uns inhaltlich nicht zu unseren Anträgen geäussert. Auch wenn Sie viel schlauer sind als ich, muss ich sagen, dass ich mich im Vorfeld schon ein wenig schlau gemacht habe. Ich habe die Jahresberichte des DOK und des toj der vergangenen Jahre sowie zusätzliche weitere Dokumente

gelesen. Ich habe auch die Homepage des Mädchentreffs «Punkt 12» angeschaut und die angehängten Dokumente gelesen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es weniger darum geht, junge Frauen und Mädchen an der Front anzusprechen, sondern mehr darum, die neuste feministische Lehre und Theorie zu Papier zu bringen. In den toj-Berichten des letzten und vorletzten Jahres legen alle angegliederten Stellen, die im Übrigen gute Arbeit leisten, dar, was sie mit den Kindern und Jugendlichen gemacht haben. Die einzige Stelle, die das nicht gemacht hat, ist der Treff «Punkt 12». Dort ist vielmehr aufgelistet, wo man sich in Deutschland mit Akademikerinnen und Akademikern getroffen hat, um sich über die neusten feministischen Theorien auszutauschen. Es heisst, man wolle diese Erkenntnisse nun umsetzen und ein neues Leitbild erstellen. Das Leitbild wurde auch abgedruckt. Mir scheint es fraglich, ob man dafür von Seiten der Stadt Geld ausgeben soll. Die Universität mit ihren Lehrstühlen wäre der richtige Ort, um solche Lehren zu fördern. Ich biete nicht Hand, wenn es nur darum geht, sich selbst zu beschäftigen und die eigene Klientel nachzuziehen, um Akademikerinnen platzieren zu können.

Edith Siegenthaler (SP): Ich möchte darauf hinweisen, dass im Treff «Punkt 12» Jugendarbeiterinnen arbeiten, die dafür ausgebildet sind. Es stimmt nicht, dass Akademikerinnen beschäftigt werden, um irgendwelche Konzepte umzusetzen. Vielmehr wird im Treff seriöse Arbeit geleistet.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher:* Ich danke Bettina Jans-Troxler für das Vorstellen des BSS-Budgets. Es stimmt, dass dieses Budget beinahe die Hälfte des Stadt-Budgets umfasst. Aus diesem Grund handelt es sich um ein sehr wichtiges Budget. Zu den beantragten Stellenkürzungen äussere ich mich generell. Um die Vorschläge des Gemeinderats umzusetzen, mussten wir bezüglich Stellenkürzungen nochmals über die Bücher. Die Stellen, die jetzt noch neu beantragt werden, stehen alle im Zusammenhang mit dem Wachstum bei den Schülerinnen- und Schülerzahlen. Wie auch von Ihrer Seite dargelegt wurde, hat dieses Wachstum Auswirkungen auf den ausserschulischen Bereich. Weiter geht es um die Umsetzung der Legislaturziele und um Vorstösse, die im Stadtrat überwiesen wurden. Zu den Anträgen Nr. 26 und 27: Es geht um die Solidarität des Gemeinderats im Zusammenhang mit dem Flüchtlingselend und in diesem Zusammenhang auch um Aufträge des Stadtrats, einem Solidaritätsnetz der Städte beizutreten. Ich bitte Sie, ein Zeichen zu setzen, dass Bern auch weiterhin eine solidarische Stadt ist. Im Vergleich mit Menschen, die auf der Flucht sind, geht es uns hier sehr gut. Die Mittel, die wir dafür einsetzen wollen, sind verhältnismässig. Zu den Fragen betreffend Jugendamt und zu den beantragten Kürzungen für den DOK und den toj: Es geht um Angebote, die teilweise auch vom Stadtrat mittels Motionen für den Stadtteil 4 verlangt wurden. Es handelt sich um einen sehr grossen Stadtteil, bei welchem wir mit einem mobilen Spielangebot etwas erreichen können. Man muss zudem zur Kenntnis nehmen, dass der Stadtteil 4 bis anhin kein Angebot des DOK hatte. Die Kredite beim toj wurden seit 2010 nicht mehr erhöht. Uns liegen Aufträge des UNICEF-Aktionsplans für eine kinderfreundliche Stadt vor, die wir umsetzen wollen und müssen, wenn wir das Label behalten wollen. Einen wichtigen Punkt stellt der Ausbau der Mädchenarbeit dar. Ich bin immer noch davon überzeugt, dass eine Stärkung der Mädchenarbeit insbesondere in der Jugendarbeit auch heute noch notwendig ist. Es gibt viele Faktoren, die für die Notwendigkeit der Stärkung von Mädchen sprechen. Bei Interesse führe ich gern in einem persönlichen Gespräch aus, weshalb ich davon überzeugt bin, dass diese Stärkung nach wie vor dringend notwendig ist. Bei der Gleichstellung sind wir noch nicht so weit, wie ich es gerne wäre. Das Geld ist also gut investiert. Zur Kinder- und Jugendarbeit: Was machen wir und wo setzen wir die Schwerpunkte? Wir schauen das fortlaufend immer wieder an. Die Schwerpunkte werden vor allem vom DOK und vom toj gesetzt. Im Zusammenhang mit der neuen Leistungsvertragsperiode kann man ge-

nauer anschauen, ob es aus Sicht von Stadträtinnen und Stadträten und aus Sicht der SBK Bereiche gibt, in welchen auch Sie einen Schwerpunkt setzen wollen. Selbstverständlich kann man die Schwerpunkte dort setzen, wo man will. Man muss aber auch daran denken, dass es unser Ziel ist, Angebote zu machen, die die Leute breit ansprechen, da es gut ist, wenn man gewisse Dinge mit unterschiedlichem Hintergrund gemeinsam umsetzen kann. Zu Antrag Nr. 24 der FDP und zum Antrag der SVP zum Projekt «Wohnen im Alter»: Dazu liegen ein überwiesenes Postulat aus dem Stadtrat aus dem Jahr 2016 sowie ein Antrag des Seniorenrats vom Herbst 2016 vor. Man verlangt, dass die Stadt für Menschen, die sich aufgrund ihres Einkommens oder Ihrer AHV-Ergänzungsleistungen in einem finanziellen Engpass befinden, Unterstützungsleistungen prüft und auszahlt. Wir sollen Projekte lancieren, damit auch diese Menschen möglichst lange zu Hause leben können. Es erscheint mir nicht wahnsinnig ehrgeizig zu sein, wenn wir mit diesem Projekt im Jahr 2019 endlich starten, ich hätte gern früher damit begonnen. Wenn Sie das Geld heute streichen, können wir erst im Jahr 2020 beginnen. Das Konzept ist ausgearbeitet, das Geld wird also nicht für das Konzept beantragt, sondern für die Auszahlung der Unterstützungsbeiträge. Wir orientieren uns primär am Projekt, das in Luzern realisiert wurde. Dort werden den Leuten Gutscheine zur Verfügung gestellt, damit sie möglichst lange daheim wohnen können. Zu den Anträgen betreffend Sportamt: Darüber haben wir sowohl im Stadtrat als auch in der Kommission schon sehr ausführlich diskutiert. Ich bin überzeugt davon, dass alle Aufstockungen beim Sportamt notwendig sind. Thomas Berger führte aus, die Vereine seien zufrieden mit dem Sportamt. Dem möchte ich entgegen, dass das sehr schön ist, dass ich als Arbeitgeberin aber auch dafür sorgen muss, dass die Mitarbeitenden des Sportamtes nicht chronisch überlastet sind und ständig Überstunden leisten, weil sie allen Anträgen und Anfragen nachkommen wollen. Aktuell sind 30 Bauprojekte pendent, bei welchen wir die Mitwirkung sicherstellen möchten. Wenn man etwas für den Sport in dieser Stadt tun will, muss man den Stellenaufstockungen beim Sportamt zustimmen.

Präsidentin *Regula Bühlmann*: Bei den nun folgenden Abstimmungen berücksichtigen wir, dass einzelne Stellen bereits weggefallen sind, da wir den entsprechenden Antrag des Gemeinderats angenommen haben. Insofern stimmen wir über entsprechend modifizierte Anträge ab.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 25 Fraktion SVP ab (8 Ja, 62 Nein). *Abst.Nr. 040*
2. Der Antrag Fraktion BDP/CVP Nr. 25.1 wird zurückgezogen.
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 26 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP ab (25 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 041*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 27 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP ab (26 Ja, 44 Nein). *Abst.Nr. 042*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 27.1 Fraktion BDP/CVP ab (25 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 043*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 28 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP ab (27 Ja, 44 Nein). *Abst.Nr. 044*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 29 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP ab (18 Ja, 52 Nein). *Abst.Nr. 045*
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 30 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP ab (18 Ja, 52 Nein). *Abst.Nr. 046*
9. Der Antrag Fraktion FDP/JF Nr. 31 wird zurückgezogen.
10. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 31.1 Fraktion BDP/CVP ab (19 Ja, 49 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 047*

11. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 31.2 Fraktion BDP/CVP ab (19 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 048*
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 32 Fraktion FDP/JF ab (21 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 049*
13. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 33 Fraktion FDP/JF ab (24 Ja, 47 Nein). *Abst.Nr. 050*
14. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 34 Fraktionen FDP/JF und SVP ab (27 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 051*
15. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 35 Fraktion FDP/JF ab (17 Ja, 51 Nein). *Abst.Nr. 052*
16. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 36 SBK zu.
17. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 37 FDP/JF, BDP/CVP ab (18 Ja, 51 Nein). *Abst.Nr. 053*

Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS)

Antrag Nr.	Seite	Dienststelle/ PG-Nr.	Antragstellende	Anträge an Stadtrat
37.1	24, 26, 419, 421, 435, 462, 463, 580	Direktionsstabsdienste, Tiefbauamt, Verkehrsplanung 510100 510300 510400 580100	Fraktion SVP	Auf sämtliche neu geschaffenen Stellen in den Dienststellen Direktionsstabsdienste, Tiefbauamt und Verkehrsplanung sei zu verzichten, soweit sie nicht innerhalb der TVS kompensiert werden und soweit sie nicht ohnehin schon abgebaut wurden.
38.	24 und 419	Tiefbauamt 510100	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Auf den Leistungsausbau von CHF 149'040.00 für die zwei Stellen Gestaltung öffentlicher Raum ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 149'040 auf CHF 46'933'244.13.
39.	24 und 421	Tiefbauamt 510100	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP, PVS-Minderheit (zurückgezogen)	Zusammenlegung der beiden Koordinationsstellen «Bypass Ost» „und «Raum Wankdorf» in eine Stelle; die zweite Stelle streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 74'520 auf CHF 47'007'764.13.
40.	26 und 419	Tiefbauamt 510300	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Die Zusatzkosten für den Winterdienst auf Velorouten im Betrag von Fr. 50'000 ist ersatzlos zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um 50'000 auf CHF 47'032'284.13.
	26 und 419	Tiefbauamt 510300	Fraktion SVP	<i>Deckungsgleich mit Antrag Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP</i> Auf den Winterdienst für Velos ist zu verzichten, d.h. Kürzung der

				Nettokosten um 50'000 auf CHF 47'032'284.13.
41.	24 und 435	Tiefbauamt 510400	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP, PVS- Minderheit <i>(obsolet)</i>	Die zusätzlichen Stellenprozente Bewirtschaftung öffentlicher Raum sind zu streichen, d.h. Kürzung der Brutto-kosten um CHF 37'260 auf CHF 47'045'024.13.
42.	24 und 440	Stadtgrün Bern 520200	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP, PVS-Minderheit	Die zusätzliche Stelle «Projekt «Raum für Begegnung» (Aneignung öffentlicher Raum)» ist zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 24'840 auf CHF 21'341'186.06.
43.	24 und 440	Stadtgrün Bern 520200	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Auf den erneuten Leistungsausbau für zusätzliche Möblierung von CHF 100'000.00 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 100'000 auf CHF 21'266'026.06.
44.	24 und 440	Stadtgrün Bern 520200	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP, PVS- Minderheit	Auf die Stelle für die Unterstützung der Familiengärten sei zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 49'680 auf CHF 21'316'346.06 (zulasten PG520200).
45.	26 und 580	Verkehrs- planung 580100	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP, PVS- Minderheit <i>(obsolet)</i>	Die Stelle «Verstärkung der aufsuchen-den Partizipation» ist ersatzlos zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten CHF 82'052 auf CHF 7'133'984.45.
46.	24 und 462	Verkehrs- planung 580100	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Auf den Leistungsausbau für die Aufbereitung und Vermittlung von Daten zur Verkehrsplanung von CHF 42'308.00 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 42'308.00 auf CHF 7'173'728.45.
47.	463	Verkehrs- planung 580100	Fraktion SVP	Kürzung der Nettokosten für Verkehrsplanung um CHF 2'000'0000.00 auf CHF 5'216'036.45.
48.	463	Verkehrs- planung 580100	Fraktion SVP	<i>Eventualantrag zu Antrag 47:</i> Kürzung der Nettokosten für Verkehrsplanung um CHF 500'000.00 auf CHF 6'716'036.45.

Sprecher PVS *Maurice Lindgren* (JGLP): Die budgetierten Nettokosten für die Direktion TVS betragen für das Jahr 2019 117,6 Mio. Franken und damit 2 Mio. Franken mehr als im Budget 2018 und 7 Mio. Franken mehr als in der Rechnung 2017, bei einem leicht sinkenden Kostendeckungsgrad. Wie schon beim IAFP drehte sich die Diskussion zum Budget der TVS in der Kommission weniger um diese Zahlen, sondern vor allem um den Stellenausbau. Von der PVS ist mehrheitlich nicht bestritten, dass ein Bedarf an mehr Stellen besteht. Das liegt an den vielen Bauprojekten, die unter anderem wegen des Aufholens des Sanierungsrückstandes geplant sind. Ein sehr grosses Projekt ist beispielsweise Zukunft Bahnhof Bern (ZBB). Die Massnahmen rund um den Bahnhof liegen in der Verantwortung der Stadt Bern. Insgesamt laufen in der Direktion TVS zurzeit 140 Projekte, mehrere davon haben ein Volumen von ungefähr 100 Mio. Franken. Es kommt also einiges auf uns zu. Dennoch ist eine Minderheit in der PVS der Ansicht, dass der Bedarf nicht für alle der geforderten Stellen gegeben ist. Im Detail geht dies aus den vorliegenden fünf Anträgen hervor, die einzelne Stellen betreffen, die nicht in direktem Zusammenhang mit den erwähnten Projekten stehen und, wenn ich das richtig sehe, vor einigen Minuten bereits gekürzt worden sind. Die Anträge der PVS-Minderheit werden anschliessend von Barbara Freiburghaus begründet. Die Mehrheit der PVS schätzt die Sachlage anders ein und sieht einen dringenden Bedarf für alle neuen Stellen. Wenn man sehr genau sein wollte, würde das bedeuten, dass der dringende Bedarf auch bei derjenigen Stelle gegeben wäre, auf die wir soeben verzichtet haben. Ich gehe trotzdem davon aus, dass die PVS nach wie vor empfiehlt, das Budget der Direktion TVS zu genehmigen. An der Sitzung haben wir es mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen verabschiedet.

Präsidentin *Regula Bühlmann*: Ich weise darauf hin, dass **die Anträge Nr. 39 und 41 zurückgezogen** wurden, da sie obsolet sind. Auch **Antrag Nr. 45 hat sich erledigt**. Bei Antrag Nr. 44 stimmen wir über eine Differenz ab.

Antragstellerin *Barbara Freiburghaus* (FDP): Ich spreche einerseits zu den Anträgen der Fraktion FDP/JF, die wir teils allein und teils zusammen mit der Fraktion BDP/CVP gestellt haben, und andererseits zu den Minderheitsanträgen der PVS. Zu letzteren ist zu sagen, dass es sich in der ersten Lesung noch um eine Mehrheit gehandelt hatte. Nach der Behandlung durch den Gemeinderat kam das Geschäft für die zweite Lesung zurück in die PVS und wurde dort nur noch von einer Minderheit unterstützt, da an dieser Sitzung zwei Mitglieder fehlten. Zu Antrag Nr. 38: Wir halten an unserem Antrag fest, da wir der Meinung sind, dass die Aufgabe mit dem bestehenden Personalbestand wahrgenommen werden kann. Antrag Nr. 39 ist zurückgezogen, da der Gemeinderat eingelenkt hat. Ich möchte trotzdem kurz etwas dazu sagen. Wie Maurice Lindgren bereits ausführte, haben wir in der Kommission schon bei der Behandlung des IAFP über diese Stellen diskutiert. Die Verwaltung hat damals signalisiert, dass eine Stelle genügen würde, dass aber das Budget schon geschrieben und gedruckt sei. Für uns hiess das, dass sie noch einen entsprechenden Antrag benötigten, den wir in der Folge auch stellten. Daraufhin erschien am 7. September die Medienmitteilung des Gemeinderats, dass man eine Stelle streichen wolle. Dieses Vorgehen erachten wir als unprofessionell. Es hat uns ziemlich viel Arbeit beschert. Zu Antrag Nr. 40: Es gibt nicht so viele Velofahrende in Bern, die bei Schneefall unterwegs sind. Ich bin Mitglied einer Arbeitsgruppe, die sich damit befasst. Im letzten Jahr wurden keine Mittel benötigt, für das Jahr 2018 muss man das Ergebnis noch abwarten. Schon jetzt mehr Geld zu verlangen, erscheint uns nicht nötig zu sein. Antrag Nr. 41 ist obsolet, wie die Präsidentin soeben erwähnte, da der Gemeinderat selber eine entsprechende Kürzung vorgenommen hat. Zu Antrag Nr. 42: Mit etwas weniger komplizierten Reglementen und Verfahren könnte man eine Entschlackung bewirken. Eine neue Stelle ist daher nicht nötig. Ebenfalls könnte man sich überlegen, gewisse Aufgaben an die Quartierorganisationen zu delegieren. Zu Antrag Nr. 43: Für die mobile Möblierung sind bereits

100'000 Franken gesprochen. Nun will man erneut 100'000 Franken sprechen, sodass letztendlich 200'000 Franken zur Verfügung stehen. Ursprünglich hiess es, es handle sich um robustes Material, das etwas teurer sei. Aus diesem Grund kann es nicht sein, dass bereits alles kaputt ist und ergänzt werden muss. Vielleicht wäre ein Marschhalt angebracht, um sich zu überlegen, ob angesichts der Lärmklagen der Anwohnenden die mobile Möblierung tatsächlich eine gute Idee ist. Sodann habe ich im Rat schon mehrmals darauf hingewiesen, dass man für die Sitzgelegenheiten und Tische ein Sponsoring in Betracht ziehen könnte. Vielleicht würde sich das Mobiliar dann nicht mehr in der roten SP-Farbe präsentieren, aber damit könnte man leben. Zu Antrag Nr. 44: Der Gemeinderat hat bereits eine halbe Stelle gestrichen. Wir stellen den Änderungsantrag, auch die zweite Hälfte der Stelle zu streichen. Unseres Erachtens ist es keine Staatsaufgabe, die Familiengärten zu unterstützen. Wir haben uns überlegt, was als nächstes kommt. Kann man sich melden, wenn man jemanden braucht, der den eigenen Rasen mäht, wenn man in den Ferien ist? Wo sind die Grenzen der Hilfe, die die Stadt leisten will? Antrag Nr. 45 hat sich erledigt. Der Gemeinderat hat eingesehen, dass diese Stelle nicht notwendig ist. In der Kommission wurde klar, dass noch nicht einmal ein Konzept besteht. Auch hier ist ärgerlich, dass wir beträchtlichen Aufwand betreiben mussten und die Stadt nun am 7. September einsieht, dass man diese Stelle doch nicht benötigt. An dieser Stelle bedanke ich mich bei der Verwaltung, genauer beim Ratssekretariat, das immer wieder sehr viel Arbeit und viele Überstunden leistet, um das Ganze zusammenzustellen. Zu Antrag Nr. 46: Wir sind der Meinung, dass auch diese Aufgabe mit dem bestehenden Personal erledigt werden kann. Schon in der Kommission wies ich darauf hin, dass man für diese Arbeiten doch Studenten anstellen könnte. Offenbar handelt es sich aber um eine dermassen komplizierte Arbeit, dass das nicht möglich ist. Weiter werden die Daten im Zuge der Digitalisierung ohnehin vernetzt, weshalb wir an unserem Antrag festhalten.

Präsidentin *Regula Bühlmann*: Die Fraktion SVP hat einen neuen Antrag gestellt, der mit Nr. 37.1 aufgenommen wird.

Antragsteller *Alexander Feuz* (SVP): Zu Antrag Nr. 37.1: Wir beantragen, dass auf sämtliche neu geschaffenen Stellen im Direktionsstabdienst, im Tiefbauamt und in der Verkehrsplanung verzichtet wird, soweit sie nicht innerhalb der TVS kompensiert oder ohnehin abgebaut werden. Dieser Antrag ist also keine Überraschung, wir haben ihn in allen rot-grünen Direktionen gestellt. Stadtgrün haben wir bewusst nicht erwähnt. Hier haben wir ein gewisses Verständnis für die Stellenaufstockung, da die Mitarbeitenden immer mehr Aufgaben wahrnehmen müssen. Wenn man sieht, wie das Stellenwachstum bei der Velo-Offensive und der Verkehrsplanung explodiert, ist für uns klar, dass man dort ansetzen und die nötigen Kürzungen vornehmen muss. Wir wollten mit unserem Antrag jedoch den Mehrheitsantrag der PVS nicht gefährden, weshalb wir ihn erst jetzt einreichen, nachdem die Situation einer allfälligen Gegenüberstellung weggefallen ist. Uns ist klar, dass der Antrag politisch chancenlos ist, aber wir wollen dem Stimmbürger aufzeigen, wo man unseres Erachtens kürzen könnte. Da wir nachhaltige Steuerreduktionen fordern, zeige ich auch auf, wo Luft drin ist. Im Laufe des heutigen Abends werde ich entsprechende kleine Anfragen einreichen. Als Beispiel, wie in der TVS Geld verschwendet wird, möchte ich die lilafarbenen Parkfelder erwähnen. Das Bundesrecht sieht in Artikel 79 Absatz 1bis Signalisationsverordnung (SSV) klar vor, dass Parkplätze nur in den Farben Blau oder Weiss markiert werden dürfen. Für gewisse Situationen ist zudem Gelb erlaubt, aber Lila ist als Farbe nicht zulässig, ich habe das beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) abgeklärt. Ich bin gespannt, wer das Entfernen dieser Markierungen bezahlt, wahrscheinlich einmal mehr der Stimmbürger. Wir haben eine teure Verkehrsplanung und Veloplanung, weshalb wir die entsprechenden Kürzungen beantragen. Zu Antrag Nr. 40: Der Winterdienst auf den Velohaupttrouten ist sinnlos. Wir haben diesen Antrag schon mehr-

mals gestellt. Wenn es stark gefroren ist, fährt niemand Velo. Mit diesem Winterdienst wirft man das Geld in den Dreck. Zudem ist es auch aus ökologischer Sicht ein Witz, wenn an einem vereisten, hochwinterlichen Tag sechs Lastwagen die Wege für zehn Velofahrende reinigen müssen. Zu Antrag Nr. 47: Es handelt sich um eine grosse Kürzung, die wir beantragen, aber im Bereich Verkehrsplanung gibt es dermassen viele Flops, dass man hier radikale Kürzungen vornehmen muss. Ich denke beispielsweise an PubliBike. Nach 14 Tagen hätte das System wieder in Betrieb gesetzt werden sollen, nun geht gar nichts mehr. Bezahlen kann man nur mit Kreditkarte. Ein anderes Beispiel sind die raschen E-Bikes, mit welchen man eventuell auf dem Trottoir fahren kann, eventuell aber auch nicht. Bevor man teure Konzeptpapiere erstellt, sollten solche Fragen auf bundesrechtlicher Ebene geklärt werden. Dann wüsste man genau, mit welchen Gefahren man rechnen muss. Die SVP hat im Rahmen der Quartierkommissionen und im Rahmen der Verkehrspapiere entsprechende Anträge eingereicht. Angebracht wäre intelligente Faulheit, indem man zuerst plant und den Bedarf abklärt. Wenn man sieht, dass von Bundesrechts wegen gewisse Dinge gar nicht möglich sind, kann man die Planung ändern. Andernfalls baut man das Ganze zweimal oder dreimal. Die Einschätzung eines SP-Mitgliedes und früheren Stadtrats, dass die Abgrenzungen auf den Velostreifen teilweise höchst problematisch sind, teile ich ausdrücklich. Wenn man bei der Verkehrsplanung so daneben greift, sind radikale Kürzungen angezeigt. Es hat keinen Sinn, dass man immer Neues plant, wenn die zugrundeliegenden Voraussetzungen dermassen falsch sind. Ich will damit nicht sagen, dass man nichts für die Velofahrenden machen soll. Sie wissen, dass auch wir einmal eine sichere Veloverbindung neben der Lorrainebrücke forderten. Diesen Velosteg wollte man nicht. Es ergibt keinen Sinn, Planungen vorzunehmen, die nichts als kontraproduktiv sind, und stattdessen die Autofahrenden zu schikanieren. Die neusten Massnahmen bestehen darin, dass man 12% der Parkplätze abbauen will. Man will also diejenigen Hausbewohner, die keinen Parkplatz im Haus mieten, zwingen, für viel Geld einen anderen Parkplatz zu mieten. Mit solchen Massnahmen verunmöglicht man sozial schwächeren Personen, Auto zu fahren, da sie oft das Geld nicht haben, um einen teuren Einstellhallenplatz zu bezahlen. Offenbar ist dies gewissen Personen gleichgültig. Im Gegensatz zur SP setzt sich die SVP für die sozial schwächeren Autofahrer ein. Denken Sie an Personen, die Schicht arbeiten oder deren Arbeits- oder Wohnort ohne Auto nicht erreichbar ist. Dafür stellt man einige zusätzliche Personen bei der Verkehrsplanung an, damit man wieder Parkplätze für die neuen Wohnungen generieren kann, die gebaut werden. Zu Antrag Nr. 48: Wenn Sie der Meinung sind, dass die Kürzung bei Antrag Nr. 47 zu hoch ist, können Sie auf Nr. 48 ausweichen.

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die Fraktion SVP unterstützt alle Anträge, die einen Abbau in der Direktion TVS vorsehen. Ich halte fest, dass sinnlos Geld verschwendet wird. Als Beispiel möchte ich nochmals die lilafarbenen Parkplätze erwähnen. Ich bin dem Journalisten dankbar, der diese gesehen und mich darauf aufmerksam gemacht hat. In solchen Fällen muss man Gegensteuer geben. Vermutlich gibt es noch andere Markierungen, die nicht zulässig sind. Bei der Direktion TVS gibt es genügend Gründe, das Budget zu kürzen. Danach kann man neu anfangen.

Barbara Freiburghaus (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Ich habe die Vorbehalte der Fraktion FDP/JF bereits bei der Begründung der Anträge dargelegt und fasse mich daher kurz. Ich halte fest, dass wir nicht gegen alle neuen Stellen sind. Wir haben uns daher die Mühe genommen, alles genau anzuschauen. Das Resultat unserer Bemühungen besteht unter anderem darin, dass der Gemeinderat gewisse Dinge auch einsieht und nun zurückgekrempt ist.

Gewisse Stellen sind in unseren Augen durchaus verhältnismässig, beispielsweise diejenige für die Projektleitung ZBB. Auch die Stelle für die Begleitung des Bypasses Wankdorf Ost ist sicherlich notwendig, weshalb wir sie unterstützen. Andere Dinge sind nach unserem Dafürhalten «nice to have», wie es Melanie Mettler in der Grundsatzdebatte formulierte, aber aufgrund der Finanzlage nicht unbedingt notwendig. Weiter haben wir abgeklärt, dass keine der neuen Stellen bei der TVS auf einen Beschluss des Stadtrats zurückgeht. Vielmehr handelt es sich bei allen Stellen um Wünsche der Direktion selbst. Selbst das Rot-Grün-Mitte-Bündnis (RGM) hat in seiner Medien-Mitteilung moniert, dass man besser hätte kommunizieren müssen, wieviel die neuen Stellen beim STEK ausmachen. Nicht nachvollziehen können wir hingegen, weshalb der Gemeinderat bei Stadtgrün die Stelle für die Betreuung von zusätzlichen Grünanlagen und Bäumen um die Hälfte gekürzt hat. Es handelt sich um eine Stelle, die in unseren Augen nötig ist. Immerhin werden die Plätze aufgewertet, was mit Sicherheit auch mehr Arbeit generiert. Die Verwaltung hat den Antrag in der Kommission gut begründet, es überrascht uns daher, dass der Gemeinderat die Hälfte streicht. Zuletzt möchte ich, wie Thomas Berger, an die Fraktion GFL/EVP appellieren: Wenn Sie schon der Meinung sind, der Gemeinderat gehe zu wenig weit, dann unterstützen Sie unsere Budgetanträge. So haben Sie eine Chance, zumindest punktuelle Kürzungen zu realisieren.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wie wir bereits mehrmals gehört haben, ist Bern eine florierende Stadt. Die Wohnbevölkerung wächst, und zwar vor allem bei den Kindern, was besonders erfreulich ist. Allein im Jahr 2017 nahm die Zahl der unter 15-Jährigen um 3% zu. Das bedeutet, dass Bern nicht nur wegen seiner Arbeitsplätze attraktiv ist, sondern auch eine hohe Lebensqualität für Familien und Kinder bietet. Eine wachsende Stadt ist zwar zu begrüßen, sie stellt uns aber auch vor Herausforderungen. Mehr Menschen benötigen mehr Infrastruktur und verursachen mehr Verkehr, die öffentlichen Räume geraten vermehrt unter Druck. Hier ist die TVS gefordert. Für die Fraktion GB/JA! ist es unverzichtbar, dass wir die TVS mit den nötigen Mitteln ausstatten, damit sie ihre Rolle gut wahrnehmen kann. Zu Antrag Nr. 38: In einer wachsenden Stadt ist eine intelligente Gestaltung des öffentlichen Raums zentral. Die Fachstelle Gestaltung öffentlicher Raum erarbeitet Konzepte und Strategien für die Um- und Neugestaltung von Plätzen. Das betrifft beispielsweise die Schützenmatte oder den Helvetiaplatz. Die TVS hat diese Aufgabe von der PRD übernommen, ohne die entsprechenden Stellenprozente zu erhalten. Antrag Nr. 38 verlangt, dass diese Stellenprozente nicht bereitgestellt werden sollen. Faktisch ist das nicht ein Nicht-Ausbau, sondern es kommt einer Kürzung gleich und hätte zur Folge, dass viele Projekte, die wir im Stadtrat beschlossen haben, nicht umgesetzt werden könnten. Aus diesem Grund lehnen wir diesen Antrag dezidiert ab. Zu Antrag Nr. 40: Damit das Velofahren auch im Winter möglich ist, ist es unabdingbar, dass die Velowege schneefrei sind. Aus unserer Sicht ist es absolut dumm, Veloinfrastruktur zu bauen, auszubauen und darin zu investieren, wenn man sie im Winter nicht nutzen kann, weil Schnee darauf liegt. Für uns ist nicht prioritär, dass die Velowege sofort geräumt werden, wenn es schneit, aber es ist sehr wichtig, dass kein Schnee darauf liegen bleibt. Bis jetzt werden sie teilweise als Depot für Schnee verwendet. Es braucht Lösungen und die entsprechenden Mittel dafür. Deshalb lehnen wir Antrag Nr. 40 ebenfalls ab. Zu den Anträgen Nr. 42 und 43: Aus Sicht der Fraktion GB/JA! soll der öffentliche Raum seinem Namen gerecht werden und öffentlich sein. Das bedeutet, dass er für alle Bevölkerungsschichten zugänglich sein muss und dass es möglich sein muss, ihn möglichst vielfältig zu nutzen. Gerade dann, wenn sich die Stadt mehr verdichtet, müssen sich mehr Menschen den gleichen Raum teilen. Wir begrüßen es daher sehr, dass die Stadt wieder möbliert werden soll und man endlich davon weg kommt, keine Bänke aufzustellen, damit sich nicht unerwünschte Personen hinsetzen. Damit es in einer Stadt Platz hat für alle, ist es aber auch wichtig, dass es im öffentlichen Raum nicht nur kommerzielle Projekte gibt, sondern auch nicht-kommerzielle.

Dieser Ansatz soll mit Stellen zur Aneignung des öffentlichen Raums gefördert werden. Wir erwarten von dieser Koordinationsstelle auch, dass sie sicherstellt, dass tatsächlich alle Menschen im öffentlichen Raum Platz finden, und dass sie Verdrängungsmechanismen entgegenwirkt. Aus diesen Gründen erscheint uns diese Stelle wichtig, weshalb wir die Anträge Nr. 42 und 43 ablehnen. Zu Antrag Nr. 46: Die Fraktion GB/JA! begrüsst es, wenn die Verkehrsplanung auf Beobachtungen und Fakten basiert und nicht aus dem Nichts heraus an einem Schreibtisch erfolgt. Diese Idee wird beispielsweise auch im Masterplan Veloinfrastruktur aufgegriffen, der sich zurzeit in der Vernehmlassung befindet. Der Masterplan stützt sich stark darauf ab, dass man Erfolge messen und dass man schauen soll, ob etwas funktioniert oder nicht. Es ist aber sinnlos, Daten zu erheben, wenn die Ressourcen nicht vorhanden sind, um diese Daten auszuwerten. Daher lehnen wir Antrag Nr. 46 ab. Zu den Anträgen Nr. 47 und 48: Nach allem, was ich ausgeführt habe, ist es klar, dass wir diese Anträge der Fraktion SVP ebenfalls ablehnen. Wie sollen verkehrstechnische Herausforderungen wie beispielsweise die Umgebungsgestaltung des neuen Bahnhofs Bern bewältigt werden, wenn man der Verkehrsplanung die Mittel streicht? Das ergibt keinen Sinn. Ich möchte mich noch kurz zum Antrag Nr. 45 äussern, auch wenn er aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses obsolet geworden ist. Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Gemeinderat im Moment darauf verzichtet, diese Stelle zu schaffen. Aus unserer Sicht wäre es dringend notwendig, dass alternative Formen zur Partizipation gesucht werden. Die klassischen Mitwirkungen, die wir im Moment haben, schliessen von vornherein sehr viele Personen aus, da sie sehr aufwändig und kompliziert sind. Auch für die Parteien und Verbände sind sie oft nicht bewältigbar. Wir hoffen daher, dass trotz des Verzichts auf diese neue Stelle andere Formen der Partizipation ausprobiert werden können.

Marieke Kruit (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO lehnt alle Kürzungsanträge ab. Die Gestaltung des öffentlichen Raums sowie der Betrieb und Unterhalt unserer Strassen sind wichtige städtische Aufgaben. Die nötigen Mittel dafür müssen vorhanden sein. Eine halbe Stelle haben wir beim öffentlichen Raum bereits gestrichen, es ist nicht sinnvoll, noch mehr zu kürzen. Auch beim Winterdienst wollen wir keine Abstriche machen. Wir wissen nicht, weshalb die Velofahrenden schlechter gestellt werden sollen als andere Verkehrsteilnehmende. Der entsprechende Antrag ergibt keinen Sinn. Pop-ups sind ein Erfolg, die mobile Möblierung fand in der Stadt viel Anklang. Mit moderaten Mitteln kann man viel bewirken. Zum Wunsch, die Verfahren zu entschlacken, ist zu erwähnen, dass das durchaus begrüssenswert wäre. Der Haken daran ist allerdings, dass wir als Stadt in den meisten Fällen gar keinen Einfluss nehmen können, da das Ganze übergeordnet geregelt ist. Einsparungen bei der Verkehrsplanung wurden mit der Streichung der Stelle für die aufsuchende Partizipation bei Verkehrsprojekten bereits vorgenommen. Mehr liegt nicht drin und wäre kurzfristig, denn wir müssen gut aufgestellt sein. Die Stadt wächst, wichtige Projekte wie ZBB oder grosse Überbauungen stehen an, Eine gute Verkehrsplanung ist unabdingbar. Wir müssen beispielsweise gegenüber der SBB oder gegenüber dem Kanton ein starker Partner sein, aber das ist zum Spartarif nicht möglich.

Milena Daphinoff (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Das meiste wurde bereits gesagt. Die Fraktion BDP/CVP begrüsst es, dass dank des Gemeinderatsbeschlusses sehr viele der Stellen, die wir hätten streichen wollen, ohnehin gestrichen worden sind. Einen oder zwei Anträge werden wir weiterhin unterstützen, die grundsätzlichen Streichungsanträge der Fraktion SVP lehnen wir jedoch ab, da sie nicht zielführend sind. Allerdings sind wir nach wie vor der Meinung, dass die Gelder für die zusätzliche mobile Möblierung nicht aufgestockt werden sollen. Es ist eine gute Sache, aber man muss ein wenig Mass halten. Der Betrag, der bereits budgetiert ist, reicht aus, die zusätzlichen 100'000 Franken sind nicht notwendig.

Direktorin TVS *Ursula Wyss*: Zu allen Bereichen, die die Infrastruktur betreffen, haben wir im STEK klare Wachstumsziele formuliert, wie heute Abend mehrfach erwähnt wurde. Ich bin Ihnen aber auch sehr dankbar, wenn Sie uns helfen, im qualitativen Wachstum Fortschritte zu machen. Wenn unsere Stadt wächst, müssen wir darauf achten, dass diejenigen Menschen, die jetzt schon in dieser Stadt wohnen oder arbeiten, sich auch in Zukunft wohl fühlen und dass es ihnen gut geht in unserer Stadt, auch wenn sie verdichtet wird. Diesen Bereich haben Sie mehrfach diskutiert. Ich bin einverstanden damit, dass es hauptsächlich darum geht, Dinge zu ermöglichen. Ich will alles daran setzen, dass meine Ämter nicht dazu beitragen, dass Bewilligungen erschwert werden. Ich wünsche mir auch, dass wir in diesen Bereichen einen Turnaround schaffen und dort, wo wir als Stadt etwas beeinflussen können, Eigeninitiative möglich machen und nicht Hindernisse in den Weg legen. Allerdings ist zu sagen, dass es ganz ohne Stadt nicht geht, vor allem dann nicht, wenn man etwas rasch ermöglichen soll. In diesen Fällen brauchen wir Personen, die das Ganze anschauen und begleiten. Dafür benötigen wir Ressourcen. Wir benötigen sie auch, um die Partizipation breiter zu machen als heute. Ich bin aber einverstanden mit Ihnen, dass das alles im Rahmen des Möglichen geschehen soll. Meine Direktion hat sich am Kompromissvorschlag des Gemeinderats mit vier Stellen beteiligt. Es handelt sich um Kürzungen, die teilweise sehr schmerzhaft sind, das sagen ich offen, insbesondere schmerzt der Wegfall der Stelle betreffend Partizipation im Bereich Verkehrsplanung. Ganz wichtig ist für mich der Bereich Wohnstadt/Familienstadt, da es sich letztendlich auch um eine Kinderstadt handelt. Kinder halten sich nicht nur auf den Spielplätzen auf. Wenn Sie ein Kind durch diese Stadt begleiten, sind Sie vor allem auf Strassen und Plätzen unterwegs. Dort ist es auch wichtig, dass Sie mit Kindern sicher unterwegs sind. Helfen Sie uns bitte auch in diesen Bereichen und bei den betreffenden Projekten.

Lukas Gutzwiller (GFL): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, die Abstimmung noch vor der Pause durchzuführen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Gutzwiller zu (48 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 054*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 37.1 Fraktion SVP ab (6 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltung).
Abst.Nr. 055
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 38 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP ab (21 Ja, 41 Nein).
Abst.Nr. 056
4. Der Antrag Nr. 39 wird zurückgezogen.
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 40 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP und Fraktion SVP ab (21 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 057*
6. Der Antrag Nr. 41 ist obsolet.
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 42 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP und PVS-Minderheit ab (22 Ja, 38 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 058*
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 43 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP ab (22 Ja, 38 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 059*
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 44 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP und PVS-Minderheit ab (22 Ja, 41 Nein). *Abst.Nr. 060*
10. Der Antrag Nr. 45 ist obsolet.
11. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 46 Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP ab (22 Ja, 38 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 061*
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 47 Fraktion SVP ab (11 Ja, 51 Nein). *Abst.Nr. 062*
13. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 48 Fraktion SVP ab (12 Ja, 50 Nein). *Abst.Nr. 063*

Barbara Freiburghaus (FDP): Sie haben gesagt, dass Antrag Nr. 41 zurückgezogen worden sei, da er obsolet sei. Das ist nicht korrekt, wir haben ihn nicht zurückgezogen.

Vorsitzende *Regula Bühlmann*: Danke für den Hinweis, ich vermerke das so. Wir beginnen die dritte Sitzung um 20.35 Uhr.

Die Sitzung wird um 19.10 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

14.01.2019

X 

Signiert von: Regula Bühlmann (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

14.01.2019

X 

Signiert von: Marianne Hartmann (Authentication)

Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.50 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Regula Bühlmann

Anwesend

Devrim Abbasoglu-Akturan	Katharina Gallizzi	Patrizia Mordini
Mohamed Abdirahim	Lionel Gaudy	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Hans Ulrich Gränicher	Seraina Patzen
Katharina Altas	Claude Grosjean	Tabea Rai
Ruth Altmann	Franziska Grossenbacher	Rahel Ruch
Peter Ammann	Lukas Gutzwiller	Kurt Rüeegsegger
Ursina Anderegg	Bernadette Häfliger	Sandra Ryser
Oliver Berger	Erich Hess	Marianne Schild
Thomas Berger	Brigitte Hilty Haller	Zora Schneider
Henri-Charles Beuchat	Roland Iseli	Edith Siegenthaler
Lea Bill	Ueli Jaisli	Lena Sorg
Laura Binz	Bettina Jans-Troxler	Matthias Stürmer
Danielle Cesarov-Zaugg	Dannie Jost	Bettina Stüssi
Yasemin Cevik	Nadja Kehrli-Feldmann	Michael Sutter
Michael Daphinoff	Ladina Kirchen Abegg	Luzius Theiler
Milena Daphinoff	Ingrid Kissling-Näf	Regula Tschanz
Matthias Egli	Fuat Köçer	Ayse Turgul
Bernhard Eicher	Eva Krattiger	Johannes Wartenweiler
Claudine Esseiva	Marieke Kruit	Janine Wicki
Vivianne Esseiva	Nora Krummen	Manuel C. Widmer
Alexander Feuz	Daniel Lehmann	Lisa Witzig
Benno Frauchiger	Maurice Lindgren	Marcel Wüthrich
Barbara Freiburghaus	Peter Marbet	Patrik Wyss
Rudolf Friedli	Melanie Mettler	Patrick Zillig

Entschuldigt

Michael Burkard	Philip Kohli	Leena Schmitter
Dolores Dana	Martin Krebs	Christophe Weder
Angela Falk		

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Franziska Teuscher BSS
--------------------------	-----------------------	------------------------

Entschuldigt

Reto Nause SUE	Ursula Wyss TVS	
----------------	-----------------	--

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Joel Leber Ratsweibel	
Barbara Waelti, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat	

Stadtkanzlei

Monika Binz, Vizestadtschreiberin

Traktandenliste

Die Traktanden 8 und 9 werden gemeinsam behandelt.

2018.FPI.000022

7 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2019 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung: Detailberatung

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik

Antrag Nr.	Seite	Dienststelle/ Nr.	PG-	Antragstel- lende	Anträge an Stadtrat
49.	25 und 485	Generalsekretariat FPI, Immobilien Stadt Bern, Perso- nalamt, Informatik- dienste, Logistik Bern 600100 620100 640100 650100 660100		Fraktion SVP	Auf sämtliche neu geschaffenen Stel- len in den Dienststellen Generalsekre- tariat, Immobilien Stadt Bern, Perso- nalamt, Informatikdienste und Logistik Bern sei zu verzichten, soweit sie nicht innerhalb der FPI kompensiert werden.
50.	25 und 497	Immobilien Stadt Bern 620100 Bewirtschaftung Immobilien VV		Fraktion FDP/JF	Auf den Leistungsausbau von Fr. 128'787.93 für die Immobilienma- nagementstelle ist zu verzichten, d.h. Erhöhung des Nettoerlöses um Fr. 128'787.93 auf Fr. 3'817'101.7.
51.	25 und 475 und 521	Personalamt 640100 (Personaldienst- leistungen Stadt- verwaltung)		Fraktion FDP/JF	Auf den Leistungsausbau für das Pro- jekt Realloohnerhöhungen von Fr. 75'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um Fr. 75'000 auf Fr. 5'185'158.20.
52.	516	Steuerverwaltung light 630400 Steuereinnahmen		Fraktionen FDP/JF und BDP/CVP	Die Steueranlage soll auf 1.49 gesenkt werden, d.h. entsprechende Kürzung des Nettoerlöses Steuereinnahmen (zulasten P4000000, natürliche Perso- nen und P40100000, juristische Per- sonen) unter entsprechender Kürzung des Bilanzüberschusses der Stadt Bern.
53.	533	Informatikdienste 650100		FSU	Kennzahl 12 streichen.

54.	569	Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik 860100	FSU	Die Steuerungsvorgabe 4 muss korrekt wie bereits im PGB 2018 folgendermassen lauten: «Zunahme der Anzahl Mietverträge im Segment günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien mit dem Ziel, den Anteil auf 1000 Verträge zu steigern».
-----	-----	---	-----	---

FSU-Referent *Johannes Wartenweiler* (SP): Vorab muss ich mein Unverständnis darüber ausdrücken, dass die Budgets der einzelnen Direktionen von den zuständigen Kommissionen nicht mehr gewürdigt werden; zumindest habe ich weder zur TVS noch zur BSS eine Würdigung gehört. Ich erinnere daran, dass die Beratung des Budgets zu den Kerngeschäften des Stadtrats gehört, das sollte uns ein paar Minuten unserer Zeit wert sein. Ich hoffe, dass diese Tradition wieder aufgenommen wird. – Aber nun zur FPI: In der Kommission war die Diskussion um die Stellenaufstockung wichtig. Diese Sache ist nun teilweise bereinigt. Zu den Vorwürfen, dass es dabei um Klientelpolitik gehe: Bei der FPI wurde zum Beispiel die Klientel der Schulabwarte behandelt; da geht es letztlich um die Schülerinnen und Schüler. Welche Klientel von der Schaffung von Stellen bei den Informatikdiensten profitiert, weiss ich nicht. Dasselbe trifft auf die Stellen im Immobilienbereich zu. Die Mehrheit der Kommission findet, dass die neu zu schaffenden Stellen fachlich begründet und durch die zuständige Direktion sehr detailliert ausgewiesen worden sind. Da die Kommissionsminderheit aus politischen Gründen mit den neuen Stellen nicht einverstanden ist, führte dies in der Kommission zu Diskussionen, deren Konsequenzen konnten wir auch vorhin miterleben. Weiter ist zum Budget der FPI festzuhalten, dass die Steuerverwaltung mit deutlich höheren Steuereinnahmen rechnet. Das Prognoseinstrument wurde angepasst. In den letzten Jahren wurden knausrige Prognosen erstellt, die Ergebnisse waren deutlich besser. Ob ein politischer Wille dahinterstand, sei dahingestellt. Für 2019 ist mit Steuereinnahmen von 530 Mio. Franken zu rechnen, das sind ca. 30 Mio. Franken mehr als 2018 – ein nicht unerheblicher Zuwachs. Allerdings ist noch nicht abzuschätzen, welche Auswirkungen die kantonale und die nationale Steuergesetzrevision auf die städtischen Finanzen zeitigen werden. Zum Personalamt ist festzuhalten, dass die Realloohnerhöhung – ein Legislaturziel des Gemeinderats – an die Hand genommen wird: Es ist ein Projekt aufgeglegt worden, um herauszufinden, wie eine Realloohnerhöhung beschaffen sein muss. Es werden Vergleichsweise anderer grosser Player auf dem Platz Bern erhoben, zumeist im Bereich der öffentlichen Verwaltung, aber auch bei grossen Unternehmen. Für dieses Vorhaben soll eine Stelle geschaffen werden. Zu den weiteren Bereichen der Direktion FPI ist nicht viel zu vermelden: Bei Immobilien Stadt Bern (ISB) sollen neue Stellen für den Bau der Schulhäuser, die gebaut werden müssen, geschaffen werden und damit verbunden auch für Hauswarte. Es braucht eben nicht nur mehr Schulhäuser für mehr Schulkinder, sondern auch Abwarte für die neuen Schulhäuser. Die Kosten für die Schulabwarte werden der Bestellerin, also der BSS, verrechnet. Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik ist bei ISB angegliedert. Er ist unter anderem auch für die Umsetzung der Strategie zum «Günstigen Wohnraum mit Vermietungskriterien» (GüWR) zuständig. Diesbezüglich stellt die FSU den Antrag 54 zur Steuerungsvorgabe 4, der keine inhaltliche Änderung beinhaltet, sondern eine Korrektur: Die bisherige Formulierung ist beizubehalten, denn es ist wichtig, dass das Ziel von 1000 Mietverträgen im GüWR-Segment bis 2025 wie bisher im PGB korrekt wiedergegeben wird. Diesem Antrag wurde in der FSU einstimmig zugestimmt; dasselbe gilt für den Antrag 53. Das Budget der FPI wurde von der FSU mit 5 Ja- zu 2 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zuhanden der Finanzdelegation angenommen.

Vivianne Esseiva für die Fraktion FDP/JF: Zu Antrag 51: Da die Mitarbeiterumfragen keine Unzufriedenheit mit den Löhnen aufzeigen, ist kein Grund ersichtlich, wieso für ein Projekt «Reallohnerhöhung» Gelder zur Verfügung gestellt werden sollen. Mit der Zustimmung zu diesem Projekt machen wir den ersten Schritt in Richtung einer künftigen Reallohnerhöhung nach dem Giesskannenprinzip. Wir wollen auf diese Lohnerhöhung verzichten. Der Antrag 50 ist obsolet, da der Gemeinderat diese Stelle bereits gestrichen hat. Auf den Einwand meines Vorredners, wir würden Stellen angreifen, die unbedingt nötig seien: Das trifft nicht zu, wir wenden uns nicht gegen die Stellen für Schulabwarte, die es dringend braucht. Wir sprechen uns einzig gegen die zusätzliche Stelle beim Immobilienmanagement aus; inzwischen ist auch der Gemeinderat zur Einsicht gelangt, dass auf diese Stelle verzichtet werden kann. Wie es von unserer Fraktion zu erwarten ist, beantragen wir gemeinsam mit der BDP/CVP eine Steuersenkung. Bei einem massvollen Umgang mit den Finanzen ist eine massvolle Steuersenkung möglich. Diese ist ein wichtiges Zeichen des Entgegenkommens an unsere fleissigen Steuerzahler. Es ist skandalös, dass die Motion Gubser, die letztes Jahr mit knapper Mehrheit abgeschrieben wurde, nie umgesetzt wurde. Das Argument, dass die Steuern, falls die Stadt eines Tages vielleicht wieder auf diese Mittel angewiesen wäre, danach nie wieder erhöht werden können, weil dies eine Volksabstimmung erfordert, kann man nicht gelten lassen, denn es sind ja unsere Wählerinnen und Wähler, die ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter in den Stadt- und in den Gemeinderat wählen. Wenn sie einsehen, dass die Stadt dringend auf mehr Steuergelder angewiesen ist und dass diese sinnvoll ausgegeben werden, wären sie allenfalls gewillt, eine Erhöhung zu akzeptieren.

Unsere Fraktion lehnt die von der SVP geforderte, generelle Streichung aller neuen Stellen ab. Wir sehen ein, dass einige Stellen tatsächlich nötig sind. Die Stellen, die wir für unnötig halten, sind bereits gestrichen worden.

Alexander Feuz (SVP) für die SVP-Fraktion: Der Antrag 49 ist ähnlich zu begründen wie unsere Anträge zur TVS: Die betreffenden Aufgaben können mit den bisherigen Mitteln bestens ausgeführt werden, wenn man die Dinge nicht unnötig verkompliziert. Die Chancen, dass unser Antrag angenommen wird, stehen nicht gut. Aber wenn man am Budget effektiv Korrekturen vornehmen will, ist die Streichung dieser Stelle die richtige Massnahme. Man muss sich überlegen, was geschehen wird, wenn eines Tages finanziell kritische Zeiten auf die Stadt zukommen und diese Stellen, durch die der Apparat nun aufgeblasen wird, abgebaut werden müssen. Vor diesem Hintergrund liegt es auf der Hand, dass unseren Anträgen entsprochen werden sollte. Wir werden den anderen Anträgen zur FPI zustimmen; dies schliesst den Antrag auf Steuersenkung ein. Es sollte jedoch nicht nur eine Steuersenkung, sondern überdies auch eine Verzichtsplanung erfolgen. Das kantonale Recht lässt nicht zu, dass das städtische Budget ein zu hohes Defizit ausweist, allenfalls könnte der Kanton den Gemeinderat veranlassen, die nötigen Kürzungen vorzunehmen.

Fraktionserklärungen

Regula Tschanz (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wie ich in der Grundsatzdebatte bereits gesagt habe, richtet unsere Fraktion einen Fokus auf das städtische Wachstum. In diesem Sinne lehnen wir eine Steuersenkung dezidiert ab. Zum Antrag 53 auf Streichung der Kennzahl 12: Da ist der FSU anscheinend ein Fauxpas passiert. Diese Kennzahl hält die Anzahl schriftlicher Reklamationen zur Datensicherheit fest. Der Umstand, dass dieser Wert in den letzten Jahren immer Null betrug, ist kein Grund, diese Kennzahl zu streichen. Es ist gut, wenn keine Beschwerden eingehen, aber das kann sich ändern. Diese Kennzahl ist eine Art Warnsystem. Wir bitten um Ablehnung dieses FSU-Antrags.

Peter Marbet (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Der Antrag 49 betreffend die Stellenthematik ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Logik, dass sich das Wachstum der Stellen proportional zum Bevölkerungswachstum verhalten soll, nicht sinnvoll ist, und zwar, weil diese zusätzlich zu schaffenden Stellen dem Schulbereich, insbesondere auch den Hausdiensten, zugeordnet sind, also letztlich mit dem Wachstum der Anzahl Schülerinnen und Schüler sowie mit den Infrastrukturausbauten zusammenhängen. Der Stadtrat hat in den letzten Jahren sehr viele Schulhaussanierungen und -neubauten genehmigt, die mit einem grösseren Personalaufwand einhergehen. Ein weiterer Punkt betrifft die Informatik: Wir alle wissen, dass derzeit in allen Betrieben überproportionale Kostenanstiege im Informatikbereich zu verzeichnen sind. Wir sprechen uns gegen den Streichungsantrag 50 aus, sofern dieser aufrechterhalten bleibt: Die Idee, dass es eine Kennzahl wie «x Immobilien pro 100%-Stelle» gibt und dass in der Privatwirtschaft gleiche Verhältnisse herrschen wie in der Stadtverwaltung, ist zu hinterfragen, da die Stadt eher grosse Immobilien verwaltet. Man kann nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Den Antrag 51 lehnen wir dezidiert ab. Wir haben eine Motion für eine Reallohnerhöhung eingereicht. Es ist wichtig, dass die Diskussion, die wir demnächst darüber führen werden, auf fundierten Grundlagen beruht. Dass dieses Anliegen berechtigt ist, zeigt sich auch daran, dass in der Stadtverwaltung während der letzten 30 Jahre keine Reallohnerhöhung stattgefunden hat; zudem steht die Stadt in einer Konkurrenzsituation zur Kantons- und zur Bundesverwaltung. Die Steuerthematik wurde schon in der Eintretensdebatte erörtert, wir lehnen den Antrag 52 ab. Was die im Antrag 53 geforderte Streichung der Kennzahl 12 anbelangt, ist zu sagen, dass die FSU überzeugt war, dass diese Kennzahl gestrichen werden kann, da sie keinen informativen Mehrwert erbringt. Es gibt ja noch die Kennzahl 11, die eine Prüfung der Informatikapplikationen hinsichtlich der Datensicherheit vorsieht. Es mag zwar sein, dass einmal eine Reklamation eingehen könnte, trotzdem bedeutet die Streichung der Kennzahl 12 keinen übergeordneten Steuerungsverlust. Wir stimmen dem Antrag 53 zu. Dasselbe gilt für den Antrag 54, bei dem es darum geht, einen formalen Fehler zu korrigieren. Das Ziel – 1000 Mietverträge im GüWR-Segment bis 2025 – ist nach wie vor sehr wichtig.

Einzelvoten

Benno Frauchiger (SP): Ich danke Regula Tschanz für den Hinweis betreffend die Kennzahl 12. Ich werde deren Streichung ablehnen. Mit Blick auf die Digitalisierung, für die im Budget Zusatzausgaben von 500 000 Franken vorgesehen sind, ist die Streichung dieser Kennzahl als Warnsystem ein falsches Signal. Wenn schriftliche Reklamationen in Bezug auf die Datensicherheit eingehen, müssen wir davon wissen, damit die Aufsichtskommission der Sache nachgehen kann. Die Kennzahl 11 liefert diese Information nicht. Sie ist natürlich ebenfalls wichtig und ich erwarte, dass sie immer 100% beträgt. Sollte dieser Wert einmal nicht erreicht werden, erkennen wir daran, dass ein Problem besteht.

Manuel C. Widmer (GFL): Alexander Feuz hat darauf hingewiesen, dass der Kanton dafür sorgen werde, dass das städtische Budget nicht überbordnet. Herr Feuz, ich möchte Sie bitten, davon abzusehen, ständig mit dem Kanton zu drohen, wenn die Stadt eigenständige Politik macht. In unserem föderalistischen System herrscht die Gemeindeautonomie. Es wäre schön, wenn Sie dies beachten würden.

Alexander Feuz (SVP): Einer unserer Rückweisungsanträge beinhaltete die Forderung nach einer Verzichtsplanning. Für den Fall, dass der Antrag auf Steuersenkung durchkommt – was ich trotz geringer Chancen hoffe – und die Stadt ein Budget mit einem grossen Defizit ausweist, könnte es sein, dass der Kanton eingreift, wie es die Gesetzgebung vorsieht. Deswegen haben wir in unserem Antrag eine Verzichtsplanning gefordert. Obschon der Antrag der

Fraktion FDP/JF keine Verzichtsplanung fordert, stimmen wir einer Steuersenkung zu. Je nachdem, wie die Stadt mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wirtschaftet, besteht das Risiko eines Einschreitens des Kantons. Das ist keine Drohung, sondern entspricht dem geltenden Recht.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Wir haben die neu zu schaffenden Stellen gegenüber der Kommission sehr ausführlich begründet. Ich stelle fest, dass unsere Begründungen angekommen sind, da sehr wenige Streichungsanträge vorliegen, ausser dem Pauschalantrag der SVP, den sie zu allen Direktionen gestellt hat und den ich Sie abzulehnen bitte. Zum Antrag 50, der obsolet ist, möchte ich anmerken, dass der Vergleich mit der Privatwirtschaft hinkt: Das Immobilienmanagement der Stadt kümmert sich um Schulhäuser und Sportanlagen. Neu werden das Schulhaus Brünnen, die Doppelturnhalle Bizius und das Stadion Neufeld von der Stadt bewirtschaftet. Es sind weitere Schulbauten im Marzili, im Pestalozzi- und im Stapfenackerquartier sowie an der Depotstrasse geplant. Weitere Schulhäuser werden ausgebaut, namentlich Stapfenacker, Manuel, Kirchenfeld und Bethlehemacker. Langsam ist der Punkt erreicht, an dem diese Leistungen mit dem bestehenden Personal nicht mehr erbracht werden können. Wir kommen vielleicht noch ein Jahr über die Runden, aber mit der Realisierung all dieser Projekte nimmt die Arbeit weiter zu. Zur Realloohnerhöhung: Hierbei handelt es sich um ein Legislaturziel des Gemeinderats. Im Rahmen des Projekts «Realloohnerhöhung» wird auch das Lohngefüge angeschaut. Im Stadtrat wurde bereits mehrmals darüber diskutiert, dass die Stadt bei den Löhnen in gewissen Bereichen nicht mithalten kann. Ich hatte heute Morgen eine Sitzung mit dem Chef der Informatikdienste. Wir suchen zwei Projektleiter. Einer der Bewerber hat sein Dossier zurückgezogen, mit der Begründung, dass er bei einem anderen Arbeitgeber bis zu 30 000 Franken mehr verdient. Das sind Fakten. Diese Mittel sind gut investiert. Das Erstellen von Benchmarks wird ja immer wieder verlangt, um eine Standortbestimmung vorzunehmen. Zur Steuersenkung brauche ich mich nicht zu äussern, darüber wurde bereits eingangs der Budgetdebatte abgestimmt. Was die Kennzahl 12 anbelangt, geben wir an Sie die Empfehlung ab, die Berichterstattung zu verschlanken. Wir werden Ihnen noch in diesem Jahr einen Vorschlag zu den Abläufen bei den Beratungen zum IAFP und zum Budget unterbreiten. Es braucht einen Quantensprung, allein im Bereich der Informatik gibt es 26 Kennzahlen. Es werden immer mehr Informationen verlangt, die wir Ihnen nicht vorenthalten wollen. Aber das Parlament wird einen Grundsatzentscheid treffen müssen, inwiefern es bereit ist, auf eine Menge Detailinformationen zu verzichten, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Berichterstattung. Zum Antrag 54: Es geht darum, einen Fehler zu korrigieren. Die Zielsetzung von 1000 Mietverträgen im GüWR-Segment bis 2025 gilt nach wie vor und wir setzen alles daran, dieses Ziel zu erreichen. Wir bitten Sie, die Anträge 49, 51 und 52 abzulehnen.

Beschluss

21. Der Stadtrat lehnt den Antrag 49 SVP ab (7 Ja, 62 Nein). *Abst.Nr. 064*
22. Antrag 50 FDP/JF ist obsolet.
23. Der Stadtrat lehnt den Antrag 51 FDP/JF ab (23 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 065*
24. Der Stadtrat lehnt den Antrag 52 FDP/JF und BDP/CVP ab (19 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltung).
Abst.Nr. 066
25. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 53 FSU zu (36 Ja, 30 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.Nr. 067*
26. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 54 FSU zu.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Die letztjährige Budgetberatung konnte in Rekordzeit abgeschlossen werden. Die diesjährige Beratung dauerte ein bisschen länger, aber nun sind wir

am Ende angelangt. Ich danke Ihnen herzlich für diese Diskussion. Die ursprüngliche Budgetvorlage wies einen Überschuss von 430 682.14 Franken auf. Nachdem der Antrag des Gemeinderats auf Kürzung des ursprünglich geplanten Stellenausbaus im Umfang von elf Stellen, respektive 818 209.93 Franken, und der Antrag zum Sportamt zur Korrektur des Beitrags an die Sporthalle Weissenstein in der Höhe von 35 000 Franken angenommen worden sind, weist das PGB 2019 folgendes Resultat auf: Dem Aufwand von 1 267 388 050.00 Franken steht ein Ertrag von 1 268 671 942.07 Franken gegenüber. Daraus ergibt sich ein Ertragsüberschuss von 1 283 892.07 Franken, der in die Spezialfinanzierung Eis und Wasser eingelegt wird. Ich bitte Sie, dem bereinigten PGB 2019 zuzustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem bereinigten Produktgruppenbudget (PGB) 2019 zu (43 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 068*
2. Der Stadtrat stimmt dem PGB 2019 der Sonderrechnung Tierpark gemäss Gemeinderatsantrag 2.2 zu (52 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 069*
3. Der Stadtrat stimmt dem PGB 2019 der Sonderrechnung Stadtentwässerung gemäss Gemeinderatsantrag 2.3 zu (52 Ja, 18 Nein). *Abst.Nr. 070*
4. Der Stadtrat stimmt dem PGB 2019 der Sonderrechnung Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik gemäss Gemeinderatsantrag 2.4 zu (51 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 071*
5. Der Stadtrat stimmt dem PGB 2019 der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling gemäss Gemeinderatsantrag 2.5 zu (52 Ja, 19 Nein). *Abst.Nr. 072*
6. Der Stadtrat stimmt der bereinigten Abstimmungsbotschaft zu (49 Ja, 18 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 073*

- Die Traktanden 8 und 9 werden gemeinsam behandelt. -

2007.GR.000013

8 Erlass Naturgefahrenplan: Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1); Änderung der baurechtlichen Grundordnung (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Erlass Naturgefahrenplan: Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1); Änderung der baurechtlichen Grundordnung (Abstimmungsbotschaft).
2. Er genehmigt die Vorlage und beantragt den Stimmberechtigten der Stadt Bern den Erlass des Naturgefahrenplans und die Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) betreffend Naturgefahrenplan.
3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Bern, 20. Juni 2018

Diskussion siehe Traktandum 9

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Erlass Naturgefahrenplan.
2. Der Stadtrat genehmigt die Vorlage (62 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 074*
3. Der Stadtrat stimmt der Abstimmungsvorlage zu.

2014.PRD.000071

9 Umsetzung der kantonalen Verordnung vom 25. Mai 2011 über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen (BMBV; BSG 721.3); Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Umsetzung der kantonalen Verordnung vom 25. Mai 2011 über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen (BMBV; BSG 721.3); Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) (Abstimmungsbotschaft).
2. Er genehmigt die Vorlage und beantragt den Stimmberechtigten der Stadt Bern die Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) betreffend Begriffe und Messweisen im Bauwesen.
3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Bern, 20. Juni 2018

PVS-Referent *Alexander Feuz* (SVP) zu Traktandum 8: Vorab danke ich Marilen Schlegel, Thilo Jennewein und Christine Hofer für die Beantwortung meiner Fragen. Dieses Geschäft war in der Kommission nicht bestritten und wurde einstimmig verabschiedet. Wir haben auf dem Zirkularweg auf eine zweite Lesung verzichtet, weil wir die Vorlage für abstimmungsreif halten und es keine gewichtigen Einwände gegeben hat. Die Botschaft ist stimmig. Es geht darum, die baurechtliche Grundordnung der Stadt an die kantonalen Vorgaben anzupassen. Wenn dies nicht gemacht wird, bekommen wir Probleme, denn es geht um eine Materie, auf die der Kanton – zu Recht – Einfluss nehmen kann. Für den Fall, dass diese Anpassung nicht vorgenommen würde, würde das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) die städtische Bauordnung nicht genehmigen, was einen Baustopp zur Folge hätte. Auch haftpflichtrechtlich würde es zu einer heiklen Situation führen, wenn die Stadt die nötigen Vorgaben nicht nachvollzieht. Anfangs stellten wir noch Überlegungen betreffend den Hochwasserschutz auf, im Sinne, dass die Stadt eine Sistierung verlangen könnte, da die nötigen Massnahmen nun umgesetzt werden. In Anbetracht der eben erwähnten Risiken bringt eine Sistierung aber nichts. Eine Zeitlang konnte die Stadt noch Sistierungen erwirken, aber jetzt drängt die Zeit, deswegen müssen wir den Änderungen der baurechtlichen Grundordnung zustimmen. Würden der Stadtrat oder die Stimmbürger diese Vorlage ablehnen, könnte der Kanton der Stadt mit Sanktionen das Leben schwer machen. Es gibt ein paar diskutabile Punkte, beispielsweise die Frage, ob der Denkmalschutz Einwände geäussert hat. Aber in dieser Phase geht es nur um Anpassungen, also um einen Bereich, bei dem die Denkmalpflege ohnehin keinen Grund für Einwände hat. Zur Einteilung in verschiedene Gefahrenstufen gab es nur eine Einsprache, die inzwischen bereinigt werden konnte, indem der betroffene Grundeigentümer an der Aarstrasse die nötigen Massnahmen zur Verstärkung des Hochwasserschutzes vornehmen liess. Im Hinblick auf die Denkmalpflege könnten die neuen Bestimmungen allenfalls noch im Zusammenhang mit dem Gebiet Altenberg zu reden geben, wenn es um die Frage geht, welche Massnahmen dort zu treffen sind. Aber mit dieser Vorlage werden lediglich die rechtlichen Voraussetzungen zur Änderung der baurechtlichen Grundordnung geschaffen. Es geht nicht um die konkreten Hochwasserschutzmassnahmen. Das Gebiet beim Gassner-Areal wurde ausgeklammert; dazu wird eine separate Vorlage erarbeitet. Diese Vorgehensweise ist korrekt und dient der Vermeidung von Verzögerungen. Aus der PVS kam die Anregung, dass dieses Areal im Naturgefahrenplan ausdrücklich als Gassner-Areal bezeichnet werden soll, damit der

Stimmbürger weiss, worum es geht. Fazit: Es geht nur um die Umsetzung der kantonalen Vorgaben in der Bauordnung. Die Handlungsfreiheit der Stadt ist eingeschränkt. Die notwendigen Änderungen wurden umgesetzt. Die konkreten Pläne zum Hochwasserschutz sind eine andere Sache, im Moment geht es ausschliesslich um die rechtlichen Aspekte. Bitte stimmen Sie dieser Vorlage und der Abstimmungsbotschaft zu.

PVS-Referentin *Barbara Freiburghaus* (FDP) zu Traktandum 9: Vorab ist darauf hinzuweisen, dass mit der Teilrevision der Bauordnung keine materiell-rechtlichen Änderungen eintreten. Es geht um die Umsetzung des übergeordneten kantonalen Rechts. Allfällige materiell-rechtliche Änderungen werden Bestandteil separater Abstimmungen sein. Die Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern untersteht der obligatorischen Volksabstimmung, die für den Abstimmungstermin am 25. November 2018 vorgesehen ist. Die kantonale Verordnung über die Begriffe und Messwerte im Bauwesen führt dazu, dass die Stadt Bern ihre Bauordnung bis zum 1. Januar 2021 an das geltende kantonale Recht anpassen muss. Die kantonale Verordnung definiert und benennt verschiedene Begriffe und Messweisen neu. Der Grund dafür ist der Abschluss eines interkantonalen Konkordats, dem der Kanton Bern beigetreten ist. Dieses Konkordat hat die Verwendung einheitlicher Definitionen in den betreffenden Kantonen zum Ziel, so dass die Architekten und Planer, zumindest auf kantonaler Ebene, vom Gleichen sprechen.

Ich werde zunächst die wichtigsten Begriffe vorstellen und anschliessend auf ein paar Änderungen der Bauordnung eingehen: Die bisherigen Bezeichnungen «An- und Nebenbauten» werden durch «Klein- und Anbauten» ersetzt. Dies führt dazu, dass Klein- und Anbauten nur noch Nebennutzflächen enthalten, die unbewohnt bleiben müssen. Bewohnte Parterrebauten und Wintergärten, die bislang als Anbauten galten, werden neu zu abstandsprivilegierten Hauptgebäuden. Die neuen Begriffe führen dazu, dass unbewohnte Anbauten nicht mehr an die Gebäudelänge angerechnet werden, bewohnte Gebäudeerweiterungen hingegen schon. Der Begriff «Gebäudelänge» wird neu auch in die städtische Bauordnung übernommen. Dadurch ändert sich wenig. Der Begriff «Gebäudebreite» wird nicht übernommen. Die Stadt hat einen kleinen Handlungsspielraum, den sie in diesem Punkt wahrnimmt. Der heutige Begriff «Gebäudehöhe» wird durch «Fassadenhöhe» ersetzt. Da diese beiden Begriffe nicht ganz deckungsgleich sind, muss diesem Umstand in der Bauordnung Rechnung getragen werden. – Darauf werde ich später noch eingehen. Eine weitere Veränderung der Definitionen gibt es bei den Dichteziffern: Der heutige Begriff «Ausnützungsziffer» wird durch «Geschossflächenziffer» ersetzt. Zudem wird der Begriff «anrechenbare Bruttogeschossfläche», die alle Flächen, mit Ausnahme der Mehrheit der Dachgeschoss- und Untergeschossflächen, beinhaltet, durch den Begriff «Hauptnutzungsfläche» ersetzt. Unter der Hauptnutzungsfläche ist jede Gebäudefläche zu verstehen, die der Zweckbestimmung und der Nutzung eines Gebäudes im engen Sinn dient. Das klingt zwar kompliziert, ist es aber nicht. Es ändert sich dadurch nichts, diese Änderungen zielen vor allem darauf, die Bemessung und den Vollzug zu vereinfachen. Die Änderungen der Definitionen werden direkt in die neue Bauordnung übernommen.

Wie erwähnt, gehe ich im Folgenden noch auf ein paar ausgewählte Aspekte der neuen Bauordnung ein: Aufgrund der Änderung der Definition der An- und Nebenbauten werden bestehende Wintergärten eigentlich baurechtswidrig. Dieser Problematik wird mittels der Besitzstandsgarantie laut Artikel 4 Absatz 4 der Bauordnung Rechnung getragen. Die betreffenden Wintergärten dürfen abgerissen und unter Wahrung des bisherigen Volumens innert fünf Jahren auch wieder neu gebaut werden. Artikel 16 Absatz 1bis der Bauordnung hält fest, dass die oberirdische Geschossfläche jene Flächen umfasst, die nicht Untergeschosse darstellen. Das mag auf den ersten Blick einleuchten, aber tatsächlich wären auch andere Definitionen denkbar. Die gewählte Definition kommt der bisherigen Praxis am nächsten. Der Artikel 32 der Bauordnung ist komplett neu, bedingt durch die neue Definition der Attikageschosse. Die Be-

griffe «Gebäudehöhe» und «Fassadenhöhe» sind nicht deckungsgleich. Aus diesem Grund werden in Artikel 58 der Bauordnung neue Maximalhöhen festgelegt, die sich von den alten Bestimmungen lediglich dadurch unterscheiden, dass sie allgemein um 0,5 Meter angehoben werden. Mit der vorliegenden teilrevidierten Bauordnung werden über 30 interkantonale Begriffe und Definitionen implementiert. Einzig der neue Abschnitt 1bis in Artikel 37 betreffend die «geschlossenen vorspringende Gebäudeteile», also die Erker, warf in der Diskussion in der PVS Fragen auf. Laut dem Stadtpräsidenten und der Verwaltung ist auch dieser Punkt bloss redaktioneller Art, die Handhabung bleibt gleich wie bisher. Die Mitglieder der PVS haben dieser Vorlage mit 11 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt. Die PVS beantragt dem Stadtrat die Zustimmung zu dieser Vorlage. Wie beim Geschäft zum Erlass Naturgefahrenplan wurde auch hier auf eine zweite Lesung verzichtet.

Fraktionserklärung zu Traktanden 8 und 9

Barbara Freiburghaus (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Unsere Fraktion stimmt der Teilrevision der Bauordnung zu.

Alexander Feuz (SVP) für die SVP-Fraktion: Unsere Fraktion wird der Vorlage zum Erlass Naturgefahrenplan zustimmen. Bei der Vorlage betreffend die Begriffe und Messweisen im Bauwesen würden wir es begrüßen, wenn der Stadtpräsident mit Bezug auf die Diskussion in der PVS betreffend die historische Auslegung für die Erker nochmals bestätigt, dass es keine Verschärfung geben wird, damit dies im Protokoll festgehalten wird. Wenn diese Erklärung sinngemäss abgegeben wird, stimmen wir auch dieser Vorlage zu.

Franziska Grossenbacher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Anpassungen der Bauordnung in den betreffenden Bereichen stellen eine reine Pflichtübung dar. Beide Geschäfte sind technischer Natur. Sowohl die öffentliche Auflage als auch die Diskussionen verliefen reibungslos, beide Vorlagen sind in keiner Weise kontrovers. Unsere Fraktion stimmt beiden Geschäften zu. Zum Naturgefahrenplan: Wir finden die vom Gemeinderat gewählte Vorgehensweise sehr pragmatisch. Es ist sinnvoll, dass das Gassner-Areal ausgeklammert wird, da man sich mit dem Kanton über die Frage, ob es eine Auszonung braucht, nicht einig geworden ist. Sonst gibt es zu diesem Geschäft nicht viel zu sagen. Die Naturgefahrenplanung wurde von Expertinnen und Experten ausgearbeitet, die Überführung in die Bauordnung ist eine reine Formsache. Was die Verordnung über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen (BMBV) anbelangt, muss ich zugeben, dass dieses Geschäft für mich als Kommissionsmitglied bislang das härteste war. Das liegt aber nicht daran, dass es kontrovers gewesen wäre, sondern daran, dass es für jemanden wie mich, die sich im Berufs- oder im Privatleben nicht täglich mit Bauordnungen auseinandersetzt, ein ziemlich harter Brocken war, den insgesamt 69 Seiten langen Vortrag im Detail zu studieren. Diese Arbeit hat mir sehr viel Ausdauer abverlangt. Die Absicht des Gemeinderats besteht darin, die BMBV in die städtische Bauordnung zu überführen, ohne dass dies materielle Änderungen nach sich zieht. Wir vertrauen darauf, dass die Fachleute, die sich mit dieser Aufgabe beschäftigt haben, dieses Ziel umsetzen konnten. Mit Devrim Abbasoglu-Akturan hat unsere Fraktion neu auch eine Fachfrau in ihren Reihen. Als Architektin beschäftigt sie sich täglich mit den Bauordnungen verschiedener Gemeinden. Sie hat sich mit dieser Vorlage befasst und attestiert der Stadt Bern, dass sie über eine anwenderfreundliche und gut lesbare Bauordnung verfügt, einschliesslich der vorgeschlagenen Änderungen. Wir stimmen dem Geschäft zur Umsetzung der BMBV ebenfalls zu. Abschliessend ein kleiner Ausblick: Es stehen diverse Änderungen der Bauordnung an, bei denen es um materielle Änderungen geht, die auf parlamentarische Vorstösse, darunter auch solche der GB/JA!,

zurückreichen. Wir wünschen uns vom Gemeinderat, dass diese Änderungen rasch umgesetzt werden, damit der Stadtrat innert möglichst kurzer Frist darüber befinden kann.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Ich danke dem Kommissionssprecher und der Kommissionssprecherin für ihre Erklärungen. Ich danke auch Franziska Grossenbacher, die wohl als einziges Mitglied des Stadtrats die gesamte Vorlage gelesen hat, welche in der Tat sehr kompliziert ist. Man darf sich nichts vormachen: Bei den Bauvorschriften handelt es sich um eine Art Geheimwissenschaft. Wie sich in den Kommissionberatungen gezeigt hat, ist es schwierig, alles zu begreifen. Auf Wunsch von Alexander Feuz wiederhole ich die bereits gegenüber der Kommission abgegebene Erklärung: Bei Gebäudeteilen, die über die Fassade herausragen, also auch bei Erkern, gilt die Regelung, dass diese nicht in die vorgeschriebenen Grenzabstände, sondern nur ins Vorland ragen dürfen. Unter «Vorland» ist der Grenzabstand zu einer Strasse zu verstehen. Dies ist in Artikel 37 entsprechend geregelt. In diesem Sinne ist keine Änderung zur geltenden, vom Bauinspektorat angewandten Praxis vorgesehen. Ich bitte um Zustimmung zu beiden Vorlagen. Ich kann Ihnen zusichern, dass weitere Änderungen in Vorbereitung sind: Das nächste Paket von Bauordnungsrevisionen wurde in die Mitwirkung geschickt. Die Arbeiten zum übernächsten Paket sind angelaufen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Umsetzung der kantonalen Verordnung über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen.
2. Der Stadtrat stimmt der Vorlage zu (63 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 075*
3. Der Stadtrat stimmt der Abstimmungsbotschaft zu.

2013.GR.000373

10 Sport- und Freizeitanlage Weyermannshaus: Erneuerung Kunsteisbahn und Hallenbad; Projektierungskredit

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Sport- und Freizeitanlage Weyermannshaus: Neubau Kunsteisbahn und Hallenbad; Projektierungskredit.
2. Der Stadtrat genehmigt den Projektierungskredit in Höhe von 6,9 Mio. Franken zulasten der Investitionsrechnung, Konto PB10-068. Dieser Projektierungskredit ist später in den Baukredit aufzunehmen.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 23. Mai 2018

PVS-Referent *Maurice Lindgren* (JGLP): Ich stelle Ihnen das Projekt «Erneuerung Kunsteisbahn und Hallenbad Weyermannshaus» vor, das etliche Massnahmen umfasst. Ich nehme vorweg, dass es nicht um die Sanierung des Freibads Weyermannshaus geht. Die Sanierung des Freibads ist äusserst dringend, da das Becken 300 000 Liter Wasser pro Tag verliert. Der Kanton würde das Freibad schliessen, wenn er nicht überzeugt wäre, dass die Stadt mit der Abdichtung und Sanierung des Beckens vorwärtsmacht. Um diese Massnahmen zu beschleunigen, wurde dieser Projektteil von den restlichen Erneuerungsmassnahmen abgetrennt.

Für die Erneuerung der Kunsteisbahn und des Hallenbads wird ein Projektierungskredit von 6,9 Mio. Franken beantragt; dieser Kredit liegt also knapp unter der Grenze von 7 Mio. Franken und führt somit nicht zu einer obligatorischen Volksabstimmung. Die geschätzten Anlagekosten belaufen sich auf einen stolzen Betrag zwischen 57 und 72 Mio. Franken. Dass das

Weyerli insgesamt sanierungsbedürftig ist, ist ausführlich dokumentiert. Das Hallenbad ist veraltet und befindet sich teilweise in einem sehr fragwürdigen Zustand: Es weist Rost auf, wodurch die Gefahr eines Wassereintruchs besteht. Für die alte, anfangs der 70er-Jahre erstellte Anlage sind keine Ersatzteile mehr erhältlich. Für den Fall, dass in nächster Zeit etwas kaputtgehen sollte, besteht die Gefahr, dass das Hallenbad deswegen ganz geschlossen werden muss.

Dass auch die Eisanlage alt ist, zeigt sich daran, dass 2017 eine Notsanierung des Eisfeldes vorgenommen werden musste, damit es überhaupt noch weiterbetrieben werden kann. Jedes Mal, wenn die Anlage in Betrieb und damit auch unter Druck gesetzt wird, ist der verantwortliche Hausmeister nervös und kann nur hoffen, dass nicht irgendwo ein Rohr platzt. Da es keine Möglichkeit gibt, ein solches Ereignis vorzusehen, und weil die Schwachstellen nicht lokalisiert werden können, müssten im Schadensfall das Aufeisen abgebrochen und der Beton aufgerissen werden, um das defekte Rohr zu finden und zu reparieren. Wie mit den Eisfeldern umzugehen ist, bleibt für den Wettbewerb offen. Es ist naheliegend, dass das westliche Eisfeld eingehaust wird und nur das andere offen bleibt. Dass mindestens ein Feld umhüllt wird, ist so gut wie sicher, und zwar wegen der Lärmvorgaben, die unter anderem wegen der 1000 geplanten Wohnungen in der unmittelbaren Nachbarschaft zur Anwendung kommen werden. Eine Einhausung ist auch aus energetischen Gründen sinnvoll: Die Eishockeysaison dauert länger als nur den Winter über. In der Kommission entbrannte eine Diskussion über den Sinn einer Eisnutzung ausserhalb der Wintermonate. Eine Einhausung ist in jedem Fall von Vorteil, die zukünftige Nutzung der Eisfelder ist noch nicht festgelegt. Ein optimales Szenario sieht vor, das östlich gelegene, 2017 sanierte Feld offen zu lassen, um für die verschiedenen Nutzungen sowohl ein überdachtes als auch ein nicht überdachtes Feld im Angebot zu haben. Ein weiteres Ziel der Sanierung besteht in der Verbesserung der Betriebsabläufe und der damit verbundenen Senkung der heute sehr hohen Betriebskosten. Der Gebäudekomplex im Weyermannshaus weist zurzeit mehrere Eingänge auf, deswegen braucht es mehrere Kassenhäuschen, was mit entsprechendem Personalbedarf und entsprechenden Kosten einhergeht. Es wird erwartet, dass die Betriebskosten dank neuer Lösungen markant gesenkt werden können. Nebst energetischen Vorgaben sind bei einem Umbau noch weitere gesetzliche Anforderungen umzusetzen; beispielsweise punkto Erdbebensicherheit oder punkto Hinderisfreiheit, wie sie das Behindertengleichstellungsgesetz verlangt. Und wenn man schon mal an der Arbeit ist, ist es sinnvoll, die restlichen Teile der Anlage zu optimieren und an zukünftige Anforderungen anzupassen. Die Nutzung der Abwärme des Eisfeldes für das Heizen des Hallenbads ist ein Beispiel dafür, aber es geht noch weiter: Schon heute wird der Rasen im Weyerli intensiv genutzt. Diese Fläche muss vergrössert werden, weil noch mehr Nutzer dazukommen werden: Westlich des Areals werden ca. 1000 Wohnungen entstehen, auf der anderen Seite wird der Campus der Berner Fachhochschule (BFH) gebaut, der Raum für ca. 6000 Studierende und Mitarbeitende bieten wird. Wenn schon nur ein Teil dieser Leute das Weyerli, das in unmittelbarer Nähe liegt, nutzen wird, liegt es auf der Hand, dass es dort eng wird. Darum ist eine neue Anordnung der Gebäude auf dem Gelände zwecks Flächenreduktion und Betriebsoptimierung notwendig. Ob dies durch einen Umbau oder einen Ersatzneubau geschieht, bleibt für den Wettbewerb offen. Auch durch die Umnutzung der weiteren Gebäude auf dem Gelände kann zusätzlicher Raum gewonnen werden, beispielsweise, indem man die Terrassen des heutigen Hauptgebäudes entfernt und den Take-Away- und Restaurantbetrieb in ein anderes Gebäude verschiebt. Das war früher einmal so, aber aus hygienischen Gründen ist eine Umnutzung der anderen Gebäude ohne Sanierung nicht möglich. Die Garderoben und die sanitären Anlagen sind auch nicht mehr sehr einladend. Ein Thema ist der Einbau einer Warmwasserleitung, denn heute gibt es dort teilweise nur Kaltwasser. Ein weiteres Thema ist die Offenlegung des Stadtbachs, der entlang dem nördlichen Rand und unter der nördlichen Ecke der Rasenfläche durchfließt. Bei allen neuen Projekten wird die Freilegung

des Stadtbachs grundsätzlich angestrebt. Da es erstaunlicherweise auch denkmalgeschützte Hügel gibt, würde eine Freilegung bedeuten, dass ein drei bis vier Meter tiefer Graben durch das Gelände gezogen werden müsste, einschliesslich eines Geländers, wegen der Absturzgefahr. Der Wettbewerb wird zeigen, wie es mit dem Stadtbach weitergeht. Teil des Projektierungskredits ist ein Mobilitätskonzept, welches in das Mobilitätskonzept zum Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Ausserholligen eingebettet sein muss. Auch hierzu sind noch viele Fragen offen, die im Verlauf der weiteren Planung beantwortet werden sollen.

Abschliessend noch ein Wort zu den finanziellen Aspekten: Der Projektierungskredit von 6,9 Mio. Franken wird von den geschätzten Anlagekosten von 57 bis 72 Mio. Franken abgeleitet. Dass er knapp an der Grenze von 7 Mio. Franken vorbeischrammt, ist dem Zufall geschuldet. Der Projektierungskredit schliesst die Ausführungsplanung ein, so dass am Schluss die Planung und das Baubewilligungsverfahren soweit gediehen sind, dass die Bauarbeiten direkt nach der Genehmigung des Baukredits beginnen können. Aufgrund der Einhausung des Eisfelds, der modernen Wasseraufbereitung im Hallenbad und weiterer Elemente wird das Projekt zu einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung für Projekte mit einem ökologischen Nutzen berechtigt sein. Deren Höhe kann derzeit noch nicht beziffert werden. Dieser Betrag muss zu einem späteren Zeitpunkt für jeden einzelnen Projektteil berechnet werden; diese Aufgabe ist Teil der Projektierung.

Die PVS beantragt dem Stadtrat mit 10 Ja-Stimmen einstimmig, den vorliegenden Projektierungskredit zu genehmigen.

Fraktionserklärungen

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: Für mich als Bümplizerin ist es ganz klar, dass der Westen ohne das Weyerli nur halb so attraktiv wäre; denn im Sommer lockt es mit dem wahrscheinlich grössten Freibad Europas und im Winter hat diese Anlage mit dem Hallenbad und mit der Eisbahn auch einiges zu bieten. Aber das Weyerli kommt langsam in die Jahre und muss dringend saniert werden: Die Kühlanlage des Eisfelds ist am Ende ihres Lebenszyklusses angelangt, das Hallenbad ist in einem schlechten baulichen Zustand und die Wasseraufbereitungsanlage wird ihren Dienst nicht mehr lange leisten können. Der vorliegende Kredit legt den Grundstein für die Projektierung einer umfassenden Sanierung. Leider ist vieles noch unklar, weil das Projekt in vielem davon abhängt, was auf den anliegenden Parzellen geschehen wird. Trotzdem will ich kurz zu einigen der angedachten Eckpfeiler Stellung nehmen: Im Weyerli gibt es zwei Eisflächen, von denen eine zwingend überdacht werden soll. Diese Massnahme ist zu begrüessen, da es ökologisch sinnvoller ist, ein Eisfeld drinnen anstatt draussen zu betreiben. Das gilt vor allem für Eishockeyfelder, deren Nutzung über die Wintermonate hinausreicht und schon im Herbst beginnt. Für das freie Eislaufen erscheint ein eingehaustes Feld als eher unattraktiv. Ein Aussenfeld bietet die Möglichkeit, sich auch im Winter draussen sportlich zu betätigen; gerade das macht das Schlittschuhlaufen als Breitensport attraktiv. Deswegen tendieren wir eher zu einer Lösung, bei der das zweite Eisfeld offen bleibt, sofern es sich einigermaßen ökologisch realisieren lässt. Und wenn wir schon beim Thema Ökologie sind: Hockeyspielen und Eislaufen im Sommer sind ein No-Go und müssen unbedingt aus dem Betriebskonzept gestrichen werden. Bei einer Anlage dieser Grösse sind natürlich auch die Erschliessung und das Mobilitätskonzept von Bedeutung. Leider liegt noch kein Mobilitätskonzept vor, da es den ganzen Perimeter des ESP Ausserholligen zu berücksichtigen gilt. Da das Weyerli durch den öV sehr gut erschlossen ist, erübrigt sich das Anreisen per Auto. Das steht so im Vortrag. Es ist also zwingend darauf hinzuarbeiten, dass die Besucherinnen und Besucher mit dem Velo oder per öV anreisen und dass möglichst wenige Parkplätze gebaut werden. Auf jeden Fall ist auf die Erstellung einer teuren unterirdischen Parkierungsanlage zu verzichten. Das neue Essenskonzept finden wir vernünftig, denn es

sieht mehr Möglichkeiten als bisher vor, damit die Gäste sich verpflegen können: Es soll beispielsweise möglich sein, im neuen Hallenbad zu picknicken. Das ist im Vergleich zur heutigen Anlage ein wesentlicher Vorteil, vor allem für Familien mit kleinen Kindern, die beim Baden meistens schnell hungrig werden. Durch die Zusammenlegung der Eingangsbereiche wird man beim Verlassen des Hallenbads auf ein grösseres Essensangebot stossen, als es der jetzige Snackautomat bietet. Auch das Restaurant bleibt erhalten, wenn auch an einem anderen Ort, somit wird man sowohl im Sommer als auch im Winter eine warme Mahlzeit zu sich nehmen können, was besonders im Winter, wenn man vom Eislaufen ganz durchgefroren ist, sehr angenehm ist.

Wir stimmen diesem Projektierungskredit zu und sind gespannt, wie die noch offenen Fragen im weiteren Projektverlauf gelöst werden.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst die gemeinderätlichen Vorwärtsstrategie für die Sanierung der städtischen Infrastruktur und wir werden dem Projektierungskredit in der Höhe von 6,9 Mio. Franken für die Erneuerung der Sport- und Freizeitanlage Weyermannshaus zustimmen. Das Weyerli wird sowohl im Sommer als auch im Winter von Jung und Alt rege genutzt, sei es zum Schwimmen oder zum Eislaufen und seit diesem Sommer auf für Beachvolleyball. Das Weyerli erfüllt auch eine wichtige Naherholungsfunktion für die angrenzenden Quartiere und den ganzen Stadtteil als frei zugänglicher Park, der zum Verweilen einlädt, ohne Eintrittsgebühr und Konsumzwang. Wie im Vortrag des Gemeinderats steht, beinhaltet der Projektierungskredit die Erneuerung der Eisflächen, des Hallenbads und des Aussenraums. Der Baubeginn soll im ersten Quartal 2022 erfolgen, mit Bauende 2025. Im Rahmen eines separaten Projekts wird die dringend erforderliche Verbesserung der Wasseraufbereitung und der Abdichtung des Freibadbeckens Ende 2019 in Angriff genommen; diese Massnahmen werden bis 2021 abgeschlossen sein. Diese Zerstückelung der Projekte ist äusserst unglücklich und führt zu einer mehrjährigen Beeinträchtigung für die Bevölkerung. In der Kommunikation zur städtischen Wasserstrategie hat der Gemeinderat ausführlich erläutert, weshalb eine Staffelung der diversen Projekte erforderlich ist: Die Ka-We-De kann erst saniert werden, wenn das Weyerli fertiggestellt ist usw. Somit lässt es sich leider nicht vermeiden, dass die Sanierung gestaffelt vonstattengeht. Wir anerkennen diese besondere Situation und hoffen, dass solches in Zukunft nicht mehr vorkommt. Fragen gab es im Hinblick auf den Hallenneubau, beziehungsweise den Teilneubau, den zentralen Eingang für die gesamte Anlage sowie die ganzjährige Zugänglichkeit des Freibadparks. Die offene Formulierung des Projektauftrags und die Prüfung der sich mit dem Campus der BFH und mit der Arealentwicklung Weyermannshaus-West bietenden Chancen und Möglichkeiten sind zielführend und angebracht; dazu das Stichwort «Mobilitätskonzept». Diese Projektierung weckt grosse Erwartungen hinsichtlich kreativer und innovativer Lösungen, die zu einer Verbesserung der ganzjährigen Nutzung und zu einer Attraktivitätssteigerung der gesamten Anlage führen sollen. Mit den Arealentwicklungen westlich und östlich vom Weyerli stehen uns gewichtige städtebauliche Entscheide bevor, die den Aussenraum über mehrere Jahrzehnte prägen werden. Das ist keine leichte Aufgabe. Aufgrund der Antworten der Verwaltung sind wir überzeugt, dass die verschiedenen Anliegen wahrgenommen und wohlwollend geprüft werden. Wir sind gespannt auf das Ergebnis und bitten Sie, dem beantragten Projektierungskredit zuzustimmen.

Kurt Rügsegger (SVP) für die SVP-Fraktion: Unsere Fraktion kann dem Projektierungskredit von 6,9 Mio. Franken ebenfalls zustimmen. Wir sind erfreut, dass es mit der Eis- und Wasserstrategie um einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung vorangeht. Es ist an der Zeit, dass die Anlage im Weyermannshaus, die langsam ins Alter kommt, saniert wird. Es ist wichtig, dass diese Arbeiten vorangebracht werden, weil weitere Projekte, nämlich die Sanierung

der Eisbahn in der Ka-We-De und der Bau der neuen 50m-Schwimmhalle im Neufeld anstehen. Daher ist es zwingend, dass der Gemeinderat in Sachen Weyermannshaus einen Schritt getan hat, und aus diesem Grund kann man dieses Projekt nur unterstützen. Anlass zur Sorge bereitet uns jedoch das Mobilitätskonzept. Bei der Beratung in der PVS wurde uns in Aussicht gestellt, dass es bis September 2018 vorliegen wird. Da die Mobilitätsstrategie bis heute nicht vorliegt, wäre es zu begrüßen, wenn wir dazu ein paar mündliche Informationen bekämen. Ein wichtiger Aspekt bei diesem Thema ist, dass die Sportler häufig mit dem Auto anreisen, insbesondere die Eishockeyspieler, die etliches Material transportieren müssen. Auch für sie wäre es wichtig zu wissen, wie die Parkplatzsituation aussehen wird. Allenfalls muss man das nötige Geld für den Bau eines unterirdischen Parkhauses in die Hand nehmen. Aber das stellt kein Problem dar, wenn man dieses Parkhaus als Angebot für den gesamten ESP Ausserholigen betrachtet. Ich bitte die zuständige Gemeinderätin um Auskunft zum Stand des Mobilitätskonzepts. Vom Projektwettbewerb erhoffen wir uns sowohl für das Hallenbad als auch für die Eisbahn eine gute Lösung, die sich aber in vernünftigen Rahmen bewegen muss; denn es geht schliesslich auch darum, dieses Projekt der Stimmbevölkerung plausibel zu machen. Die Kosten sind ausschlaggebend für die Unterstützung oder die Ablehnung des Projekts.

Danielle Cesarov-Zaugg (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wir stimmen dem Projektierungskredit wohlwollend zu. Wir erwarten gespannt das Resultat, das der Wettbewerb erbringen wird. Es ist wichtig, dass die geplanten Entwicklungen im Umfeld des Weyerlis in die Planung einfließen, denn auch die Bewohnerinnen und Bewohner der neuen Wohnsiedlung und die Studierenden des neuen Campus sollen vom rundumerneuten Weyerli profitieren können.

Einzelvotum

Timur Akçasayar (SP): Als Vertreter von Bümpliz, Bethlehem und Oberbottigen freut es mich besonders, dass die Sanierung unseres Weyerlis endlich angegangen wird und unser Quartierbad für die Zukunft fit gemacht wird. Ich möchte folgenden Wunsch an die Adresse des Gemeinderats und der zuständigen Verwaltungsstellen formulieren: Die Nutzung des Weyerlis wird durch die Bauarbeiten während mehrerer Jahre eingeschränkt sein. Das Quartier und der Stadtteil wünschen, dass während der Sanierungen, insbesondere während der Schliessung des Freibadbeckens, ein niederschwelliges Alternativangebot für die Bevölkerung wohlwollend geprüft und auch realisiert wird.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Danke für die gute Aufnahme dieses Geschäfts. Auch wir sind froh, dass dieses Projekt nunmehr angegangen werden kann. Das Weyerli ist eine grosse Anlage, entsprechend gross ist die Aufgabe, die auf uns zukommt. Der Projektierungskredit liegt knapp unter der Grenze zum obligatorischen Referendum. Man kann sagen, dies liege daran, dass die Anlage gross ist, aber man kann auch sagen, dass es an der Zeit ist, über die Kompetenzgrenzen zu diskutieren. Es geht um den Projektierungskredit, die Planungsarbeit liegt noch vor uns. Das Weyerli liegt mitten in einem dynamischen Gebiet. Im nahen Umfeld sind weitere Entwicklungen geplant. Die im Hinblick auf die Mobilität oder die Beurteilung der Lärmemissionen geltenden Bedingungen entwickeln sich laufend fort. Darum ist es wichtig, dass wir bei der Projektierung frei sind und nicht jetzt schon durch Vorgaben zur Mobilität oder zur Gestaltung der Einhausung des Eisfelds eingeschränkt sind. Es ist naheliegend, dass die Einhausung aus Gründen des Lärmschutzes eher im westlichen Bereich angesiedelt sein wird, damit sie als Lärmriegel zur angrenzenden Wohnsiedlung wirkt. Dies ist eine Rahmenbedingung für das Wettbewerbsprogramm. Da zugleich die Sanierung des Beckens im Freibad ansteht, wird eine sehr grosse Baustelle im Weyerli entstehen. Wir sind bestrebt, Alternativangebote zur Verfügung zu stellen. Es darf nicht sein, dass plötzlich gar

kein Angebot mehr existiert. Ziel ist es, eine attraktive Anlage zu erschaffen. Das Weyerli soll für die nächsten 50 Jahre fit gemacht werden. Wir alle können auf die Resultate, die die Projektierung erbringen wird, gespannt sein. Das Mobilitätskonzept und dessen Rahmenbedingungen sind derzeit noch in Arbeit. Wir werden Sie selbstverständlich informieren, wenn diese Arbeiten abgeschlossen sind. Die Rahmenbedingungen zum ESP entwickeln sich laufend, sie wirken sich direkt auf das Mobilitätskonzept zum Weyerli aus.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Die Aufteilung in verschiedene Projekte und die zeitlich lang andauernde Belastung des Weyerlis lassen sich nicht wegdiskutieren. Von Seiten des Sportamts und der BSS besteht daher der Wunsch, auch bei der Projektierung der Erneuerung der Kunsteisbahn und des Hallenbads eine Etappierung vorzusehen. Solange die Eishockeyhalle im Weyerli nicht gebaut ist, kann die Sanierung der Ka-We-De nicht starten, und solange die neue Schwimmhalle nicht steht, kann mit der Sanierung des Hallenbads im Weyermannshaus nicht begonnen werden. Deswegen ist die Überlegung, die Einhausung des Eishockeyfeldes als erstes Projekt an die Hand zu nehmen, sinnvoll, weil die anderen Projekte dadurch schneller umgesetzt werden können. Timur Akçasayar hat den Wunsch geäußert, dass Alternativangebote geprüft werden, die während der Bauarbeiten zur Sanierung des Freibadbeckens zur Verfügung gestellt werden können. Wir haben die gewünschte «wohlwollende Prüfung» bereits vorweggenommen: Diese Woche haben wir gemeinsam mit Hochbau Stadt Bern (HSB) überlegt, welche Rasenflächen in der Umgebung nicht für Bauplätze beansprucht werden, um allenfalls im unberührten Teil des Parks im Weyerli ein Alternativangebot zur Verfügung zu stellen. Möglicherweise kommt dafür auch der Brünnpark infrage. Wir denken darüber nach, ob sich die Idee der «Bagni Popolari», die während der Bauzeit für das neue Thermalbad in der Stadt Baden angeboten werden, auf den Berner Westen übertragen lässt. Die temporären Gratis-Becken in Baden werden nahezu während 24 Stunden rege benutzt und erfreuen sich grosser Beliebtheit. Speziell den Kindern muss im Sommer, während am Schwimmbecken im Weyerli gearbeitet wird, eine Alternative angeboten werden, damit sie auch in dieser Saison die Möglichkeit haben, mit Wasser zu spielen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Sport- und Freizeitanlage Weyermannshaus.
2. Der Stadtrat stimmt dem Projektierungskredit zu (69 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 076*

2017.PRD.000055

11 Einbau Quartierküche im Personalhaus Zieglerspital; Baukredit

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Einbau Quartierküche im Personalhaus Zieglerspital; Baukredit.
2. Für die baulichen Massnahmen wird ein Baukredit von Fr. 2 860 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto PB17-001, bewilligt. Der Projektierungskredit von Fr. 150 000.00 ist im Baukredit eingerechnet.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 16. Mai 2018

Antrag SVP auf Nichteintreten

Auf die Vorlage sei nicht einzutreten.

Rückweisungsantrag SVP Nr. 1

Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, dass die Vergabe an private Anbieter wieder geprüft wird (vorgängige Ausschreibung: zentral und dezentral für einzelne Standorte).

Rückweisungsantrag SVP Nr. 2

Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, dass private Anbieter nicht von der durch Steuermittel unterstützten Quartierküche konkurrenziert werden dürfen.

Eventualantrag SVP zu Rückweisungsantrag Nr. 2

Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, dass abgeklärt werden muss, wie die privaten Anbieter durch die mit Steuermitteln unterstützte Quartierküche konkurrenziert werden und was für Folgen dies hat.

Rückweisungsantrag SVP Nr. 3

Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, dass keine Wettbewerbsverzerrung mit den privaten KITAS erfolgen darf.

Eventualantrag SVP zu Rückweisungsantrag Nr. 3

Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, dass abgeklärt werden muss, was für Auswirkungen die mit Steuermitteln unterstützte Quartierküche auf die privaten KITAS hat.

Ergänzungsantrag SVP

Die Quartierküche bietet ausgewogene Ernährung an, nicht nur hauptsächlich vegetarische Ernährung; zumindest an 4 von 5 Tagen gibt es wahlweise auch kindergerechte Verpflegung, mit Fleisch, Fisch und Geflügel.

Ergänzungsantrag PVS Nr. 1

Mit der Suche nach weiteren Abnehmern für Mahlzeiten aus der neuen Produktionsküche wird nicht bis Inbetriebnahme zugewartet, sondern sofort gestartet.

Ergänzungsantrag PVS Nr. 2

Die Küchengeräte, welche sich aktuell in der ehemaligen Spitalküche befinden und durch neue ersetzt werden, sollen an Restaurationsbetriebe oder andere Abnehmer verkauft / abgegeben (je nach Zustand) und nicht verschrottet werden.

Ergänzungsantrag FDP/JF

Die Lieferung der vorbereiteten Mahlzeiten ist durch Cargo-Bikes (allenfalls Cargo-E-Bikes) umweltverträglich durchzuführen.

Antrag Lindgren/Schild

Gleich lange Spiesse im Wettbewerb zwischen städtischen und privaten Kitas!
Kürzung des Baukredits um $3 \times 45\,000 = 135\,000$ Franken für den Einbau der neuen Küchenausstattung in städtischen Kitas.

PVS-Referentin *Milena Daphinoff* (CVP): Wir befinden heute über den Baukredit für den Einbau einer Quartierküche im Personalhaus des Zieglerspitals zulasten der Investitionsrechnung im Rahmen von 2,86 Mio. Franken. Die Ausgangslage bei diesem Geschäft besteht zum

einen in der Ablösung des Caterings von «Menu & More» und zum anderen im Grundsatzentscheid der Stadt, die Kinderbetreuungsstätten und die Tagesschulen selbst mit Essen zu beliefern; dafür braucht es eine entsprechend grosse Quartierküche. Die neue Quartierküche wird 17 Aussenstandorte, also 3 Kitas und 14 Tagesschulen, beliefern. Als Ort für den Einbau der Quartierküche wurde das ehemalige Zieglerspital ausfindig gemacht. Das Personalhaus des ehemaligen Zieglerspitals ist optimal geeignet, weil im Untergeschoss bereits eine Küche mit einer gewissen Infrastruktur vorhanden ist, so dass, im Vergleich zu einem Lokal ohne bestehende Kücheninfrastruktur, für das alle Geräte neu angeschafft werden müssten, bis zu einem Drittel der Kosten eingespart werden kann. Es handelt sich jedoch nur um eine Zwischennutzung. Aktuell sind fünf Jahre garantiert, aber es zeichnet sich ab, dass die Zwischennutzungsdauer auch länger dauern kann. Ein positiver Nebeneffekt oder vielmehr ein Ziel des Grundsatzentscheids für das Modell «Vielfalt» besteht darin, dass nicht nur selbst zubereitete Mahlzeiten hergestellt werden, sondern auch neue Stellen für das Kompetenzzentrum Arbeit (KA) geschaffen werden. Es entspricht dem Integrationsauftrag des Gemeinderats, vor allem Asylbewerbern und Sozialhilfebeziehenden Ausbildungen im Gastgewerbe anzubieten. Die neue Küche entsteht in dem Trakt des Zieglerspitals, in dem früher die Waschküche, die Küche und weitere Infrastrukturen untergebracht waren. Die Küche befindet sich zwar im Untergeschoss, weist aber wegen der Hanglage viele Fenster auf und ist lichtdurchflutet. Sie ist grosszügig angelegt, man kann einen Teil der vorhandenen Fläche nutzen und es gibt noch Potenzial für einen Ausbau. Zur nötigen Grundausstattung gehört ein Ausbildungsraum, der neu geschaffen werden soll. Dieser Raum wird mit Computern ausgestattet, damit sich die Mitarbeitenden selbst weiterbilden können, er wird aber auch als Pausenraum dienen. Beim vorliegenden Geschäft geht es vor allem um bauliche Anpassungen und um neue Küchengeräte. Weil es sich um eine Zwischennutzung handelt, achtet man darauf, Küchenapparate anzuschaffen, die an einen anderen Standort versetzt werden können. Für den Ausbildungsraum ist eine Raumtrennung garantiert. Dazu kommen weitere bauliche Anpassungen: Die Decke etwa muss neu gemacht werden, ebenso der Boden, der zwar noch gut aussieht, aber nicht mehr der Norm entspricht. Neben den baulichen Anpassungen im Zieglerspital braucht es auch Anpassungen bei den Abnehmerküchen. Die baulichen Anpassungen an den 17 Standorten, die beliefert werden, kosten 770 000 Franken, das sind durchschnittlich ca. 45 000 Franken pro Standort. Dieser Aufwand hängt zusammen mit dem für die Mahlzeitenzubereitung gewählten Verfahren. «Menu & More» lieferte das Essen in Wegwerfschalen und die Mahlzeiten wurden im Steamer erwärmt. Künftig kommt das «Cook & Chill»-Verfahren zum Einsatz: Nach dem Kochen werden die Mahlzeiten gekühlt ausgeliefert. An den Bestimmungsorten braucht es Kühlgeräte, Steamer, Spülbecken, Geschirrspülmaschinen sowie Arbeitsflächen und Möbel zur Aufbewahrung von Geschirr und Besteck. An gewissen Standorten ist die nötige Ausrüstung fast komplett vorhanden, an anderen muss die Infrastruktur erst noch aufgebaut werden.

Zum Betrieb der Produktionsküche: Es werden Arbeitsplätze für Ausbildner und Auszubildende geschaffen, insgesamt sind es fünf Vollzeitstellen, zwei Lehrstellen und bis zu 24 Qualifizierungsplätze. Es wird täglich gekocht, die Auslieferung erfolgt zweimal wöchentlich. Die Auslastung der Küche stellt einen Wermutstropfen dar: Die Kapazität der Anlage wird längst nicht ausgeschöpft. Das Bestellvolumen liegt aktuell bei etwas mehr als 110 000 Mahlzeiten pro Jahr; dies sind knapp zwei Drittel dessen, was es braucht, um kostendeckend zu arbeiten. Ziel des Gemeinderats ist es, die Kostendeckung bis in drei Jahren zu erreichen. Von ihrer Grösse und Konzeption her könnten in der Quartierküche bis zu 195 000 Mahlzeiten pro Jahr produziert werden. Wenn man das vorhandene Potenzial voll ausnutzen würde, könnten noch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Standort Zieglerspital könnte zu einem sogenannten «Hub» ausgebaut werden, von dem aus weitere familienergänzende Betreuungseinrich-

tungen in der ganzen Stadt mit frischem, nachhaltigem, aus regionalen Zutaten zubereitetem Essen versorgt werden könnten.

Die PVS empfiehlt dieses Geschäft mit 8 Ja- gegen 1 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, zur Annahme.

Zu den Ergänzungsanträgen der PVS: Beide Anträge stehen unter dem Motto «Potenzial ausschöpfen, Kosten senken und nachhaltig denken». Der erste Antrag verlangt, sofort mit der Suche nach neuen Abnehmern zu starten, anstatt bis zur Inbetriebnahme der Quartierküche zuzuwarten. Beim zweiten Antrag geht es um die im Zieglerspital vorhandene Kücheneinrichtung: Es handelt sich um riesige Töpfe und Gasherde, die zwar aus den 70er-Jahren stammen, aber da es sich dabei um fast unverwüstliche Gerätschaften in bestem Zustand handelt, die schwer zu finden sind, dürfen diese keinesfalls verschrottet, sondern müssen wiederverwendet werden.

Alexander Feuz für die Antragstellerin SVP-Fraktion: «Qui bono?» – Wem soll dieses Projekt nützen? Dieses Projekt nützt nicht den Kindern, sondern in erster Linie dem KA. Dieses Projekt steht vollkommen quer in der Landschaft – das sage ich als einer, der selbst gerne kocht und zwar einigermassen gut – und ist ausserdem gewerbefeindlich. Unsere Fraktion hat das Catering aus Zürich nie als gute Lösung betrachtet. In einer Stadt der kurzen Wege sollten die Mahlzeiten lokal, in Zusammenarbeit mit den Restaurantbetrieben vor Ort, produziert werden. Das wäre eine pragmatische Lösung, bei der man für jeden Einzelfall eine gute Lösung mit Auswahlmöglichkeiten finden könnte. Aber nein, die Stadt will eine zentrale Lösung schaffen. Es geht dabei primär darum, dass das KA seine Leute beschäftigen kann. Was die Kinder essen und welche Qualität die Mahlzeiten haben, ist zweitrangig. Es sollen vornehmlich vegetarische Mahlzeiten zubereiten werden. 9,5 Franken sind ein stolzer Preis für ein paar Nudeln mit Brokkoli oder «Hörnli» mit Karotten. All diese Gründe sprechen für das Nichteintreten auf diese unsinnige Vorlage. Für den Fall, dass unser Antrag auf Nichteintreten abgelehnt wird, stellen wir diverse Rückweisungsanträge: Der Antrag Nr. 1 verlangt die Rückweisung mit der Auflage, dass die Vergabe an private Anbieter geprüft wird. Nach vorgängiger Ausschreibung kann eine Vergabe an einen zentralen Anbieter, beispielsweise an den Zürcher Frauenverein, erfolgen, oder – noch besser – an dezentrale Anbieter, also lokale Wirte, Restaurants oder Betriebskantinen in der Nähe der einzelnen Standorte. Ein solches Arrangement würde den Kindern am meisten nützen und wäre um ein Vielfaches besser als die vorgesehene Lösung, bei der die vorgekochten Mahlzeiten quer durch die ganze Stadt gekarrt werden müssen. Der Rückweisungsantrag Nr. 2 zielt auf den Umstand, dass private Anbieter durch eine mit Steuermitteln unterstützte öffentliche Quartierküche konkurrenziert werden. Wir wollen die lokalen Betriebe fördern. Sie sollen nicht konkurrenziert werden von einem Betrieb, der von den speziell für das KA geltenden Konditionen profitiert. Wie in unserem Rückweisungsantrag Nr. 3 und auch im Antrag Lindgren/Schild ausgeführt wird, erwächst den privaten Kitas daraus ein Nachteil, weil sie wesentlich höhere Preise für die teuren veganen Menus bezahlen müssen. Mit dem Rückweisungsantrag Nr. 3 versuchen wir zu verhindern, dass es zu einer Wettbewerbsverzerrung für die privaten Kitas kommt. Wenn die städtischen Kitas die Menus zu 9,5 Franken verrechnen, die privaten Anbieter dagegen 11,5 Franken oder 12,5 Franken verlangen müssen, sind sie nicht mehr konkurrenzfähig. Auf diese Weise werden sowohl die städtischen Betreuungseinrichtungen als auch das KA mit Steuermitteln unterstützt. Man schlägt somit zwei Fliegen auf einen Streich und kann erst noch die privaten Anbieter vom Markt verdrängen, was für gewisse Leute ein willkommener Nebeneffekt wäre. Der Eventualantrag zum Rückweisungsantrag Nr. 3 ist weniger scharf formuliert, indem verlangt wird, dass abgeklärt wird, welche Auswirkungen die städtische Quartierküche auf die privaten Kitas zeitigen wird und ob es zu einer Wettbewerbsverzerrung kommt. Die Mitte-Parteien und die FDP sollten zumindest diesen Antrag unterstützen, denn es geht nicht an, dass man einerseits das Hohe-

lied der freien Marktwirtschaft predigt, aber andererseits den privaten Kitas, die durch das Gutscheinsystem gefördert werden sollen, den Dolch in den Rücken stösst. Genau darum geht es nämlich: Man will die privaten Kitas, für die wir uns eingesetzt haben, über ein Nebengeleise ausbremsen. Seien Sie vorsichtig, denn diese Vorlage ist äusserst raffiniert, wenn man deren Konsequenzen nicht in ihrer Gänze erfasst!

Des Weiteren stellt unsere Fraktion einen Ergänzungsantrag, der darauf zielt, dass unseren Kindern eine ausgewogene Ernährung zuteilwird. Es geht nicht an, dass nur an einem von fünf Tagen Fleisch serviert wird. Wir fordern, dass mindestens an vier Tagen eine kindergerechte Verpflegung mit Fleisch, Fisch und Geflügel auf den Tisch kommt. Hans Ulrich Gräni-cher hat mir vorhin von einem Menu erzählt, das den Kindern vorgesetzt wird, nämlich Nudeln mit Apfelmus. Jede dieser Zutaten für sich ist in Ordnung, aber wenn man beide zusammen-mischt, ergibt dies eine schreckliche Kombination, zumindest nach meinem Geschmack. Die armen Kinder sollen zwangsweise vegetarisch ernährt werden. Das ist ein gewaltiger Nachteil des geplanten Speiseangebots! Im Gegensatz dazu kann ein privater Anbieter, beispielweise ein Restaurantbetrieb, immer eine Wahlmöglichkeit mit Fleisch oder Fisch anbieten. 9,5 Fran-ken für ein Kindermenü sind einfach zu viel. In einem privaten Restaurant kann man zu einem geringeren Preis viel bessere Kindermenüs, inklusive Fleisch, bekommen. Bitte stellen Sie sich die Frage, wem diese Vorlage nützt: Ist es wichtiger, unseren Kindern eine kindergerechte und gesunde Ernährung zu bieten oder geht es darum, dem KA die Möglichkeit zu geben, Ausbildungsplätze für Köche zu bieten, die auf Kosten der Mägen der Kinder gehen? Ich bin mit diesem Konzept und mit dem Leitfaden in keiner Weise einverstanden. Ich setze mich dafür ein, dass abgeklärt wird, ob die Kinder in den umliegenden Gemeinden auch zwangsve-getarisch beziehungsweise -vegan ernährt werden, was höchstwahrscheinlich nicht zutrifft. Was die Ernährung im Militärdienst und sogar in den Gefängnissen anbelangt, bestehen Vor-schriften, die eine bestimmte Anzahl von Mahlzeiten mit Fleisch – Wurstwaren gehören nicht in diese Kategorie – vorschreiben. Ich war im Militär Batteriekommandant und kenne mich mit den Beträgen aus, die für den Einkauf von Nahrungsmitteln für eine Truppe zu veranschlagen sind. Mit aufgewärmten, veganen Kindermenüs zum Preis von 9,5 Franken verspricht das Ganze auch finanziell ein lukratives Geschäft für die Stadt zu werden. Die Methode des Sous-vide-Garens ist an sich eine glatte Sache, die ich selbst auch manchmal praktiziere, aber wenn die Menüs jeden Tag nach dieser Methode zubereitet werden, kommt dabei keine quali-tativ gute Ernährung heraus, ganz zu schweigen davon, dass die Nahrungsmittel während des Transports leiden. So etwas darf in einer Stadt der kurzen Wege nicht sein!

Barbara Freiburghaus (FDP) für die Antragstellerin Fraktion FDP/JF: Der Gemeinderat hält im Stadtentwicklungskonzept (STEK) und im Zusatzbericht zur Mobilität fest, dass er das Ziel anstrebt, dass Bern eine Stadt des Langsamverkehrs wird. Uns allen ist die Velo-Offensive bekannt und auch die Tatsache, dass der Gemeinderat Cargo-Bikes subventioniert. Zudem hat ein Mitglied des Gemeinderats erst vor Kurzem wieder erklärt, dass die Stadt eine Vorbild-funktion zu erfüllen hat. Vor diesem Hintergrund erstaunt es einen sehr, dass der Gemeinde-rat die Auslieferung der in der neuen Quartierküche vorproduzierten Mahlzeiten mit dem Auto ausführen lassen will, und das zweimal pro Woche, quer durch die ganze Stadt. Sonst sind die Autos ja sowas von verpönt, aber wenn die Stadt sie einsetzt, ist alles okay. Wir erwarten, dass der Gemeinderat mit gutem Beispiel vorangeht, indem er die Auslieferung mittels Cargo-Bikes organisiert. Dass die Kühlkette nicht unterbrochen werden darf und dass das Trans-portgut ein gewisses Gewicht hat, sind unzureichende Argumente. Bei kurzen Wegen wird die Kühlkette nicht unterbrochen; der schnelle Weg von A nach B wird einzig durch die vielen Tempo-30-Zonen in unserer Stadt verzögert. Dem Problem mit den Lasten kann begegnet werden, indem man diese auf mehr Fahrten verteilt. Dies stellt mit den ökologisch unbedenk-lichen Cargo-Bikes kein Problem dar, zudem wird der positive Effekt auf die Fitness dadurch

noch verstärkt. Diese Faktoren kommen etwas zu kurz, wenn die Transporte mittels Cargo-E-Bikes stattfinden, aber aufgrund der topografischen Gegebenheiten in der Stadt Bern sehen wir davon ab, nur durch Muskelkraft betriebene Cargo-Bikes als Transportfahrzeuge zu fordern. Wir sind voller Hoffnung, dass unserem Antrag – mit Blick auf die Legislaturziele des Gemeinderats – zugestimmt wird.

Maurice Lindgren (JGLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Wir betrachten diesen Kreditantrag mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Wir begrüssen, dass eine ökologische Lösung mit Mehrweggeschirr vorliegt und dass Arbeitsplätze für Leute, die es auf dem freien Arbeitsmarkt nicht leicht haben, geschaffen werden. Wir bedauern jedoch, dass man zum Schluss gekommen ist, dass die vorgesehenen Leistungen vom Staat erbracht werden müssen und auf dem freien Markt nicht erhältlich sind. Dass man nicht einmal versucht hat, eine Ausschreibung mit entsprechenden Kriterien zu lancieren, finden wir mutlos. Ein weiterer Schwachpunkt ist die drohende Wettbewerbsverzerrung unter den öffentlichen und den privaten Kitas, deswegen haben wir einen entsprechenden Antrag eingereicht. Öffentliche Kitas sind unabhängige Organisationen, die zwar von der Stadt betrieben werden, aber eigentlich als externe Bezüger zu betrachten sind. Die Ausstattung der Küchen dieser externen Bezüger kann nicht in den Baukredit für die Quartierküche hineingepackt werden, sondern gehört als Investition bei den betreffenden Kitas verbucht, die eigenständige Rechnungen führen. Für den Ausbau der Kücheninfrastrukturen in den einzelnen Kitas müsste der Gemeinderat einen separaten Kredit sprechen; dabei ist unbedingt zu beachten, dass die städtischen Kitas gegenüber den privaten Kitas nicht wirtschaftlich bevorteilt werden, indem sie in den Genuss von finanziellen Leistungen kommen, die den privaten Betrieben nicht zugutekommen. Es gilt, das Prinzip der gleich langen Spiesse im Wettbewerb nicht zu verletzen.

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die SVP-Fraktion: Wir lehnen diese Vorlage ganz klar ab. Zu den Anträgen: An sich wäre es verlockend, dem Antrag der FDP/JF, die Lieferung der vorgefertigten Mahlzeiten mit Cargo-Bikes durchzuführen, zu folgen. Da die Stadt dieses Transportmittel immer propagiert, bietet sich ihr hier eine Möglichkeit, mit gutem Beispiel voranzugehen. Aber mein Herz schlägt für die Kinder, denen wir keinen veganen Frass, der kalt transportiert und danach wieder aufgewärmt wird, zumuten dürfen. Bei aller Sympathie für diesen bestimmt ironisch, als Nagelprobe für Rot-Grün gemeinten Antrag werden wir diesen dennoch ablehnen. Das Cargo-Bike-System hat seine Grenzen. Dass die «Gelateria di Berna», die Bäckerei «Glatz» oder gewisse Zeitungen ihre Produkte per Cargo-Bikes verteilen, ist sinnvoll, aber für die Menge an Speisen, die die Quartierküche herstellen soll, eignen sich Cargo-Bikes nicht. Diejenigen, die damit herumradeln müssten, würden Sklavenarbeit leisten. Ein Kompromiss wäre es vielleicht, dass die Leute des KA nur für den Transport von der Quartierküche zu den einzelnen Kitas eingesetzt werden, ohne zusätzlich noch in der Küche schufteln zu müssen. Den Antrag von Maurice Lindgren und Marianne Schild können wir unterstützen, da er in unsere Richtung zielt. Aber ich fordere Sie auf, konsequent zu sein: Wenn Sie die privaten Kitas wirklich unterstützen wollen, müssen Sie diese Vorlage ablehnen. Oder besser noch: Unterstützen Sie unsere Rückweisungsanträge, um dieses Anliegen in aller Konsequenz durchzusetzen!

Barbara Freiburghaus (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Für uns stellt sich die Frage, ob es wirklich eine städtische Aufgabe ist, eine Produktionsküche von solchem Ausmass zu betreiben. Wohlgedemerk, es handelt sich dabei nur um ein Provisorium, für das Kosten von 2,86 Mio. Franken veranschlagt sind. Es trifft zu, dass das «Menu & More»-System abgelöst werden

soll, aber es gibt bestimmt private Anbieter in Bern und Umgebung, die die Kitas beliefern können. Bei der damaligen Ausschreibung meldeten sich auch Anbieter aus Bern für den Auftrag, der schliesslich nach Zürich vergeben wurde. Die vom Gemeinderat gewählte Vorgehensweise ist ärgerlich, da kostenintensiv: Sie zieht nicht nur hohe Kosten für die Küchenausstattung und den Umbau im Zieglerspital nach sich, sondern auch noch Kosten von 770 000 Franken für die Aufbereitung der Mahlzeiten in den Aussenstellen. Wir unterstützen den Antrag Lindgren/Schmid auf Kürzung des Baukredits. Ein weiteres Ärgernis bei diesem Geschäft besteht darin, dass der Gemeinderat nicht versuchen will, die sich heute im Gebrauch befindlichen Gerätschaften weiterzuverkaufen und lediglich Mehraufwände plant. So darf man mit Steuergeldern nicht umgehen! Alle Beteiligten müssen ein besonderes Augenmerk darauflegen, dass keine privaten Anbieter unterboten oder gar ausgeschaltet werden, durch den Umstand, dass die Stadt eine Küche baut, die Mehrkapazitäten aufweist, für die zusätzliche Abnehmer gesucht werden. Milena Daphinoff und ich haben versucht, diesen Entwicklungen mittels der Ergänzungsanträge, die namens der PVS eingereicht worden sind, entgegenzusteuern. Unsere Fraktion kann die Rückweisungsanträge der SVP nicht unterstützen. Mit der Forderung, dass private Anbieter nicht konkurrenziert werden dürfen und dass der Wettbewerb unter den städtischen und privaten Kitas nicht verzerrt werden darf, sind wir einverstanden. Dementsprechend können wir die Eventualanträge, die eine Überprüfung fordern, unterstützen, aber eine Rückweisung des Geschäfts geht uns zu weit. Dem Ergänzungsantrag der SVP stimmen wir zu, denn wir teilen die Ansicht von Alexander Feuz, dass eine hauptsächlich vegetarische oder sogar vegane Ernährung nicht kindergerecht ist. Weil uns vor allem die Idee mit den Ausbildungs- und Qualifikationsangeboten überzeugt, werden wir diesem Geschäft, trotz unserer Vorbehalte, zustimmen.

Maurice Lindgren (JGLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Unsere Fraktion stimmt dem Ergänzungsantrag Nr. 1 der PVS zu. Die Produktionsküche soll möglichst bald voll ausgelastet sein, damit sie sich selbst finanzieren kann. Zwar äusserte der Gemeinderat gegenüber der Kommission Bedenken, im Sinne, dass eine frühzeitige volle Auslastung der Quartierküche das Risiko berge, dass die versprochene Leistung nicht von Anfang an erbracht werden könne. Aber der Antrag Nr. 1 der PVS ist offen formuliert und verlangt lediglich, dass die Suche nach neuen Abnehmern umgehend gestartet werden soll. Dem PVS-Ergänzungsantrag Nr. 2 stimmen wir ebenfalls zu. Zum Antrag der FDP/JF: Wir begrüssen, dass die FDP/JF die Verkehrspolitik der Stadt Bern anerkennt. Wir finden den Ansatz gut, dass beim Transport auf umweltfreundliche Lösungen gesetzt werden soll, aber im vorliegenden Fall sind Cargo-Bikes nicht die geeignete Lösung. Wir schlagen vor, anstatt auf Autos mit Verbrennungsmotoren auf Transportfahrzeuge mit elektrischem Antrieb zu setzen. Die Rückweisungsanträge der SVP lehnen wir allesamt ab. Eine Rückweisung geht zu weit, denn so schlecht ist diese Vorlage nicht. Wir stimmen dem Baukredit zu und danken für die Unterstützung unseres Antrags.

Marieke Kruit (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion stimmt dem beantragten Baukredit von 2,86 Mio. Franken zu. Wir sind überzeugt, dass die Quartierküche im Personalhaus des Zieglerspitals sehr viele Chancen bietet und zwei Dinge sinnvoll miteinander verknüpft: Zum einen kommt es zur Ablösung des «Menu & More»-Systems. Das Essen wird wieder in Bern produziert, was weitaus nachhaltiger ist. Zum anderen wird den Klientinnen und Klienten des KA die Möglichkeit geboten, eine Ausbildung zu absolvieren und sich für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. – Oder im Fachjargon: Es entsteht ein niederschwelliges Qualifizierungsangebot. Das ist eine Win-win-Situation. Der gewählte Standort ist eine gute Lösung: Das Zieglerspital eignet sich bestens für eine Produktionsküche; da gewisse Infrastrukturen bereits vorhanden sind, können Kosten und Arbeitsaufwand eingespart werden. Ein Schwachpunkt besteht darin, dass es sich um eine Zwischennutzung für fünf Jahre handelt.

Aber je nachdem, was mit dem Zieglerspital in Zukunft geschieht, könnte sich daraus auch eine Dauerlösung entwickeln. – Wir werden sehen. Zu den Anträgen: Wir stimmen dem ersten PVS-Antrag zu. Dass früh mit der Suche nach neuen Abnehmern begonnen wird, ist sicherlich richtig. Aber es ist vor allem wichtig, dass das Essen von guter Qualität ist und dass die Arbeitsbedingungen tadellos sind. Es kann nicht nur um die Quantität gehen. Ein solcher Betrieb braucht Zeit, um eine gute Auslastung zu erreichen; dieses Ziel ist nicht von heute auf morgen umsetzbar. Der zweite Ergänzungsantrag der PVS ist eigentlich unnötig: Man darf darauf vertrauen, dass der Gemeinderat die noch brauchbaren Küchengeräte nicht einfach wegwerfen lässt. Da wir dieses Anliegen im Grundsatz unterstützen, haben wir zu diesem Antrag Stimmfreigabe beschlossen. Zu den Anträgen der SVP: Es wäre schön, wenn mehr Private niederschwellige Qualifizierungsangebote anbieten würden. Aber das ist in der Realität leider nicht der Fall. Niederschwellige Ausbildungsplätze braucht es dringend. Denn für Leute, die schon länger aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind oder auf dem ersten Arbeitsmarkt noch nicht Fuss fassen konnten, ist die Hürde, eine Lehre zu absolvieren, allzu hoch. Sie brauchen einen schrittweisen, niederschweligen Einstieg. Die Qualifizierungsangebote der Stadt setzen genau da an; deswegen ist das vorliegende Projekt ja so gut. Wir lehnen sämtliche SVP-Anträge ab. Zum Antrag der Fraktion FDP/JF: Wir haben Sympathien für den Ansatz, bei Transporten Cargo-Bikes einzusetzen. Aber für die grosse Menge an Mahlzeiten, die zu transportieren sind, sind Cargo-Bikes als Transportfahrzeuge wohl nicht geeignet. Ohne vertiefte Abklärungen können wir diesem Vorschlag nicht zustimmen, das wäre unseriös. Den Kürzungsantrag der GLP/JGLP lehnen wir ebenfalls ab.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir beraten über den Baukredit für eine Quartierküche. Das scheint an sich nicht besonders spannend, aber die Debatte zeigt, dass mehr dahintersteckt. Aus meiner Sicht ist dies eines der spektakulärsten Geschäfte, die der Stadtrat in den letzten Jahren behandelt hat. Wenn ich mir vor Augen führe, welche Zwecke die Quartierküche im Zieglerspital erfüllen wird, bin ich versucht zu sagen, dass es sich dabei um eine eierlegende Wollmilchsau handelt. Mit dieser Quartierküche können auf einen Schlag x Anliegen unter einen Hut gebracht werden, über die im Rat schon mehrfach diskutiert wurde und die bis anhin als unerreichbar galten. Zum einen geht es darum, was die Kinder, die eine Kita oder Tagesschule ohne Produktionsküche besuchen, zu essen bekommen. Mit der neuen Quartierküche Ziegler werden die Kinder in den Genuss qualitativ hochstehender Mahlzeiten kommen, die aus regionalen und meist biologischen Produkten hergestellt werden. Zudem soll auch «ungenormtes» Gemüse verarbeitet werden, welches sonst im Abfall landen würde. Im Gegensatz zu heute können die Mahlzeiten in Bern zubereitet werden und müssen nicht mehr aus Zürich herangekarrt werden. Auch werden die viel kritisierten Wegwerfbehälter verschwinden und durch Mehrweggeschirr ersetzt. Zudem haben die Kinderbetreuungseinrichtungen bis zu einem gewissen Mass die Möglichkeit, zu steuern, welche Speisen in welchen Mengen geliefert werden. Das sieht auf den ersten Blick nach einer Luxuslösung aus, aber es hilft zu verhindern, dass ein Grossteil der Speisen im Abfall landet, weil sie nicht gegessen werden. Zum anderen geht es bei diesem Geschäft auch um ein Qualifizierungsprojekt für Arbeitskräfte. Für Menschen ohne formalen Berufsabschluss wird es in der Schweiz immer schwieriger, eine Stelle zu finden. Ein niederschwelliges Qualifizierungsangebot, wie es in der Quartierküche Ziegler geplant ist, kann ein wichtiger Schritt zum Einstieg in den Arbeitsmarkt sein. Die Quartierküche ist mehr als nur ein Produktionsort für Mahlzeiten, sie ist auch eine Ausbildungsstätte, die überdies mittelfristig kostendeckend geführt werden kann. – Das muss man sich mal vor Augen führen! Zudem ist das Zieglerspital ein geradezu perfekter Standort für die Erstellung einer Quartierküche. Ein Grossteil der benötigten Infrastrukturen wie zum Beispiel Kühlräume, ist bereits vorhanden und kann wiederverwendet werden. Es handelt sich zwar nur um eine provisorische Lösung, die für fünf bis zehn Jahre gesichert ist. Aber es be-

steht die Möglichkeit, dass die Küche dauerhaft dortbleiben kann. Aber selbst wenn diese Möglichkeit nicht verwirklicht werden kann, sind die getätigten Investitionen nicht verloren, denn die Küchengeräte können gezügelt und an einem anderen Ort wieder eingesetzt werden. Die baulichen Investitionen für die Mahlzeitaufbereitung in den Tagesschulen und Kitas sind unabhängig vom Standort der Quartierküche. Wir stimmen diesem Baukredit selbstverständlich zu. Das Grüne Bündnis hat schon 2015 in einem Vorstosspaket gefordert, dass die Mahlzeitenproduktion für die Berner Kinderbetreuungsinstitutionen lokal und in Verbindung mit Ausbildungsplätzen für Erwachsene erfolgen soll. Diese Bedingungen werden mit diesem Geschäft auf elegante Weise erfüllt.

Zu den Anträgen: Die Rückweisungsanträge der SVP lehnen wir allesamt ab, weil sie einen Hauptaspekt dieses Geschäfts verkennen: Beim Projekt «Quartierküche Ziegler» handelt es sich nicht um einen subventionierten Gastrobetrieb, sondern um eine Schule, an der Menschen ohne Berufsabschluss ausgebildet werden. Es gibt leider keine privaten Anbieter, die diese Leistung erbringen. Es ist falsch, von einer Subventionierung der Mahlzeiten zu sprechen. Wie im Vortrag ausgeführt, wird die Quartierküche in der Anfangsphase nicht kostendeckend produzieren können. Das liegt daran, dass zunächst ein neues Qualifizierungsprogramm aufgelegt wird, das sich erst einpendeln muss. Die Gelder zur Deckung des anfänglichen Defizits kommen aus dem KA. Es werden also nicht Mahlzeiten subventioniert, sondern ein Ausbildungsangebot. Wir lehnen auch den Ergänzungsantrag der SVP ab, dasselbe gilt für den Antrag Lindgren/Schild. Die Ergänzungsanträge der PVS können wir unterstützen. Zum Antrag der Fraktion FDP/JF: Wir teilen deren Meinung, dass die Auslieferung auf möglichst ökologischem Wege erfolgen soll. Wie man jedoch die Mahlzeiten für – je nach Standort – bis zu 100 Schulkinder auf ein Cargo-Bike packen kann, ist schleierhaft. Wir lehnen diesen Antrag ab, weil wir eine Beschränkung auf Cargo-Bikes nicht sinnvoll finden. Wir regen an, dass geprüft wird, ob es für den Mahlzeitentransport nicht auch ökologische Alternativen zum Auto gibt.

Patrik Wyss (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Aufgrund seiner bestürzten Reaktion könnte man meinen, Alexander Feuz müsse künftig in einer Kita essen. Ich kann ihn aber beruhigen: Meine Eltern bekamen in ihrer Kindheit und Jugend auch nur einmal pro Woche Fleisch zu essen, trotzdem strotzen sie noch heute vor Gesundheit und Wohlbefinden. Es gibt Schlimmeres, als nur einmal pro Woche Fleisch essen zu können. Den guten Argumenten meiner Vorrednerin kann ich mich hingegen anschliessen. Auch wir sind über dieses Geschäft erfreut. Man kann darüber streiten, ob die Stadt selbst eine Küche betreiben soll. Aber der Stadtrat hat entschieden, dass die Mahlzeiten für die Betreuungseinrichtungen lokal zu produzieren sind. Wer A sagt, muss auch B sagen. Wir unterliegen dem öffentlichen Beschaffungsrecht, die regionale Produktion allein ist kein Kriterium für einen Zuschlag. Alle die darüber jammern, dass die Stadt eine Quartierküche betreibt, sollen sich in Zukunft ja nie mehr beschweren, falls eines Tages wieder Menüs aus Zürich bezogen werden müssen! – Was ich eigentlich gar nicht so schlimm fand. Die Stadt hat das Beste aus der Situation gemacht: Es wird eine bestehende Küche genutzt und die neue Quartierküche dient der Arbeitsintegration. Das ist vorbildlich. Wir stellen jedoch infrage, ob die Verwendung von Mehrweggeschirr tatsächlich eine ökologische Lösung ist: Mehrweggeschirr bedeutet mehr Transporte, die schweren Gebinde müssen hin- und zurücktransportiert werden, das Geschirrspülen verbraucht Energie, zudem müssen neue Geräte angeschafft werden und die alten werden noch vor dem Ablauf ihres Lebenszyklusses ausgetauscht. Es spielt keine Rolle, dass sie recycelt werden, denn dadurch ändert sich nichts an der Tatsache, dass sie vier Jahre bevor sie abgeschrieben sind, ersetzt werden. Zu den Anträgen: Die Rückweisungsanträge der SVP lehnen wir ab. Den Ergänzungsanträgen der PVS stimmen wir zu. Das höhnische Gebaren, das die Fraktion FDP/JF mit ihrem Antrag an den Tag legt, bei dem es offenbar darum geht, ein möglichst un-

geeignetes Transportmittel zu finden, ist fehl am Platz. Wer Kritik daran übe, dass jemand mit dem Offroader zum Kiosk fährt, um Zigaretten zu kaufen, verlange damit, dass Lebensmittel in grosser Menge mit dem Velo transportiert werden. – Das kann nicht ernst gemeint sein! Es ist denkbar, eine sinnvolle Forderung nach einer umweltfreundlichen Transportmethode zu formulieren, aber es ist selten gut, gleich eine Lösung zu fordern. Sinnvoller wäre ein Antrag, der verlangt, dass der Transport unter Verwendung nachhaltiger Energie erfolgt. Aber die FDP/JF versucht, eine Lösung in Stein zu meisseln, die nur Probleme verursachen würde. Vielleicht gibt es sie ja tatsächlich, die umweltfreundliche Transportlösung; das wäre natürlich sehr erfreulich. Ich bin überzeugt, dass die Stadtverwaltung das ökologischste Fahrzeug für den Transport der Mahlzeiten wählen wird. Da der Antrag Lindgren/Schild spät eingereicht wurde, konnten wir ihn nicht seriös prüfen. Er wirft einige Fragen auf: Wie erfolgt die Berechnung der Miete, respektive: wie werden die Mahlzeiten den Kitas und Tagesschulen in Rechnung gestellt? Die städtischen Betreuungsstätten ohne Produktionsküchen sind gezwungen, das Essen bei der Stadt zu beziehen. Den Privaten steht es frei, zu wählen, woher sie ihr Essen beziehen. Wenn die städtischen Kitas und Tagesschulen die Mahlzeiten in der Quartierküche einkaufen und dazu noch für die Anschaffung neuer Geräte aufkommen müssen, erwächst der Wettbewerbsnachteil eher den städtischen als den privaten Betrieben, die ihre Mahlzeiten extern produzieren und anliefern lassen können, ohne gezwungen zu sein, Geräte anzuschaffen. Auch wir sind für Transparenz, aber die Forderung, die Küchenausstattung der Abnehmerbetriebe sei separat zu verbuchen, finden wir allzu formalistisch. Es geht um kleine Beträge, eine hundertprozentige Kostenwahrheit wäre, trotz hohem bürokratischem Aufwand, nicht garantiert, aus diesen Gründen ist die gewählte Lösung vertretbar. Wir stimmen dieser Vorlage respektive dem Baukredit zu.

Einzelvotum

Roland Iseli (SVP) für die SVP-Fraktion: Einmal mehr gibt die Stadt Bern viel Geld für ein unnötiges Unterfangen aus. Die Verbände «GastroSuisse» und «GastroBern» haben erst vor Kurzem vermeldet, dass sie Angebote schaffen werden, die es Migranten erlaubt, eine Anlehre, also eine berufliche Ausbildung mit Attest, zu absolvieren, dank der sie später eine reguläre Stelle in der Gastronomie finden können. Es ist nicht nötig, dass die Stadt einen eigenen Gastrobetrieb aufzieht, der die anderen Betriebe konkurrenziert. Wenn die Stadt zur Zusammenarbeit mit «GastroBern» bereit ist, findet sich ganz bestimmt in der nahen Umgebung einer der Kitas oder Tagesschulen, die Mahlzeiten beziehen, ein Gastronomiebetrieb, der freie Kapazitäten hat, überdies das Qualitätslabel «Fourchette verte» führt und täglich nachhaltige Speisen, mit Gemüse und gesunden Zutaten, frisch produziert und dazu noch Lehrlinge ausbildet und Migranten beschäftigt. Angesichts dieser Möglichkeit ist es unverständlich, wieso die Stadt ein Angebot auf die Beine stellen will, in das sie viel investieren muss, das aber nur für fünf Jahre Bestand haben wird. Dass die Küchengeräte bei einem Umzug mitgenommen werden können, ist einfacher gesagt als getan. Der Raum, in den diese Küchenmaschinen hineinpassen, muss erst noch gefunden werden. Bitte unterstützen Sie unsere Rückweisionsanträge, damit die Stadt die Gelegenheit bekommt, mit den einschlägigen Berufsverbänden in Kontakt zu treten. Es gibt auch zahlreiche Betriebskantinen, die über freie Kapazitäten verfügen und täglich frisches Essen zubereiten können, das im Idealfall nur gerade von Tür zu Tür geliefert werden muss.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich darauf, nochmals auf die Vorteile dieser Vorlage einzugehen; die ja in den meisten der vorangegangenen Fraktionsvoten bereits erläutert worden sind. Die Quartierküche Zieglerspital ist ein sehr gutes und innovatives Projekt der Stadt Bern, hinter dem ich voller Überzeugung stehen

kann. Ich nehme zu einzelnen in der Debatte geäusserten falschen Behauptungen wie folgt Stellung: Die Stadt Bern ist dem öffentlichen Beschaffungsrecht unterstellt. Bei der Ausschreibung 2014 waren Kriterien wie regionale Produktion und Arbeitsintegration als Vergabekriterien festgelegt, nichtsdestotrotz ging der Zuschlag an eine Firma aus Zürich. Man kann nicht behaupten, die Stadt habe mutlos gehandelt und nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, denn die Ausschreibung hat das bestmögliche Resultat erbracht, alle anderen Angebote sind unterlegen. Es ist nicht möglich, diesen Auftrag aufzuteilen und in jedem Quartier einen anderen Anbieter mit der Produktion der Mahlzeiten für die familienergänzenden Betreuungseinrichtungen zu beauftragen. Das Vergaberecht schreibt vor, dass diese Aufgabe als Gesamtauftrag ausgeschrieben werden muss. Wir hatten also einzig die Möglichkeit, erneut einen Gesamtauftrag auszuschreiben, aber der Stadtrat entschied dagegen und forderte stattdessen, dass die Mahlzeiten in Bern, in den Schul- und Quartierküchen und mit regionalen Produkten zubereitet werden. Der einzige Weg, diesen Forderungen zu entsprechen, besteht darin, das Essen für die Kitas und Tagesschulen in stadteigenen Produktionsküchen zuzubereiten. Indem wir niederschwellige Angebote und Kurse zur Qualifizierung im Gastrobereich anbieten können, ergibt sich aus der Verknüpfung von Mahlzeitenproduktion und Arbeitsintegration ein Mehrwert. Ich kann der SVP-Fraktion versichern, dass das Angebot, das im Zieglerspital entstehen wird, gemeinsam mit den Branchenverbänden, namentlich mit «GastroBern» entwickelt worden ist. Die Branchenverbände unterstützen dieses Projekt. Sie haben uns aufgezeigt, wie die Ausbildungsgänge und Kurse aufgebaut sein müssen, damit die Absolventinnen und Absolventen eine arbeitsmarktaugliche Qualifikation erwerben können, die ihnen den Einstieg in eine Karriere in der Gastronomiebranche ermöglicht. Wir arbeiten mit den Branchenverbänden und mit der Wirtschaft zusammen. Vor diesem Hintergrund ist das Argument, die Stadt baue eine Konkurrenz zu den privaten Betrieben auf, unhaltbar. Es trifft zwar zu, dass sich 2014 auch Berner Unternehmen auf die Ausschreibung meldeten, aber sie unterlagen dem Angebot von «Menu & More». Auch das Argument des Sprechers der GFL/EVP, dass Geräte ersetzt werden, die noch nicht abgeschrieben sind, stimmt nicht. Die Geräte, die momentan im Einsatz sind, gehören «Menu & More». Wenn die Mahlzeiten nicht mehr bei «Menu & More» bezogen werden, gehen die Geräte an deren Eigentümerin zurück. Wenn man eine Leistung auf dem freien Markt bezieht, begibt man sich damit auch in eine gewisse Abhängigkeit vom jeweiligen Anbieter. Was die von der SVP kritisierten Ernährungsrichtlinien betrifft, bitte ich doch sehr darum, bei den Fakten zu bleiben und auf einseitige Polemik zu verzichten. Die gemeinderätlichen Qualitäts- und Ernährungsrichtlinien für familienergänzende Betreuungseinrichtungen schreiben pro Woche drei bis vier vegetarische Mahlzeiten vor. Der Ergänzungsantrag der SVP, der nur ein vegetarisches Menu pro Woche vorsieht, verstösst gegen diesen Grundsatz. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass «vegetarisch» und «vegan» nicht gleichzusetzen sind. Die Quartierküche kann keine vegane Ernährung gewährleisten. Die Behauptung, es würden «vegane vorgekochte Speisen» angeboten, ist falsch. Ich verwahre mich auch gegen die Behauptung, dass private Kitas, die das Essen bei der Quartierküche bestellen, mehr bezahlen müssen. Es gelten für alle Betriebe die gleichen Tarife. Beim Antrag der Fraktion FDP/JF befallen mich Zweifel, dass diese Forderung ernst gemeint ist. Es geht nicht darum, einige wenige Mahlzeiten zu transportieren. An gewissen Kita- und Tagesschulstandorten werden an einem Mittag zwischen 100 und 150 Mahlzeiten serviert. Angesichts dieses Mengengerüsts ist es schlichtweg unmöglich, Cargo-Bikes für den Transport einzusetzen, kommt hinzu, dass die Mahlzeiten im ganzen Stadtgebiet verteilt werden müssen. Wir haben überschlagsmässig überlegt, was die Umsetzung dieses Antrags bedeuten würde und sind zum Schluss gekommen, dass es bei manchen Betrieben sieben bis 14 Fahrten bräuchte, um sie mit einer ausreichenden Menge an Essen für eine einzige Mahlzeit zu versorgen. Ich unterstütze das Velofahren sehr und finde auch Cargo-Bikes gut, aber im vorliegenden Fall sind sie nicht das richtige Transportmittel. Wir tun besser daran, die Aus-

lieferungen so ökologisch wie möglich zu planen, indem die Fahrten auf ein Minimum beschränkt werden. Laut aktuellem Stand sind nur zweimal pro Woche Transportfahrten vorgesehen. Ich bitte Sie darum, auch den Antrag der GLP/JGLP abzulehnen: Von einer Bevorteilung der städtischen Kitas gegenüber den privaten kann keine Rede sein. Im Baukredit sind, je nach Standort, 20 000 Franken bis 50 000 Franken für die nötigen Infrastrukturen enthalten. Der Grundsatz «Gleich lange Spiesse für städtische und private Kitas» gilt in Bezug auf den Betrieb. Dem wird in der Stadt Bern auch rechnerisch nachgekommen, die betreffende Rechnung wird dem Parlament regelmässig vorgelegt. Den städtischen Betreuungseinrichtungen steht für Investitionen kein Eigen- beziehungsweise Stiftungskapital zur Verfügung wie den privaten. Darum ist es logisch, dass die Investitionen für die Ausstattung der Küchen an den einzelnen Standorten über diesen Baukredit abgerechnet werden. Diese Ausgaben werden dem Jugendamt als Aufwendungen für den Nutzerausbau verrechnet und verzinst und innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren abgeschrieben. Gegen die Ergänzungsanträge der PVS bestehen keine Einwände aus unserer Sicht. Ich bitte Sie, diese Vorlage in der vom Gemeinderat beantragten Form zu unterstützen und dem Baukredit zuzustimmen.

Maurice Lindgren (JGLP): Unter der Voraussetzung, dass die Auskunft stimmt, dass die Investitionen für die Kücheninfrastrukturen dem Jugendamt verrechnet und die Verzinsung und die Abschreibung den städtischen Kitas belastet werden, ist unser Antrag obsolet. **Wir ziehen unseren Antrag zurück.**

Der zurückgezogene Antrag Lindgren/Schild wird neu von der SVP gestellt.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag auf Nichteintreten SVP ab (5 Ja, 59 Nein). *Abst.Nr. 077*
2. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag Nr. 1 SVP ab (5 Ja, 60 Nein). *Abst.Nr. 078*
3. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag Nr. 2 SVP ab (4 Ja, 61 Nein). *Abst.Nr. 079*
4. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag zum Rückweisungsantrag Nr. 2 SVP ab (4 Ja, 61 Nein). *Abst.Nr. 080*
5. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag Nr. 3 SVP ab (11 Ja, 54 Nein). *Abst.Nr. 081*
6. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag zum Rückweisungsantrag Nr. 3 SVP ab (11 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 082*
7. Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag SVP ab (11 Ja, 53 Nein). *Abst.Nr. 083*
8. Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag Nr. 1 PVS zu (65 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 084*
9. Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag Nr. 2 PVS zu.
10. Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag FDP/JF ab (17 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 085*
11. Der Stadtrat lehnt den Antrag SVP (ehemals Lindgren/Schmid) ab (11 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 086*
12. Der Stadtrat stimmt der bereinigten Vorlage zum Baukredit zu (59 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 087*

Traktandenliste

Die Traktanden 12, 13, 14 und 15 werden auf eine spätere Sitzung verschoben.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Kleine Anfrage Henri-Charles Beuchat (SVP): Sicherheitsvorkehrungen im Vorfeld der Kundgebung Marsch für's läbe vom 15. Sept. 2018
2. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Publiflop ohne Ende I: Ist die lila Markierung für Publibike rechtmässig?
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Publiflop ohne Ende II: Was kosten die Fehlplanungen der Stadt den Steuerzahler?
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Roland Iseli/Alexander Feuz, SVP): Fragen zur rechtswidrigen Besetzung des Gaswerkareals Teil I
5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Roland Iseli/Alexander Feuz, SVP): Fragen zur rechtswidrigen Besetzung des Gaswerkareals Teil II
6. Kleine Anfrage Luzius Theiler (GaP): Wundersames «Winterwunderland» auf der Kleinen Schanze
7. Dringliches Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger/Yasemin Cevik, SP): Kameraüberwachung des öffentlichen Raums durch Private
8. Dringliches Postulat Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP): Keine Bewilligung für ein E-Prix-Rundstreckenrennen in Bern!
9. Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch/Katharina Gallizzi, GB): Formel E-Rennen in Bern: Kosten und Nutzen eines Grossanlasses?
10. Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO (Rahel Ruch, GB/Seraina Patzen, JA!/Angela Falk, AL/Michael Sutter/Yasemin Cevik, SP/Mohamed Abdirahim, JUSO): Unabhängige Untersuchung des Polizeieinsatzes vom 01.09.2018/02.09.2018
11. Motion Fraktion GFL/EVP (Lukas Gutzwiller, GLP): Stadt der Beteiligung: Breitere Abstützung der Quartierkommissionen
12. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der Gewalt bei der Reithalle die nötigen Massnahmen müssen endlich zum Schutz der Polizei und Dritter ergriffen werden
13. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher/Rudolf Friedli, SVP): Überangebot an Wohnungen in der Schweiz: Es braucht eine Risikoanalyse für den städtischen Wohnungsbau in Bern!
14. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der Gewalt bei der Reithalle durch Installation einer geeigneten Überwachungsanlage auf der Schützenmatte (inklusive Reithallenareal und der Innenräume der Reithalle)
15. Motion Freie Fraktion AL/PdA/GaP (Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP): Aufsichtsrechtliche Anzeige des Polizeieinsatzes vom 01.09.2018/02.09.2018
16. Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Externe unabhängige Untersuchung des Sicherheitsdienstes der Reitschule bei den Ausschreitungen vom 1. September 2018
17. Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Einsätze und Intervention im Umfeld der Reitschule nur noch mit Bodycams
18. Motion Zora Schneider (PdA): Langjährige Sans Papiers in der Stadt Bern legalisieren
19. Motion Zora Schneider (PdA): Sinnvolle und menschliche Zahnmedizin für Flüchtlinge mit Nothilfe

20. Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, AL/GaP/PdA (Franziska Grossenbacher, GB/Eva Krattiger, JA!/Tabea Rai, AL): Luxushotel überwacht den öffentlichen Raum – was unternimmt der Gemeinderat?
21. Interpellation Fraktion FDP/JF (Oliver Berger/Bernhard Eicher/Ruth Altmann, FDP): Streit um Polizeieinsätze – Deeskalation und Lösungsansätze?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.50 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

14.01.2019

X *Regula Bühlmann*

Signiert von: Regula Bühlmann (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

14.01.2019

X *B. Wälti*

Signiert von: Barbara Wälti (Qualified Signature)